Verschenken Sie Lesefreude ✸ Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben ✸ Seite 7

Preußische Allgemeine

Nr. 50 · 17. Dezember 2021 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Der Schrecken bleibt

Fünf Jahre nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Welche Fragen offen sind, was die Opfer bis heute bewegt **Seiten 2, 3 und 8**

Entsetzen nach der Tat: Trauernde Menschen am 22. Dezember 2016

FOTO: PA/RAINER JENSEN/DPA, HAUS DER GESCHICHTE, BONN; WAGNER

Geschichte Die Rückkehr des Mercedes als Kanzlerlimousine **Seite 11**

Schlesien Wie ein Literaturpreis Deutsche und Polen zusammenführt **Seite 18**

AUFGESCHNAPPT

Realsatire statt Problemlösung

Ein Blick auf die Tagesordnung des Sozialausschusses des Potsdamer Landtags vom 1. Dezember ließ im Vorfeld auf nüchterne Routine im Parlamentsalltag schließen. Was dann von Ministeriumsvertretern zum Thema „geschlechtergerechte Digitalisierung“ vorgetragen wurde, glich allerdings einer Realsatire mit fernsehreifem Unterhaltungswert. Als Abgeordnete nach konkreten Beispielen für geschlechterspezifische Probleme bei der Digitalisierungsstrategie der Landesregierung fragten, folgte von Ministeriumsseite ellenlange Schwurbelei: Angefangen von der vermeintlichen Gefahr, eine „falsche“ Digitalisierung könne Geschlechterstereotypen verbreiten, bis hin zum Dauerbrenner „geschlechtergerechte Sprache“. Mit realen Problemen bei der Digitalisierung des Landes hat dies wenig zu tun. Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, den Bürgern bis Ende 2022 die Möglichkeit zu geben, viele Verwaltungsangelegenheiten über das Internet zu erledigen.

Brandenburgs Landesregierung kündigte jedoch ein Digitalprogramm 2025 an. Ähnlich sieht es in der Digitalisierung der Verwaltung in anderen Bundesländern und vielen deutschen Kommunen aus. Bemerkbar macht sich dabei eine Flut von immer mehr gesetzlichen Vorgaben und der zunehmende Mangel an Fachleuten im öffentlichen Dienst. Für eine zusätzliche Bürde sorgt die Politik, indem sie den Verwaltungen immer stärker Prioritäten wie „Klimarettung“, „Geschlechtergerechtigkeit“ oder „Diversität“ aufnötigt. *N.H.*

REGIERUNGSWECHSEL

Wie lange wird Scholz’ Schweige-Masche halten?

Schon bald werden die Bruchstellen im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung ins Licht rücken. Der neue Kanzler wird Stellung beziehen müssen

VON HANS HECKEL

Kritischen Beobachtern fiel es gleich auf: Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien bleiben viele wichtige Fragen ausgeklammert oder lösen sich auf in unverbindlichen Allgemeinplätzen. So bleibt die außenpolitische Positionierung der neuen Bundesregierung bislang unklar.

Beispiel Nord Stream 2: Gerade erst war Außenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Antrittsbesuch in Warschau erneut auf Distanz zur der Gasleitung zwischen Russland und Deutschland gegangen. Dem fertiggestellten Projekt könne derzeit keine Betriebsgenehmigung erteilt werden. Ihre Blockadehaltung begründete die Grüne unter anderem mit dem schwelenden Ukraine-Konflikt. Als Kanzler Olaf Scholz kurz darauf ebenfalls die polnische Hauptstadt besuchte, schwieg der Sozialdemokrat einfach zum Streit um Nord Stream 2.

Angesichts der großen außenpolitischen Bedeutung, die der Pipeline mittlerweile zuteilgeworden ist durch den massiven Widerstand aus den USA, Polen, den baltischen Staaten und der Ukraine, muss solches Schweigen irritieren. Es lässt die Position Deutschlands schwammig und schlimmstenfalls unberechenbar erscheinen.

Allerdings deutet sich an, dass sich in Scholz’ Schweigen mehr abzeichnet als nur eine zaudernde Haltung zu einem Einzelproblem, sondern eine allgemeine Taktik. Mehrfach schon fiel der neue Regierungschef damit auf, kritische Fragen nicht einmal ausweichend, sondern einfach überhaupt nicht zu beantworten. Als ein niederländischer Journalist ihn nach Abschluss des Koalitionsvertrages zu seiner Rolle als Finanzminister beim Cum-Ex-Skandal oder dem Aufsichtsversagen bei der Wirecard-Pleite befragte, konterte Scholz mit allgemeinem Gerede, das nichts, aber auch gar nichts mit der gestellten Frage zu tun hatte.

Immerhin: Klarheit in Warschau

Polit-Analysten fragen sich allerdings, wie lange der frisch gewählte Kanzler mit dieser Masche durchkommt. Nicht mehr sehr lange – so die meist verbreitete Prognose. Dann könnte es spannend werden, gerade weil im Koalitionsvertrag vernebelte Bruchstellen der drei Ampel-Parteien ins Licht rücken werden, sobald sich Scholz zu mehr Klarheit genötigt sieht.

Immerhin hat er in Warschau polnischen Reparationsforderungen eine klare Absage erteilt. Dieses Kapitel sei vertraglich abgeschlossen. Er hat recht: Nach Ende des Kalten Krieges hat die frei gewählte polnische Regierung den Verzicht auf Reparationen vertraglich bestätigt.

Scholz versprach in Warschau indes, dass Deutschland weiterhin bereit sei, hohe Summen in die EU-Kassen zu zahlen. Damit hat der Kanzler deutsche EU-Nettozahlungen in direkten Zusammenhang mit Kriegsreparationen gebracht, was eine gewisse Pikanterie besitzt.

Warschau spielt indes wohl nur mit den Forderungen nach Weltkriegsreparationen. Dort weiß man, dass der Verzicht auf solche Forderungen Teil eines vertraglichen Gesamtwerks ist, in dessen Zusammenhang die deutsche Seite auch auf alle Rechtsvorbehalte hinsichtlich der alten deutschen Ostgebiete verzichtet hatte. Wer das eine wieder aufschnürt, öffnet auch das andere von Neuem. Das dürfte kaum im polnischen Interesse liegen.

Der ausstehende Abstimmungsbedarf zwischen Rot und Grün, namentlich zwischen Kanzler- und Außenamt, stellt nicht die einzige heikle Baustelle der Ampel dar.

Die Freidemokraten werden ihrer eigenen Wählerschaft einiges zu erklären haben. Im Wahlkampf als wackere Kämpfer gegen höhere Staatsverschuldung aufgetreten, bastelt Finanzminister Christian Lindner nun plötzlich an einem Nachtragshaushalt, was sehr nach Trickserei riecht. Und dass sich ausgerechnet die Liberalen dem Thema allgemeine Impfpflicht „öffnen“, dürfte bei ihrer freiheitlich gesinnten Kernklientel mehr als nur Staunen auslösen. Kommen jetzt noch als Subventionsabbau getarnte Steuererhöhungen hinzu, ist es mit der Glaubwürdigkeit schnell vorbei. Die FDP-Wahlkatastrophe von 2013 lässt grüßen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
In der Lausitz formiert sich Widerstand gegen den vorzeitigen Kohleausstieg
Seite 5

Kultur
Eine Magdeburger Schau erinnert an das Wirken der Prämonstratenser
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Im südlichen Ostpreußen verdirbt die Inflation die Weihnachtslaune
Seite 13

Lebensstil
Alle Jahre Lieder – Neue Platten mit vertrauter weihnachtlicher Musik
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 50

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Terror Am 19. Dezember 2016 raste ein islamistischer Attentäter mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz. Der Schrecken sitzt noch immer tief – nicht nur bei den Opfern und deren Angehörigen

Von vollständiger Aufklärung kann keine Rede sein

Fünf Jahre nach dem Anschlag vom Breitscheidplatz weiß die Öffentlichkeit noch immer wenig über die Hintergründe der Tat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Abend des 19. Dezember 2016 fuhr ein mit 25 Tonnen Baustahl beladener Sattelschlepper vom Typ Scania R 450 in die Besuchermassen auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche im Berliner Stadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Infolge dieses Terroranschlags starben zwölf Personen, nämlich Anna und Georgiy Bagratuni aus der Ukraine, Nada Cizmar aus Tschechien, Fabrizia Di Lorenzo aus Italien, Dalia Elyakim aus Israel sowie Sebastian Berlin, Christoph Herrlich, Klaus Jacob, Angelika Klösters, Dorit Krebs, Peter Völker und Sascha Hüsges aus Deutschland. Dazu kommen an die 170 Verletzte sowie der zuvor erschossene polnische Fahrer des Lkw, Łukasz Urban.

Täter mit vielen Identitäten

Als Alleintäter gilt der mehrfach vorbestrafte Tunesier Anis Amri alias Anis Amir, Ahmad Zaghloul, Ahmad Zarzour, Ahmed Almasri und Mohammad Hassan, der sich 2011 aus seiner Heimat nach Italien abgesetzt hatte und dann im Juli 2015 illegal nach Deutschland einreiste, wo er erneut Asyl beantragte. Allerdings gab es keine Anklage gegen den angeblichen Flüchtling, weil Amri nach dem Attentat über die Niederlande, Belgien und Frankreich nach Italien entkommen konnte, wo er schließlich am 23. Dezember 2016 in Sesto San Giovanni bei Mailand von den italienischen Streifenpolizisten Luca Scatà und Christian Movio anlässlich einer Routinekontrolle erschossen wurde – ganze vier Kilometer von Cinisello Balsamo entfernt, also dem Ort, in dem Lkw-Fahrer Urban einige Tage zuvor die Stahlträger geladen hatte.

Angeblich agierte der Attentäter als „Soldat des Islamischen Staates“ – so vermeldete es jedenfalls der IS-Nachrichtenkanal Amaq am 20. Dezember 2016, ohne freilich irgendeine Form von Täterwissen zu offenbaren. Von engen Verbindungen zum IS war indes auch schon vor dem Anschlag in zwei Warnungen des marokkanischen Geheimdienstes „Direction générale de la surveillance du territoire du Maroc“ (DGST) an die Adresse des Bundesnachrichtendienstes und des Bundeskriminalamtes die Rede. Die Schreiben vom 19. September und 11. Oktober 2016 zeitigten jedoch keine angemessenen Konsequenzen, obwohl das Landeskriminalamt NRW Amri seit März 2016 als „Gefährder“ führte und zeitweise observieren ließ.

Aufgrund dieses offenkundigen Behördenversagens wurden mehrere Untersuchungen eingeleitet. So unter anderem durch eine Arbeitsgruppe des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, das für die Geheimdienste zuständig ist, den Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse des Landtages von Nordrhein-Westfalen, einen Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses und den Sonderermittler des Berliner Senats, den vormaligen Bundesanwalt am Bundesgerichtshof Bruno Jost.

Mehrfaches Behördenversagen

Dabei kam der Bundestagsausschuss im Juni 2021 zu dem Schluss, dass es zahlreiche „individuelle Fehleinschätzungen und Versäumnisse wie auch strukturelle Probleme in den zuständigen Behörden“ gegeben habe, aufgrund derer der Attentäter nicht rechtzeitig unschädlich gemacht worden sei. Und Jost konstatierte angesichts des Vorgehens von Polizei und Geheimdiensten: „Da wurde alles falsch gemacht, was man falsch machen kann.“ So wäre es sehr leicht möglich gewesen, die Erkenntnisse aus der Beobachtung Amris zu nutzen, um ihn wegen seiner Drogengeschäfte festzusetzen.

Doch das ist möglicherweise nur die halbe schockierende Wahrheit. Immerhin fand der frühere Polizist und nunmehrige Bestsellerautor Stefan Schubert auch zahlreiche Indizien dafür, dass man den Terroristen bewusst auf freiem Fuß beließ, weil der US-Geheimdienst CIA darum ersucht hatte. Denn der Tunesier pflegte Kontakte zu hochrangigen Mitgliedern des Islamischen Staates in Libyen, welche auf der Tötungsliste der Amerikaner standen. Und genau deren Stützpunkt wurde dann in der Nacht vom 18. zum 19. Januar 2017 mit Tarnkappenbombern und Kampfdrohnen attackiert. Konnte das Lager der Terroristen vielleicht deshalb lokalisiert werden, weil die Überwachung von Amris Handy-Verkehr die entsprechenden Hinweise lieferte?

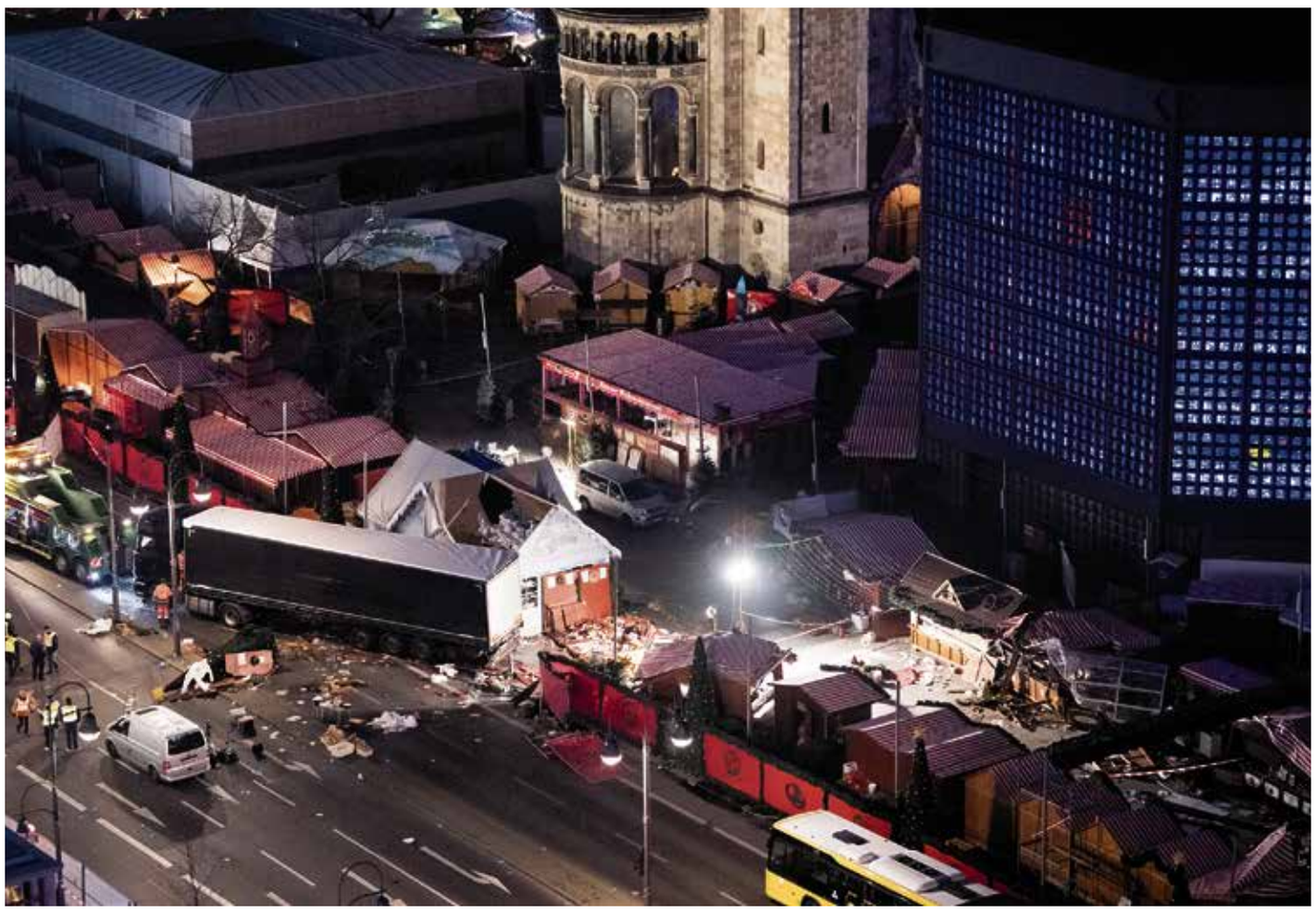
Wenn dem so war, dann würden deutsche Politiker eine Mitschuld an dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt tragen, da die Sicherheitsbehörden Amri bestimmt nicht ohne Anweisung von oben hätten gewähren lassen.

Außerdem ergab ein Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in Kiel, welches im Auftrag des Bundestagsuntersuchungsausschusses entstand, dass die DNA-Spuren in der Fahrerkabine des Lkw auf die Anwesenheit eines zweiten Tatbeteiligten hindeuten, der das Fahrzeug statt Amri gesteuert haben könnte. Und tatsächlich verfügte der Terrorist seit Mitte 2010 über keine Lkw-Fahrpraxis mehr und soll angeblich trotzdem mit dem schweren Scania souverän durch den Berliner Feierabendverkehr gerollt sein. Als alternativer Fahrer kommt vor allem ein weiterer Tunesier namens Bilal Ben Ammar in Frage. Denn der war ganz offensichtlich an der Vorbereitung des Attentats beteiligt gewesen und traf Amri noch wenige Stunden vor dem Anschlag, was die deutschen Behörden sogar wussten. Trotzdem schoben sie Ammar am 1. Februar 2017 in einer überhasteten Nacht- und Nebel-Aktion nach Tunesien ab, wo er inzwischen im Gefängnis von al-Mornaguia einsitzt.

Offene Fragen

Dazu kommen noch weitere Ungereimtheiten: Wie gelangte Amris Handy hinter den Kühlergrill des Lasters? Wie realistisch ist es, dass der Tunesier allein zwischen April und September 2016 mit zehn verschiedenen Telefonen 7700 Gespräche führte, 10.200 SMS verschickte und 78.000 Internetseiten aufrief? Warum ignorierten Verfassungsschutz und Polizei den Hinweis eines V-Mannes, dem zufolge ein polizeibekannter libanesischer Clan in Berlin Amri die für den Mord an Urban verwendete Schusswaffe besorgt und dann ebenso noch bei der Flucht geholfen hat.

Von einer vollständigen Aufklärung der Hintergründe und Umstände des Weihnachtsmarktattentates vom 19. Dezember 2016 kann also auch fünf Jahre nach dem Ereignis nicht die Rede sein, was entweder auf fortgesetztes Staatsversagen hindeutet – oder auf gezielte Vertuschung.



Ort des Schreckens: Der Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz nach dem Anschlag am 19. Dezember 2016 *Foto: pa*

DOKUMENTATION

Die Spur des Terrors im Namen Allahs

Auch nach 2016 verübten islamistische Täter Anschläge in Deutschland. Zahlreiche weitere Attentate konnten verhindert werden

Unmittelbar nach dem Weihnachtsmarkt-Anschlag vor fünf Jahren sagte der damalige bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer: „Wir sind es den Opfern, den Betroffenen und der gesamten Bevölkerung schuldig, dass wir unsere gesamte Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik überdenken und neu justieren.“ Das freilich ist unterblieben, obwohl Seehofer ab 2018 als Bundesminister des Innern fungierte und in dieser Eigenschaft einige substanzielle Veränderungen hätte initiieren können. Nicht zuletzt deshalb gab es seit Dezember 2016 weitere Anschläge islamischer Terroristen auf dem Boden der Bundesrepublik, bei denen zumeist Personen als Täter in Erscheinung traten, die während der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 als angeblich Schutzsuchende in die Bundesrepublik gekommen waren.

- **28. Juli 2017:** Der Palästinenser Ahmad Alhaw ersticht in einem Hamburger Supermarkt einen Kunden und verletzt fünf weitere Personen zum Teil schwer.
- **7. Oktober 2018:** Der in Wien lebende irakische „Flüchtling“ Qaeser Alqaisi spannt ein Drahtseil über die Gleise der ICE-Strecke zwischen Nürnberg und München. Der Zug, der dieses durchbricht, bleibt glücklicherweise fast unbeschädigt.
- **24./25. Dezember 2018:** Alqaisi scheitert mit neuerlichen derartigen Anschlagsversuchen bei Berlin-Karlshorst.
- **April/Mai 2020:** Der Deutsch-Türke Muharrem Dost wirft Brandsätze in Läden, Restaurants und Wohnungen im oberbayerischen Waldkraiburg und gefährdet dadurch das Leben von 26 Menschen.
- **18. August 2020:** Ein weiterer irakischer Asylbewerber namens Sarmad al-Zubaidi rammt auf der Berliner Stadtautobahn absichtlich mehrere andere Verkehrsteilnehmer und verletzt dabei sechs Personen teilweise lebensgefährlich.
- **4. Oktober 2020:** Der bereits vorbestrafte und als „islamistischer Gefährder“ geltende Syrer Abdullah Al Haj Hasan ersticht in der Dresdner Innenstadt aus Hass gegen Homosexuelle einen Mann und verletzt dessen Begleiter schwer.
- **25. Juni 2021:** Der somalische Asylbewerber Abdihrahman Jibril A. tötet in der Würzburger Altstadt drei Frauen mit einem Messer und verletzt sechs weitere.

In allen sieben Fällen handelten die Täter ausschließlich oder zumindest auch als „Glaubenskrieger“.

Verhinderte Anschläge

Im selben Zeitraum verhafteten die deutschen Sicherheitsbehörden rund drei Dutzend weitere gewaltbereite Muslime, welche ebenfalls Terroranschläge auf dem Boden der Bundesrepublik planten oder vorbereiteten. Dazu zählen unter anderem mehrere potentielle Bombenattentäter syrischer Herkunft, die in Pegnitz, Kassel, Hannover, Essen, Leipzig, Eschwege, Berlin und Florstadt ins Netz der Ermittler gingen, bevor sie Schaden anrichten konnten. Sechs davon hatten ebenfalls Weihnachtsmärkte im Visier. Allerdings agierten sie sehr viel weniger professionell als Anis Amri.

> Insgesamt sollen in den vergangenen zwei Jahrzehnten über 20 Attentate von Dschihadisten hierzulande verhindert worden sein, so Horst Seehofer kurz vor dem Ende seiner Amtszeit als Bundesinnenminister

Insgesamt sollen in den vergangenen zwei Jahrzehnten über 20 Attentate von Dschihadisten hierzulande verhindert worden sein, so Horst Seehofer kurz vor dem Ende seiner Amtszeit als Bundesinnenminister. In wie vielen Fällen dies vor oder nach dem Dezember 2016 passierte, ließ der CSU-Politiker jedoch offen. *W.K.*

„Geschichte, die nicht vergeht …“

Über die Sicht der Überlebenden und Hinterbliebenen des Anschlags vom Breitscheidplatz, das angemessene Gedenken an eine schreckliche Tat – und die Verpflichtung des Staates, dauerhaft für die Opfer zu sorgen

IM GESPRÄCH MIT ASTRID PASSIN

Wie bei vielen Verbrechen liegt auch beim Terroranschlag vom Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 der Fokus der Öffentlichkeit auf der Tat und dem Täter. Die Perspektive der Opfer und Hinterbliebenen findet hingegen wenig bis gar keine Beachtung. Dagegen kämpft Astrid Passin als Sprecherin der Hinterbliebenen und Betroffenen vom 19. Dezember 2016.

Suche nach einem angemessenen Gedenken: Die Überlebenden und Hinterbliebenen des Terroranschlags vom Breitscheidplatz wünschen sich einen Umgang mit der Tat, bei dem nicht der Attentäter im Fokus steht, sondern die Opfer *Foto: pa*

Frau Passin, warum haben Sie sich mit anderen Hinterbliebenen des Terroranschlags vom Breitscheidplatz in einer Opferinitiative zusammengeschlossen?
Wir haben unsere Gruppe am 24. Dezember 2016 ins Leben gerufen. Es ist eine Organisation in Planung, weil es bis dato in Deutschland keine Vertretung ausschließlich für Opfer von Terrorismus gibt. Zwar kümmert sich seit einigen Jahren der Weiße Ring um diesen Bereich, aber es gibt keine Organisation, die sich ausschließlich um Terroropfer und deren Interessen bemüht, obwohl es mittlerweile sehr viele deutsche Staatsbürger gibt, die entweder in Deutschland oder im Ausland Opfer von Terror wurden. Sie alle haben keine Stimme in der Gesellschaft und auch keinen Ansprechpartner, an den sie sich wenden können. Natürlich ist auch die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit sowie die Durchsetzbarkeit der Anliegen gegenüber der Politik in einer gemeinsamen Initiative größer als wenn jeder für sich kämpfen würde.

Für wie viele Menschen spricht Ihre Opferinitiative? Der Kreis der Betroffenen geht ja weit über die Zahl der zwölf Ermordeten hinaus.
In der Tat. Allein der Kreis um einen einzelnen Betroffenen kann mit den Angehörigen ersten und zweiten Grades sowie engen Freunden schnell bei 15 bis 20 Personen liegen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass zu den Opfern des Anschlags vom 19. Dezember 2016 nicht nur die zwölf Ermordeten gehören, sondern auch die Dutzenden Verletzten – viele davon sehr schwer, erst im Oktober dieses Jahres ist ein Ersthelfer an den Folgen seiner damaligen Verletzungen gestorben –, die von den Ereignissen bis heute traumatisiert sind. Auch die zivilen Helfer, die Rettungskräfte der Feuerwehr, die Sanitäter und die Polizisten, die vor Ort im Einsatz waren, und viele Zeugen haben mit der Verarbeitung des Erlebten zu kämpfen.

Zusammen mit ihren jeweiligen Angehörigen kommt man auf einige hundert Menschen, deren Leben vor fünf Jahren einen prägenden Einschnitt erfahren hat.

Viele Opfer von Verbrechen beklagen, dass in der Berichterstattung der Medien, aber auch in der Wahrnehmung der Menschen im Lande fast immer die Taten und die Täter im Vordergrund stehen, während die Opferperspektive viel zu kurz kommt. Wie geht es Ihnen in dieser Frage?
Ich sehe das genauso. Es ist für viele Überlebende und Angehörige retraumatisierend, wenn sie immer wieder aufs Neue mit einem Täter in Verbindung gebracht werden, wenn sie – wie beim Breitscheidplatz – in den Medien Jahr für Jahr die Bilder des Tatorts oder das Konterfei des Terroristen sehen und ertragen müssen. Es ist eine Geschichte, die nicht vergeht …

In Neuseeland und auch in Norwegen gibt es in dieser Hinsicht gute Ansätze. Dort wird versucht, die Attentäter von Christchurch und Utøya weitestmöglich auszublenden, ihre Motive wenn möglich nicht in der Öffentlichkeit zu erwähnen, damit sie sich im Nachgang zu ihren Verbrechen nicht auch noch in dem Glauben bestätigt fühlen können, das erreicht zu haben, was sie wollten.

Andererseits würde es den Opfern auch nicht gerecht, wenn eine zu starke Zurückhaltung dazu führen würde, dass über die Taten, deren Hintergründe und Umstände kaum noch deutlich gesprochen würde. Wie stellen Sie sich eine angemessene Balance vor aus Berichterstattung in der Sache, zu der auch die Benennung der Täter gehört, sowie einer Erinnerung, die auf die Befindlichkeiten der Opfer Rücksicht nimmt?
Ich denke, dass eine solche Balance am besten herzustellen ist, wenn wir den verschiedenen Ansätzen der Aufarbeitung einen jeweils eigenen Raum geben. Hilfreich für die Betroffenen wäre zum Beispiel, wenn der Staat einen Ort schaffen würde, der das Attentat aus der Perspektive der Opfer aufarbeitet. Ein Ort, an dem die Betroffenen wissen: „Hier wird unsere Geschichte dokumentiert.“ Ein Ort, der ihnen zeigt, dass sie mit ihrem Schicksal nicht allein sind. In Spanien wurde zum Beispiel im Juni 2021 ein nationales Gedenkzentrum für Terroropfer eröffnet.

Wenn es um die politische Aufarbeitung geht, stehen die Täter natürlich im Fokus. Natürlich hat auch die Öffentlichkeit ein Recht darauf, sich an in ihrer Mitte verübte Anschläge und die damit verbundenen Bilder zu erinnern. Allerdings stellt sich die Frage, ob Untersuchungsausschüsse den Namen des Täters tragen müssen, oder ob die Namen der Täter permanent in den Medien genannt werden und deren Konterfeis abgebildet werden müssen. Während die Ermordeten niemals wiederkehren, leben die Mörder dadurch im übertragenen Sinne ständig weiter.

Wie finden Sie generell den Umgang der Behörden mit Ihnen als Opfern?
Das war anfänglich eine Katastrophe, allerdings haben sich viele Dinge zum Positiven verändert. So haben der Notfallseelsorgerverband, aber auch Polizei und Feuerwehr ihre Konzepte zum Umgang mit Opfern überarbeitet. Da gibt es unzählige Beispiele, wo man leider erst im Zuge des Terroranschlags vom Breitscheidplatz begriffen hat, dass man diese Perspektive einfach berücksichtigen *muss* – und zwar nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch des Staates.

Denn mit der Zahl der unbewältigten Fälle steigen auch die gesellschaftlichen Folgekosten des Terrorismus. Jeder Patient mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung muss – oft jahrelang – durch die sozialen Sicherungssysteme getragen werden. Allerdings hat man nun wieder das Gefühl, dass die zur Schau gestellte Fürsorge der Versorgungsämter vor allem eine Vermeidungsstrategie ist, um die Folgekosten von Anschlägen möglichst niedrig zu halten.

Was erwarten Sie sich an Unterstützung durch den Staat jenseits finanzieller Aufwendungen?
Das Wichtigste wäre eine bessere Betreuung. Niemand weiß doch vorher, was es bedeutet, Opfer eines Terroranschlags zu sein. Niemand weiß, wohin er sich wenden kann, welche Rechte er hat und welche Entschädigungsansprüche. Und wenn man da niemanden hat, der einen navigiert und der einen auch über lange Zeit begleitet, fallen viele Betroffene in ein Loch, aus dem sie nur schwer wieder herauskommen. Ich kenne einige, die keine Hilfe erfahren haben und bis heute noch durchhängen, die isoliert sind und keinen Kontakt mehr zur Öffentlichkeit haben. Und das ohne eigenes Verschulden.

Kennen Sie durch den Austausch mit Opfervertretungen im Ausland Beispiele, bei denen der Staat den Umgang mit Betroffenen besser organisiert hat?
Durchaus. Zu den Opfern des Anschlags vom Breitscheidplatz gehört unter anderem eine israelische Familie. Die wird – sicherlich auch vor dem Hintergrund, dass Israel eine viel längere Erfahrung mit Terrorismus hat – von ihrem Staat weitaus besser betreut und aufgefangen. Die Betroffenen und ihre Familien dort werden von staatlichen Stellen begleitet und unterstützt. Da kann man gut einiges auch in Deutschland übernehmen. Die bestehenden Strukturen greifen automatisch. Der Aufwand für den Staat ist dabei gering, die Hilfe für die Betroffenen ist jedoch enorm und von unschätzbarem Wert.

> Leider haben wir beobachten müssen, dass es Bereiche gibt, wo der Staat keinen restlosen Aufklärungswillen zeigt und wo selbst die politische Kontrolle von Behörden durch das Parlament nicht gewährleistet ist

Wie wichtig ist die Aufklärung einer Tat und deren Hintergründe für die Überlebenden und Hinterbliebenen?
Ganz entscheidend! Die vollständige Aufklärung eines Verbrechens – das ist mir erst im Laufe der Zeit richtig bewusst geworden – ist vor allem für die Hinterbliebenen ungemein wichtig, um irgendwann mit den Ereignissen abschließen zu können. Jeder Angehörige will wissen, wie es zu einem Anschlag kommen konnte, warum er einen geliebten Menschen verloren hat.

Leider haben wir beobachten müssen, dass es Bereiche gibt, wo der Staat keinen restlosen Aufklärungswillen zeigt und wo selbst die politische Kontrolle von Behörden durch das Parlament nicht gewährleistet ist. Wo es auch Parallelen gibt zu Anschlägen in der Vergangenheit. Wo die Aufklärung immer an der gleichen Stelle scheitert, nämlich dann, wenn es um geheimdienstliche Belange oder „das Staatswohl“ geht. Dann legt sich ein Mantel des Schweigens und Vertuschens über die Aufklärung, und man kommt einfach nicht weiter. Selbst der Untersuchungsausschuss des Bundestages ist in seiner Arbeit an Grenzen gestoßen, sodass bis heute viele Fragen zu den Hintergründen und zum Ablauf des Terroranschlags ungeklärt sind – und offenkundig auch nicht aufgeklärt werden sollen!

Welche Forderungen oder Wünsche hat Ihre Initiative, sowohl in Richtung Politik als auch in Richtung Medien und an die Öffentlichkeit insgesamt?
Die wichtigste Forderung ist – neben der oben genannten stärkeren Berücksichtigung der Perspektive der Opfer – die Erfüllung unserer Rechtsansprüche. Dazu gehört auch eine angemessene und dauerhaft gesicherte materielle Entschädigung. Die Verpflichtung der öffentlichen Hand dazu ergibt sich aus dem vorausgegangenen Versagen des Staates, seine Bürger und Gäste zu schützen. Wir wissen heute, dass der Anschlag vom Breitscheidplatz nicht aus heiterem Himmel kam, dass Behörden den Attentäter auf dem Schirm hatten und das Verbrechen – wie Herr Schäuble im Juni 2021 betont hat – nicht nur hätte verhindert werden können, sondern – so wie es auch schon Herr Ströbele bereits 2017 gesagt hat – eben auch müssen. Und weil das nicht erfolgt ist, hat der Staat die Haftung zu tragen.

Eine weitere Forderung ist – ebenfalls aus der Verantwortung des Staates resultierend – die Kostenübernahme für Rechtsanwälte der Betroffenen, vor allem in sozialrechtlichen Fragen. Es kann nicht sein, dass Terroropfer, die durch einen Anschlag berufsunfähig sind und keine Einnahmen haben, auf ihre letzten Rücklagen zurückgreifen müssen, um zum Beispiel vor Gerichten ihre Ansprüche gegenüber Versicherungen und Versorgungsämtern durchsetzen zu können.

Finden Sie, dass der Anschlag vom 19. Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz einen angemessenen Platz in der deutschen Erinnerungslandschaft hat?
Dieser Anschlag durchaus. Die Schicksale weiterer, durch politischen oder religiösen Extremismus Ermordeter sind jedoch weitaus weniger im öffentlichen Bewusstsein präsent. Jeder, der ein Leid als Folge eines Terroranschlags zu beklagen hat, hat das Recht auf ein Gedenken, dass dem Schicksal *aller* Betroffenen gerecht wird. Und es sollte ein Gedenken sein, bei dem sich auch Staat und Gesellschaft des Terrors und dessen ständiger Gefahren vergewissern, denn der Terror soll letztlich ja uns alle treffen.

Das Interview führte René Nehring.

● **Astrid Passin** ist Sprecherin der Hinterbliebenen und Betroffenen vom 19.12.2016.

MELDUNGEN

Leuchtschrift vor Bibelvers

Berlin – Nach anhaltender Kritik an der Kuppelinschrift des teilweise rekonstruierten Schlosses will das Berliner Humboldt-Forum das Erscheinungsbild verändern. Das weithin sichtbare Spruchband um die Kuppel zieren bislang nach historischem Vorbild Bibelverse, die Preußens König Friedrich Wilhelm IV. ausgewählt hatte. Der Generalintendant Hartmut Dorgerloh kündigte an, das Humboldt-Forum solle ein „weltoffener, demokratischer Debattenort“ werden. Aus Sicht Dorgerlohs müssten deswegen Fragen etwa zu Kreuz und Kuppel mit der Inschrift immer wieder neu gestellt werden. Eine „Initiative Leuchtturm Berlin“ hat vorgeschlagen, vor die Kuppelinschrift ein Netz von Leuchtdioden zu spannen. Mit Hilfe dieser Konstruktion sollen nach den Vorstellungen der Initiatoren nach Einbruch der Dunkelheit Auszüge aus dem Grundgesetz und der UN-Menschenrechtserklärung als Laufschrift vor dem Bibelspruch zu lesen sein. *N.H.*

Ermittlungen eingestellt

Berlin – Noch kurz vor der Ernennung von Wolfgang Schmidt (SPD) zum neuen Chef des Bundeskanzleramts hat die Berliner Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen den Vertrauten von Olaf Scholz eingestellt. Schmidt, der bisher Staatssekretär im Bundesfinanzministerium war, hatte nach einer Durchsuchung der Staatsanwaltschaft Osnabrück im Finanzministerium Auszüge aus dem entsprechenden Gerichtsbeschluss auf seinem Twitter-Account publiziert. Nach seinen Angaben wollte Schmidt damit Diskrepanzen zwischen dem Gerichtsbeschluss und Verlautbarungen der Staatsanwaltschaft belegen. Paragraph 353d des Strafgesetzbuches untersagt allerdings die Veröffentlichung von amtlichen Dokumenten aus laufenden Strafverfahren. Wie der „Tagespiegel“ unter Berufung auf die Berliner Staatsanwaltschaft berichtet, wurde das Ermittlungsverfahren gegen Schmidt gegen eine Geldauflage von 5000 Euro vorläufig eingestellt. *N.H.*

Schaeffler schließt Werk

Herzogenaurach – Nach 15-monatigen Verhandlungen mit einem potentiellen Investor und den Belegschaftsvertretern hat sich der Autozulieferer Schaeffler entschlossen, sein Werk in Luckenwalde zu schließen. Dort werden ausschließlich Teile für Autos mit Verbrennermotor gefertigt. Schaeffler richtet seine Autosparte allerdings zunehmend auf Elektroantriebe aus. Nach Unternehmensangaben sind im Werk in Luckenwalde rund 330 Mitarbeiter beschäftigt. Laut dem Betriebsratsvorsitzenden Frank Hildebrandt arbeitet der Betrieb in Brandenburg profitabel und kostengünstig. Die Schließung des Luckenwalder Werkes erfolgt im Zuge eines Konsolidierungsprogrammes, das zwölf Standorte von Schaeffler in Deutschland betrifft. Das Programm umfasst Schließungen, Produktionsverlagerungen und den Verkauf von Werken. Insgesamt plant der Autozulieferer, in Deutschland 4400 Arbeitsplätze an 17 Standorten abzubauen. *N.H.*

FOTO: IMAGO/BILDFUNKMV

Sind angeblich weniger, aber dafür radikaler geworden: Demonstranten gegen die Corona-Politik, hier in Rostock

CORONA-DEMONSTRATIONEN

Ein heterogenes Gemisch geht auf die Straße

Eine einheitliche Protestbewegung gibt es nicht. Das Spektrum reicht von Linken über Liberale und Konservative bis hinein ins sehr rechte Spektrum

VON PETER ENTINGER

Die anhaltenden Corona-Maßnahmen und die aufkommende Debatte über eine mögliche Impfpflicht erhitzen weiterhin die Gemüter. Vor allem in Mitteldeutschland kommt es seit Wochen zu erheblichen Protesten.

Obwohl diese in aller Regel friedlich bleiben, haben Regierungsverantwortliche gleich welcher Couleur eine härtere Gangart angekündigt. Sachsens Verfassungsschutz hat die Befürchtung geäußert, dass sich die Gegner der Corona-Politik in der vierten Infektionswelle weiter radikalisieren. Teilnehmer aus der bürgerlichen Mitte ließen dabei unverändert keinerlei Tendenzen erkennen, sich von Extremisten klar zu distanzieren.

Dies ist eine recht gewagte Einschätzung. Richtig ist, dass es eine einheitliche Protestbewegung nicht gibt. Dass die Corona-Maßnahmen vor allem aus dem rechten politischen Spektrum kritisiert werden, ist nichts Neues. Dies ist in den Niederlanden, Frankreich und Italien genauso.

> Behörden und Politik verfahren offenbar nach dem Motto: Teile und herrsche. Mehrere Innenminister betonten, die „bürgerliche Mitte“ müsse sich von den Demonstranten distanzieren, um nicht selbst in den Verdacht des Extremismus zu geraten

Martin Kohlmann in Sachsen

In Sachsen fokussiert sich das öffentliche Interesse auf Martin Kohlmann. Der Chemnitzer Rechtsanwalt steht an der Spitze der Regionalpartei „Freie Sachsen“. Die Formation hat sich Ende Februar aus Kritik gegen die sächsische Corona-Politik im Erzgebirge gegründet. Laut eigener Aussage verurteilen die „Freien Sachsen“ die Maßnahmen der Landesregierung aufs Schärfste und fordern eine „Politik der Vernunft“ unabhängig vom Inzidenzwert.

Kohlmann sitzt für die Bürgerbewegung Pro Chemnitz im Stadtrat. Schon als Jurastudent bekleidete er hochrangige Funktionen bei den mittlerweile bedeutungslos gewordenen Republikanern. Kohlmann bezeichnet sich selbst in Interviews als „durch und durch bürgerlich“. Medien nennen ihn dagegen einen „Neonazi“. Fest steht, dass der Anwalt keine Berührungsängste nach ganz rechts hat. Im Vorstand seiner Organisation sitzt mit Stefan Hartung ein langjähriger NPD-Funktionär.

Wohl auch deswegen hat sich die Alternative für Deutschland bislang auffallend zurückgehalten. Die Parteispitze diskutierte nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur am vorvergangenen Montag darüber, ob man dem Unmut der Impfgegner auch auf der Straße eine Plattform bieten solle. Eine Mehrheit sprach sich dafür aus. Geplant sind regionale Veranstaltungen, teils auch mit Spitzenfunktionären der Bundespartei. Es sei aber auch die Sorge geäußert worden, dass man sich „in schlechter Gesellschaft“ befinden könnte. Denn außer Frage steht, dass sich in Sachsen auch Aktivisten der als rechtsextrem geltenden Kleinpartei „Der III. Weg“ unter die Demonstranten gemischt haben.

„Weniger, aber radikaler“

Die bis zur vergangenen Woche größte Demonstration im mitteldeutschen Raum fand übrigens nicht in Sachsen, sondern in Brandenburg statt. In Cottbus protestierten 1000 Menschen, darunter in der Mehrheit unauffällige Bürger. Die regionale Presse will unter den Teilnehmern aber auch militante Fußballfans aus dem Umfeld der Energie-Cottbus-Szene ausgemacht haben. Auch in diesem Fall war das Spektrum der Demonstranten sehr breit. Es reichte von Linken über Liberale und Konservative bis hinein ins sehr rechte Spektrum und von Familien mit Kindern über Bestreiter der Existenz des Coronavirus bis zu Esoterikern, Impfgegnern, Vertretern unterschiedlichster Verschwörungstheorien und Reichsbürgern.

In Sachsen sind auch regelmäßig kleine und mittlere Unternehmer, die um ihre Existenz fürchten, bei Demonstrationen dabei, teilweise sogar als Redner. Die Behörden und die Politik verfahren derzeit offenbar nach dem Motto: teile und herrsche. Mehrere Innenminister betonten, die „bürgerliche Mitte“ müsse sich von den Demonstranten distanzieren, um nicht selbst in den Verdacht des Extremismus zu geraten. Möglicherweise funktioniert das sogar.

Mandy Koch, Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Thüringen, sagte in einem „MDR Aktuell“-Interview, dass man mit der Verschärfung der Maßnahmen auch eine Veränderung des Protestgeschehens sehen könne. Der Kreis der Demonstranten sei tendenziell kleiner geworden, so Koch, man müsse aber konstatieren, dass „der verbleibende Rest sich durchaus radikalisiert hat“.

LEBENSMITTEL-LIEFERDIENSTE

Ein Geschäftsmodell mit Zukunft?

In der boomenden Branche herrschen teilweise frühkapitalistische Zustände

Sie heißen Gorillas, Khora, Flink, Getir, Gopuff und Wolt. Hinter diesen kryptischen Bezeichnungen verbergen sich Lebensmittel-Lieferdienste für städtische Privatkunden, die seit Beginn der Corona-Pandemie wie Pilze aus dem Boden geschossen sind oder aus dem Ausland kommend bei uns Fuß gefasst haben. Teilweise erhält der Besteller das Gewünschte schon nach zehn Minuten, was durch ein System von dezentralen Lagerhäusern und Fahrradkurieren ermöglicht wird. Dabei fallen die Gewinnspannen relativ niedrig aus.

Das hält Investoren aber nicht davon ab, massenhaft Geld in die Branche zu pumpen – im ersten Halbjahr 2021 allein schon drei Milliarden Euro. Und dies soll erst der Anfang sein. Nach einer Prognose der Schweizer Großbank UBS könnte das Wachstum der Lieferdienste derart stark ausfallen, dass ihr Gesamtwert 2030 bereits bei rund 350 Milliarden Euro liegt. Gleichzeitig wird aber zulasten des Personals gespart, um im Wettbewerb auf dem verbissen umkämpften Markt bestehen zu können.

Daher klagen die Fahrer über zu niedrige Stundensätze von nur rund zehn Euro, zu spät gezahlte oder ganz ausbleibende Löhne sowie fehlende Sozialversicherungen. Dazu kommen die lückenlose Kontrolle der Beschäftigten über ihre Mobiltelefone und ein extremer Zeitdruck, der zu riskantem Verhalten im Straßenverkehr nötigt. Die Folge sind Unfälle und Verletzungen, für welche die Unternehmen aber nicht aufkommen wollen.

Zu den übrigen Kritikpunkten zählen die mangelhafte Ausrüstung der Fahrer sowie Dienstpläne, die vom Computer generiert werden und keinerlei Rücksicht auf die Bedürfnisse der Beschäftigten nehmen oder eine Verkürzung der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten implizieren.

Vielfach lassen sich nur Immigranten ohne Arbeitserlaubnis auf derart prekäre Dienstverhältnisse ein. Das kommt den Unternehmen womöglich entgegen, weil so kaum organisierter Widerstand zu erwarten ist. Dennoch haben die Fahrer von Gorillas im Oktober gestreikt. Darauf wurde mit unverzüglichen Massenkündigungen reagiert. Außerdem sabotiert der Lieferdienst Kritikern zufolge die Gründung eines Betriebsrates, indem er auf allerlei juristische Tricks zurückgreife. Im Prinzip herrschen in der Branche frühkapitalistische Verhältnisse, wobei diese durch Elemente des modernen Überwachungskapitalismus verschärft werden.

Deshalb gehen Arbeitsmarktexperten davon aus, dass das Geschäftsmodell von Gorillas und Co. letztlich keine Zukunft hat: „Wer Kurierfahrer wie Tagelöhner behandelt, braucht sich nicht zu wundern, wenn zunächst das Personal wegbleibt und später auch die Kunden“, meint der Experte für Lebensmittelmarketing Otto Strecker von der Universität Bonn. Zumal es sich hier ohnehin nur um einen urbanen Nischenmarkt handele.

Andererseits existiert aber auch enorm viel freies Kapital. Deshalb wetten die Investoren weiter darauf, dass noch mehr Menschen ihre Einkaufsgewohnheiten ändern. So beispielsweise beim Fortdauern der Corona-Pandemie und zusätzlichen Restriktionen im Hinblick auf den Zugang zu Lebensmittelgeschäften.

Wolfgang Kaufmann

LAUSITZ

Aufruhr gegen die Ampel-Pläne

Neue Bundesregierung will die Frist zum Kohleausstieg halbieren – Peinliche Lage für Dietmar Woidke

VON NORMAN HANERT

Förderung läuft selbst bei Nacht: Braunkohletagebau beim brandenburgischen Welzow *Foto: imago/Jochen Eckel*

Brandenburgs Sozialdemokraten befinden sich nach dem Start der neuen Bundesregierung in einer wenig komfortablen Lage. In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, Grünen und FDP vereinbart, den Ausstieg aus der Kohleverstromung „idealerweise“ schon auf das Jahr 2030 vorzuziehen.

Erst im vergangenen Jahr hatte der Bundestag aber ein Kohleausstiegsgesetz beschlossen, in dem das Jahr 2038 als Enddatum für die Kohleförderung benannt wird. Besonders pikant: Diese für Brandenburg folgenreiche Halbierung der Restlaufzeit der Kohleverstromung hat der märkische SPD-Chef Dietmar Woidke während der Ampel-Koalitionsverhandlungen als Mitglied der Arbeitsgruppe „Klima, Energie, Transformation“ selbst mit verhandelt.

Woidke steht nun vor der schwierigen Aufgabe, den Brandenburgern den Koalitionsvertrag trotz des vorgezogenen Kohleausstiegs als eine Erfolgsgeschichte schmackhaft zu machen. Im Zuge dieses Unterfangens führte er unter anderem an, der von der Ampelkoalition vereinbarte Mindestlohn von zwölf Euro bedeute „in Brandenburg für über 360.000 Menschen eine Gehaltserhöhung und mehr Respekt für ihre Arbeit.“ Zudem wies der märkische Ministerpräsident darauf hin, dass von der Kindergrundsicherung gerade Kinder aus Elternhäusern mit keinem oder wenig Einkommen profitierten.

Abgespeist mit dem Mindestlohn

Insbesondere Woidkes Hinweis auf die massive Auswirkung der Mindestlohnerhöhung in Brandenburg hat bei näherem Hinsehen eine unschöne Kehrseite. Denn wie hier sichtbar wird, liegen mehr als drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer die Monatseinkommen sehr vieler Brandenburger zum Teil noch immer deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. In Brandenburg arbeitet etwa jeder dritte Arbeitnehmer im unteren Entgeltbereich, der bei weniger als zwei Dritteln des Bruttolohns aller Vollzeitbeschäftigten liegt.

Insgesamt ist dies für die Sozialdemokraten, die seit 1990 in Brandenburg ununterbrochen die Ministerpräsidenten gestellt haben, keine sonderlich gute Erfolgsbilanz ihrer jahrzehntelangen Wirtschaftspolitik. Brandenburg liefert darüber hinaus auch ein gutes Beispiel, wie fragwürdig Versuche der Politik sind, binnen weniger Jahre einen erfolgreichen Strukturwandel herbeizwingen zu wollen. In den 90er Jahren sind Versuche der Potsdamer Landesregierung, mit Fördermillionen die Entwicklung von Großprojekten wie Cargolifter und Lausitzring in Gang zu bringen, krachend gescheitert. Mittlerweile profitiert das Land immerhin stark von der wirtschaftlichen Dynamik des Speckgürtels um die Millionenmetropole Berlin.

Zumindest für die Anfangsphase dieser Entwicklung gilt: Der Aufschwung im Umland Berlins seit der Jahrtausendwende kam für die Landesregierung in Potsdam eher wie eine Überraschung und sehr viel weniger als Resultat der eigenen Wirtschaftspolitik.

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen herrscht nun in der Lausitz starke Skepsis, ob bis zum angepeilten Kohleausstieg bis 2030 genug Ersatzarbeitsplätze tatsächlich durch einen Strukturwandel entstehen werden.

Besonders scharfe Kritik kommt vom Betriebsrat des Energieversorgers Leag. In einer Pressemitteilung mit dem Titel „Kohleausstieg 2030 – nicht mit uns!“ heißt es: „Wer glaubt, diese mit 16 Jahren ohnehin knapp bemessene Frist risikolos halbieren zu können, der ist entweder gefährlich naiv oder treibt ein böses Spiel mit den Menschen im Revier.“

Gravierende Schäden befürchtet

Die Strukturentwicklung in den Braunkohlerevieren sei nicht „per Knopfdruck aus den Berliner Parteizentralen“ steuerbar, so der Betriebsrat. Der Leag-Vorstandsvorsitzende Helmar Rendez warnte zudem vor „gravierenden Schäden für das deutsche und europäische Energieversorgungssystem“ durch ein Vorziehen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung von 2038 auf 2030. Das erst im vergangenen Jahr beschlossene Kohleausstiegsgesetz erlaube zwar, das Kohle-Aus um drei Jahre vorzuziehen, so Rendez. Geknüpft sei diese Option aber „an harte und klare Kriterien wie Versorgungssicherheit und Stromkosten“.

Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) wies darauf hin, dass die sogenannte Kohlekommission sich mit einem „riesigen Aufwand“ Anfang 2019 auf das Ausstiegsdatum 2038 verständigt und dabei „den Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie befriedet“ habe. Laut Kretschmer bricht die Ampelkoalition mit ihrem Koalitionsvertrag diesen Konflikt nun neu vom Zaun.

Zudem warnte der sächsische Regierungschef, die Schaffung Tausender guter Ersatzarbeitsplätze gelinge nicht binnen fünf bis acht Jahren, dafür benötige man mehr Zeit. An die Adresse der Gewerkschaften gerichteten appellierte Kretschmer auf einer digitalen Lausitzkonferenz des DGB, „sich nicht zu schnell auf diesen Weg einzulassen“.

RÜCKTRITTSFORDERUNG

Ehefrau von Olaf Scholz schwer unter Beschuss

„Außer Kontrolle“: Eltern, Schüler und Rechnungshof feuern auf Brandenburgs Bildungsministerin Ernst

Für Olaf Scholz stellt die Wahl zum Bundeskanzler den Höhepunkt seiner Karriere als Politiker dar. Für Britta Ernst, die Ehefrau des neuen Kanzlers, läuft es derzeit sehr viel weniger gut. Als Bildungsministerin des Landes Brandenburg sieht sich die gebürtige Hamburgerin derzeit scharfer Kritik bis hin zu Rücktrittsforderungen ausgesetzt. Elternvertreter in ganz Brandenburg werfen der SPD-Politikerin Versagen und Nichthandeln in der Corona-Pandemie vor. Einer Pressemitteilung des Elternrats zufolge ist die Lage an den Schulen des Bundeslandes mittlerweile „außer Kontrolle“.

Auf Antrag des Kreiselternrates Cottbus hat der Landeselternrat Brandenburg Anfang Dezember ganz direkt den Rücktritt der Bildungsministerin gefordert. Zur Begründung heißt es in einer Erklärung vom 6. Dezember: „In den zwei Jahren pandemischer Lage war aus Sicht der Eltern weder der Wille noch die Fähigkeit erkennbar, den Schülern des Landes Brandenburg geregelten Zugang zu Bildung zu verschaffen.“

„Sumpf der Zuständigkeiten“

Nach Darstellung der Elternvertreter war weder bei der „Bewältigung der vorhersehbaren, kurzfristig zu lösenden Probleme noch bei der Bewältigung der mittelfristig erkennbaren Herausforderungen … ein planvolles zielgerichtetes Agieren erkennbar“. Demnach bleiben selbst die „einfachsten Vorkehrungen, wie Plexiglasscheiben oder Lüftungsanlagen“, im „Sumpf der Zuständigkeiten“ zwischen dem Bildungsministerium in Potsdam und den Trägern der Schulen hängen.

Verdruss herrscht bei Eltern und Schülern zudem über den Stand der Digitalisierung an Brandenburgs Schulen. Als Pandemie-Maßnahme hat das Bildungsministerium seit dem 29. November die Präsenzpflicht an den märkischen Schulen aufgehoben. Eltern können seitdem ihre Kinder zu Hause lassen. Schülervertreter kritisieren nun allerdings, dass die Möglichkeiten für einen digitalen Fernunterricht seit den pandemiebedingten Schulschließungen im vergangenen Jahr nicht genug vorangetrieben worden seien.

Obendrein ist Brandenburgs Bildungsministerium erneut ins Visier des Landesrechnungshofs geraten. Bereits im Jahr 2018 hatten die Rechnungsprüfer im Zusammenhang mit der Internationalen Schule Kleinmachnow die Förderpraxis des Bildungsministeriums moniert. Nun wirft die oberste Finanzkontrollbehörde des Landes dem von Ernst geführten Ministerium vor, trotz ausdrücklicher Warnungen des Rechnungshofs dem Landessportbund einen überhöhten Förderbescheid ausgestellt zu haben. Für das „Haus des Sports“ in Potsdam, einem Großprojekt des Landessportbundes, hatte das Ministerium im Jahr 2019 8,1 Millionen Euro bewilligt. Aus Sicht der Rechnungsprüfer hätte die Fördersumme mindestens eine Million Euro niedriger ausfallen müssen, da der Landessportbund und dessen Tochtergesellschaft selbst über genügend Mittel verfügt hätten.

Tatsächlich war der Verband bei dem geförderten Projekt auch in der Lage, entstandene Mehrkosten in Millionenhöhe aus eigener Kraft zu begleichen. *N.H.*

KOLUMNE

Die eiskalte Hauptstadt

VON THEO MAASS

Im vergangenen Winter, also längst unter den Bedingungen der Corona-Pandemie, konnten Obdachlose in Berlin an ausgewählten U-Bahnhöfen vor der nächtlichen Kälte Schutz suchen. Damit ist es vorbei. In der Berliner Sozialverwaltung zeigt man sich entschlossen: „Grundsätzlich ist es so, dass Kontrolleure Personen abweisen müssen, die die 3G-Bedingung nicht erfüllen … Aus Gründen des Infektionsschutzes ist eine Ausnahme nicht erwünscht.“

Obdachlose werden in der Zeit der Winterkälte in Berlin Opfer der doktrinären 3G-Vorschriften. Die Betroffenen werden von den Vollstreckern der Obrigkeit erbarmungslos vor die Tür geworfen. Vom Senat heißt es, es sei „nicht möglich, eine Ausnahme für obdachlose Personen zu schaffen“. Nein? Warum nicht? Die Berliner Landesregierung wird aufgerieben zwischen ihren eigenen, angeblich sozialen Ziele und dem blinden Aktionismus gegen die Corona-Pandemie.

Wenig glaubhaft lässt der Senat verlauten, man wisse, „wie problematisch diese Situation für obdachlose Menschen“ sei. Man unternehme „viele Anstrengungen, Obdachlosen eine Impfung und weitere Tests zu ermöglichen“. Kontrollen in vollen U-Bahn-Zügen mögen ja sinnvoll sein. Auf weitgehend leeren nächtlichen Bahnhöfen sind sie es nicht.

Das „Angebot“ des Senats ist zudem kaum etwas wert, denn selbst, wer sich sofort impfen lässt, müsste mehrere Wochen im Winter auf die zweite Impfung in der Kälte warten. Das Problem wird dadurch noch größer, weil Obdachlose oft keine Personalausweispapiere besitzen. Wie sollen diese Menschen einen Nachweis über einen durchgeführten Test oder Impfung führen? Interessant wäre eine Untersuchung, ob sich überhaupt irgendjemand schin einmal nachts auf einem U-Bahnhof mit Corona angesteckt hat.

MELDUNG

CDU wählt Linken

Berlin – Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg, Michael Grunst (Linkspartei), bleibt im Amt. Nach Angaben der Fraktion der Linkspartei erhielt Grunst am 9. Dezember 39 der 54 Stimmen der Bezirksverordnetenversammlung, bei zwei Enthaltungen. Gewählt wurde Grunst mit den Stimmen eines Wahlbündnisses von Linkspartei, SPD und CDU. Die Bildung eines Bündnisses aus SPD, CDU und Grünen war zuvor gescheitert. Der AfD-Kandidat für ein anderes Amt, Frank Elischewski, erhielt in drei Wahlgängen in der Bezirksverordnetenversammlung nicht die nötige Mehrheit. Elischewski war von der AfD-Fraktion für das Ressort Soziales aufgestellt worden. Noch vor den Wahlen hatte die AfD Bürgermeister Grunst vorgeworfen, als Amtsinhaber nicht neutral zu sein. Als Reaktion räumte der Linkenpolitiker ein, er könne und werde „bei Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ nicht neutral sein. *N.H.*

MELDUNGEN

Mehr Migration trotz Corona

Le Grand-Saconnex – Trotz der massiven Mobilitätsbeschränkungen infolge der Corona-Pandemie haben die weltweiten Migrationsbewegungen weiter zugenommen. Über dieses Paradoxon informierte die International Organization for Migration (IOM) mit Sitz im schweizerischen Le Grand-Saconnex Anfang Dezember anlässlich der Vorstellung ihres Jahresberichtes für 2020, wobei sie jedoch keine Erklärungen zu den möglichen Ursachen abgab. So besaßen 2019 noch 272 Millionen Menschen beziehungsweise 3,5 Prozent der Weltbevölkerung einen Migrantenstatus, wohingegen diese Quote im Vorjahr auf 3,6 Prozent stieg, weil die IOM nun schon 281 Millionen Migranten zählte. Zum Vergleich: Für 1970 ging die UN-Unterorganisation für Migration von lediglich 84 Millionen Menschen auf Wanderschaft aus. Allerdings vertritt die IOM die Auffassung, dass es 2020 ohne die Pandemiebedingten Restriktionen noch mindestens zwei Millionen Migranten mehr gegeben hätte. *W.K.*

FBI spioniert Nutzer aus

Washington – Der in Washington ansässigen Aktionsgruppe Property of the People ist es gelungen, ein geheimes Dokument des FBI zu beschaffen, aus dem das ganze Ausmaß des staatlichen Zugriffs auf Internetdienste für den verschlüsselten Nachrichtensofortversand (Messaging-Dienste) hervorgeht. Laut dem Bericht der Abteilung für Wissenschaft und Technologie des FBI, das sowohl als Strafverfolgungsbehörde als auch als Inlandsgeheimdienst der US-Regierung fungiert, gehören WhatsApp von Facebook/Meta und iMessage von Apple zu denjenigen Diensten, welche am häufigsten Informationen über Nutzer und deren Kontaktpersonen an die Sicherheitsbehörden weitergeben. Dahingegen lehnt es der Messaging-Dienst Telegram ab, mit dem FBI und anderen Diensten zu kooperieren. Es sei denn, es handelt sich um Ermittlungen, die eindeutig gegen Terroristen gerichtet sind. *W.K.*

Macron über Grenzschutz

Budapest – Im Vorfeld der französischen EU-Ratspräsidentschaft hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron signalisiert, in der Migrationspolitik auf den ungarischen Premier Viktor Orbán zugehen und die EU-Position überdenken zu wollen. In Budapest sagte er, es habe in der Vergangenheit Differenzen in der Migrationspolitik gegeben. Laut dem französischen Präsidenten ist die aktuelle Lage an der polnisch-weißrussischen Grenze aber so geartet, „dass es uns dazu bringt, an eine Neuorganisation zu denken, um den Migrationszuflüssen vorzubeugen und unsere Grenzen besser zu schützen“. Auf einer Pressekonferenz dankte Macron Ungarn auch für die militärische Unterstützung für Frankreich im afrikanischen Mali. Macron war zur Vorbereitung der französischen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2022 zu einem Gipfeltreffen der Visegrád-Staaten nach Budapest gereist. *N.H.*

CHINA

Die Stunde der Ernüchterung

Forum über chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit sieht ein Ende der Dynamik

VON BODO BOST

Das Forum über die chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit (Focac), ein großes regelmäßiges Treffen zwischen dem Reich der Mitte und dem afrikanischen Kontinent, das zuletzt Ende November in Dakar stattfand, stand im Zeichen einer neuen Nüchternheit. Sollte die kurz zuvor erfolgte Zusage Chinas zur Lieferung von einer Milliarde Dosen seines Corona-Impfstoffes für neuen Schwung in den Beziehungen sorgen?

Focac gehören 44 afrikanische Länder und 17 internationale Organisationen an. Das diesjährige Treffen war erstmals eine Ministerkonferenz und kein Gipfel der Staats- und Regierungschefs. Dies unterstrich das neue Klima in den Beziehungen zwischen China und Afrika. Die Absenkung des Formats war zwar der Covid-19-Pandemie geschuldet, da der chinesische Präsident Xi Jinping es vorzog, zu Hause zu bleiben, dennoch zeigte es, dass die China-Afrika-Dynamik nachlässt.

Das Forum über die chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit in Dakar fand dieses Mal vor dem Hintergrund einer Überprüfung der Beziehungen zwischen Peking und dem schwarzen Kontinent statt. Laut Beobachtern läutete das Treffen „das Ende der Illusionen“ ein. Es reiche nicht aus, Geld auszugeben, um Entwicklung zu bewirken.

Asymmetrische Beziehung

Vor allem die Afrikaner erkennen, dass die von den Chinesen bereitgestellten Geldmengen, die letztlich ziemlich teuer sind, was die Zinssätze angeht, und sehr kurze Rückzahlungsfristen haben, nicht ausreichen, um den gewünschten wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Effekt auszulösen. Die Chinesen geben selbst zu, dass sie die Rentabilitätsstudien nicht durchgeführt haben, die nötig gewesen wären, um die Projekte rentabel zu machen. Daher sind sie bei der Vergabe von Krediten härter geworden. Das Focac-Treffen in Dakar war Teil dieses Kontexts einer Revision einer zutiefst asymmetrischen Beziehung, die auf beiden Seiten stattfindet.

Projekte mit begrenzten industriellen Auswirkungen, unausgewogener Nord-Süd-Handel, Schuldenfalle, Korruption der Eliten, schlechtes Arbeitsrecht in den chinesischen Niederlassungen und Spannungen haben die Präsenz Pekings auf dem Kontinent begleitet. Das Ergebnis: Die Zufriedenheit mit China hat in der afrikanischen Bevölkerung zwischen 2013 und 2019 um durchschnittlich zehn Prozent abgenommen.

Dennoch sind die Wirtschaftsdaten noch recht beeindruckend. Der Umfang des Handels zwischen China und Afrika hat sich von 2002 bis 2020 fast verzwanzigfacht und ist von zehn auf 178 Milliarden Euro gestiegen. Dieser Schub hat es China ermöglicht, die USA von ihrer Position als größter Handelspartner Afrikas zu verdrängen. Peking hat große Infrastrukturprojekte in Angriff genommen. Afrika ist mit seiner stark wachsenden Bevölkerung ein wichtiger Exportmarkt für China. Der afrikanische Kontinent ist zudem reich an Rohstoffen. Nach dem Mittleren Osten ist Afrika der zweitgrößte Erdöl-Lieferant Chinas. China spielt eine wichtige Rolle beim Ausbau des afrikanischen Verkehrsnetzes und trägt so zur regionalen Vernetzung des Kontinents bei.

Grundsatz der Nichteinmischung

So wurde 2019 eine 4300 Kilometer lange Bahnlinie zwischen Pazifik- und Atlantikküste, von Daressalam in Tansania über Sambia nach Lobito in Angola fertiggestellt. Weitere Projekte im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ sind bereits im Bau oder geplant. Im Unterschied zu westlichen Staaten verfolgt China den Grundsatz der Nichteinmischung in Regional- und Innenpolitik der afrikanischen Staaten und stellt keine Fragen zur Regierungsführung oder Menschenrechtslage.

China ist für Afrika wichtig, weil sie es den Afrikanern ermöglicht, aus der monopolartigen Konfrontation mit den ehemaligen Kolonialmächten auszubrechen. Das Reich der Mitte bietet den Afrikanern eine Möglichkeit, sich vom Westen abzugrenzen. Pekings Interesse an Afrika ist jedoch eher politisch. Wirtschaftlich ist der afrikanische Kontinent für China nur insofern interessant, als es an die Seewege nach Europa grenzt. Der Zugang zum europäischen Markt ist das eigentliche Ziel der chinesischen Führung. Sie ist nur marginal an der Industrialisierung des schwarzen Kontinents beteiligt.

Chinas eigentliche Dividende bei seinen Afrika-Investitionen streicht es bei den Vereinten Nationen ein – in Form von Stimmen in der Generalversammlung. Auf diese Weise konnte es sich die Leitung von vier UN-Organisationen sichern. Weder Europäer noch Amerikaner haben jemals so viele Gremien zur gleichen Zeit geleitet. China konnte diese Positionen nur dank afrikanischer Unterstützung erobern – einer ziemlich kostengünstigen Unterstützung.

FOTO: IMAGO IMAGES/XINHUA

Erfolgreiches chinesisch-afrikanisches Projekt: Omar Capusso (2. v.l.), Leiter des Bahnhofs Lobito, im Gespräch mit Mitarbeitern der China Railway 20th Bureau Group Corporation am 2. August 2019

BIDEN-PUTIN-TELEFONAT

„Ein offenes und sachliches Gespräch“

US-Präsident signalisiert Dialogbereitschaft, doch Falken halten am Feindbild Russland fest

In welchem Tenor der US-Präsident Joe Biden und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin sich jenseits der für Journalisten freigegebenen Eingangsphase ihres Videotreffens unterhalten haben, wissen nur die beiden. Offiziell bezeichnete Putin das Gespräch als offen und sachlich.

Neben dem Ukrainekonflikt, in dessen Bewertung die Präsidenten auf ihren Positionen beharrten, wurde auch die Lage in Afghanistan, Libyen, Syrien sowie das iranische Atomprogramm thematisiert. Als kleiner Erfolg kann die Absprache wegen der Rückkehr der ausgewiesenen Diplomaten sowie der beiderseitigen Bereitschaft zum weiteren Dialog und zur Suche nach einer diplomatischen Lösung des Ukrainekonflikts gewertet werten.

Letzteres könnte Biden jedoch wie zuvor schon Donald Trump zu Beginn seiner Amtszeit auf die Füße fallen. Die Falken im US-Kongress rüsten bereits auf.

Der republikanische Senator Roger Wicker aus Mississippi reagierte am schärfsten, indem er das Weiße Haus aufforderte, einen nuklearen Ersteinsatz gegen Russland zu erwägen. Zwar sorgten diese Äußerungen für Empörung, Russland bezeichnete sie als „gefährlich und unverantwortlich“, dennoch blies Wickers Kollege, der republikanische Kongressabgeordnete Adam Kinzinger, in dasselbe Horn.

Falken rüsten auf

Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan drohte, die osteuropäischen NATO-Länder würden bei einem russischen Einmarsch zusätzliche Truppen in die Ukraine entsenden. Die USA halten einen Angriff von drei Seiten für möglich: Von der Krim, von der russisch-ukrainischen Grenze und von Weißrussland aus. Sullivan beteuerte jedoch, dass er nicht glaube, dass Russland einen Einmarsch plant.

Dem widersprach Victoria Nuland, seit diesem Jahr Staatssekretärin für politische Angelegenheiten im Außenministerium, und verwies auf angebliche Erkenntnisse von US-Geheimdiensten, die vor einem bevorstehenden russischen Angriff warnten. Nuland sprach sich für den Einsatz von Javelin-Panzerabwehrraketen aus, die zurzeit noch unter Verschluss in der Ukraine lagern.

Das passt zu ihrer Rolle nach dem Umsturz in Kiew. Es sei an das abgehörte Telefonat von 2014 mit dem damaligen US-Botschafter Geoffrey R. Pyatt erinnert, dessen Mitschnitt Whistleblower Edward Snowden veröffentlichte. Nuland gab damals konkrete Anweisungen zur Einflussnahme auf die Regierungsbildung in Kiew im Sinne US-amerikanischer Interessen. Die EU spielten für sie keinerlei Rolle. „Fuck the EU“ („Scheiß’ auf die EU“) lauteten Nulands Worte. Auch Biden nahm als Obamas Vize-Präsident und Beauftragter direkten Einfluss (siehe *PAZ* vom 10. Dezember).

Diesmal besprach Biden das weitere Vorgehen in der Ukraine-Krise mit den NATO-Partnern. Schließlich haben die USA seit 2014 Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und Polen mit Fallschirmeinheiten und Flugzeugen militärisch aufgerüstet. Im selben Zeitraum gaben die USA 2,5 Milliarden US-Dollar für die ukrainische Verteidigung aus.

Washington macht kein Geheimnis daraus, dass US-Verbände bei Übungen in Polen und im Baltikum beteiligt sind. Die Truppen rotieren, damit sie nicht als dauerhaft stationiert gelten. Wie viele US-Soldaten sich genau in Osteuropa befinden, wird nicht bekanntgegeben. Aus Putins Sicht deutet dies auf eine direkte Bedrohung Russlands und den „gefährlichen“ Versuch der NATO hin, sich die Ukraine anzueignen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

NORDSEEHÄFEN

Schulterschluss, um die Spitze anzuführen

Große Pläne für die Zukunft – Abstiegsängste und neue Konkurrenten schweißen deutsche Containerhäfen zusammen

VON NORMAN HANERT

Containerterminal Burchardkai in Hamburg: Anlieferung zweier neuer Großcontainerbrücken *Foto: HHLA/Dietmar Hasenpusch*

Traditionell liefern sich die Häfen Hamburg und Bremen im Containergeschäft einen harten Wettbewerb. Nachdem die Konkurrenz in Rotterdam und Antwerpen immer mehr Marktanteile gewinnt und Rivalen wie die Häfen in Danzig und Piräus immer stärker werden, nehmen die Nordseehäfen Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven nun Kurs auf einen engeren Zusammenschluss.

Der Hamburger Hafenkonzern HHLA verhandelt bereits seit Mitte 2018 mit der Bremer Eurogate und der Logistikgruppe BLG über eine Zusammenlegung ihrer Containerterminals in den großen deutschen Seehäfen. Nachdem die Gespräche gut anderthalb Jahre lang zu keinem Ergebnis geführt hatten, wollen die Beteiligten offenbar noch vor dem Jahresende eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnen. Wie die HHLA-Chefin Angela Titzrath betont, geht es bei den Plänen nicht darum, die Hafenbehörden zusammenzulegen. Vielmehr sollen die acht Container-Terminals in Hamburg, Wilhelmshaven und Bremerhaven möglicherweise unter dem Dach einer gemeinsamen Gesellschaft künftig kooperieren. Gelingt dieser Zusammenschluss, dann könnten die drei deutschen Häfen mit ihrem Containergeschäft fast mit Rotterdam gleichziehen.

Aus Konkurrenten werden Partner

Deutschlands Nordseehäfen reagieren damit auf die Entwicklung auf der sogenannten Nordrange. Gemeint sind damit vor allem die Häfen Antwerpen, Rotterdam, Bremerhaven und Hamburg. Über die Nordrange werden fast 80 Prozent des europäischen Außenhandels abgewickelt. Die Marktanteile auf diesem riesigen Markt sind hart umkämpft. Während der Pandemie im vergangenen Jahr hat sich der Hamburger Hafen besser behaupten können als ursprünglich befürchtet wurde. Allerdings verzeichneten die Konkurrenten Rotterdam und Antwerpen höhere Wachstumsraten, sodass Hamburg und Bremerhaven auf der Nordrange insgesamt Marktanteile verloren haben. Ein wichtiger Faktor dabei ist, dass Rotterdam und Antwerpen derzeit effizienter und kostengünstiger arbeiten als die deutschen Kontrahenten. Für diese nimmt der Druck sogar noch zu.

Im Frühjahr haben Vertreter der Städte Brügge und Antwerpen, der flämischen Regierung und der Hafenbehörden eine Fusion der Containerhäfen Antwerpen und Zeebrugge beschlossen. Unter der Marke „Hafen von Flandern“ wollen beide belgischen Häfen langfristig Rotterdam, derzeit Europas größten Containerhafen, den Rang streitig machen.

Obendrein wächst Hamburg und Bremerhaven auch noch Konkurrenz in der Ostsee und im Mittelmeer heran. Im Danziger Hafen werden derzeit die Umschlagskapazitäten für Containerschiffe und auch die Schienenanbindung ausgebaut. Der Ostseehafen kann zudem mit niedrigeren Kosten punkten.

Auch der griechische Hafen Piräus ist nach der Übernahme durch die China Ocean Shipping Company (COSCO) im Jahr 2016 stark ausgebaut worden. So stark, dass der Hafen inzwischen immer öfter als Chinas „Einfallstor nach Europa“ bezeichnet wird.

„Champion, den wir bauen wollen“

Dementsprechend besteht bei den Häfen an der Deutschen Bucht der Handlungsbedarf, den wirtschaftlichen Abstieg abzuwenden. Noch vor dem Abschluss der Fusionsgespräche zwischen dem Hamburger Hafenkonzern HHLA und der Bremer Eurogate hat die Reederei Hapag-Lloyd bereits ein wichtiges Zeichen gesetzt. Im September gab die Hamburger Reederei ihren Einstieg beim Tiefwasserhafen JadeWeserPort in Wilhelmshaven bekannt. Das Unternehmen übernimmt dort 30 Prozent am Containerterminal. Bislang hat Hapag-Lloyd beim Containerumschlag vor allem auf die Terminals in Hamburg gesetzt. Mit der Beteiligung am JadeWeserPort ist davon auszugehen, dass Hapag-Lloyd schon aus Eigeninteresse künftig verstärkt auch Schiffe nach Wilhelmshaven schicken wird.

Die Beteiligung von Hapag-Lloyd am JadeWeserPort kann auch als Signal an Hamburg verstanden werden. Über ihre Beteiligungsgesellschaft HGV ist die Stadt Hamburg nämlich größter Einzelaktionär der Hapag-Lloyd AG.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) bezeichnete die enge Zusammenarbeit der Hafenstandorte sogar als „Voraussetzung für den europäischen Champion, den wir bauen wollen“.

Tatsächlich bescheinigt eine Untersuchung des Institutes für Seeverkehrslogistik und der Unternehmensberatung Roland Berger einer Kooperation der Container-Terminals in Hamburg, Bremerhaven, Bremerhaven und Wilhelmshaven großes Zukunftspotential. Laut den Gutachtern kann ein Verbund der beiden Terminalbetreiber Eurogate und HHLA aus Hamburg zu einer gemeinsamen „Deutsche Bucht AG“ zur Nummer eins unter den europäischen Häfen werden. Die Studienautoren sehen für die deutschen Nordseehäfen ein Umschlagpotential von 15 Millionen Standardcontainern pro Jahr. Rotterdam liegt derzeit bei 14,4 Millionen Standardcontainern, Antwerpen bei zwölf Millionen.

Noch wichtiger als die Umschlagsmengen ist aus Sicht der Unternehmensberater das Potential an Synergien und Innovationsvorsprüngen durch eine Fusion. Die Containerterminals in der Deutschen Bucht können durch eine Zusammenarbeit in den Bereichen Verwaltung, IT, Vertrieb, Einkauf, Personal sowie Forschung und Entwicklung Gelder einsparen, die sie dann in die Entwicklung stecken können. Laut der Studie könnte das Geld für digitale Hafenlogistik, den Ausbau der Bahninfrastruktur und die Nutzung von Wasserstoff verwendet werden. Selbst gegenüber den Konkurrenten Rotterdam und Antwerpen könnten sich Hamburg und Bremerhaven damit einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Wie schon beim Aufschwung des Hafens Piräus kann der chinesische Staatskonzern COSCO auch bei dem Plan, die deutschen Nordseehäfen zu einem „europäischen Champion“ zu machen, eine wichtige Rolle spielen. Bereits im September wurde bekannt, dass sich COSCO Shipping Ports als Partner mit einer 35-prozentigen Minderheitsbeteiligung an dem Hamburger Containerterminal Tollerort beteiligt. Die Chinesen haben angekündigt, Tollerort zu einem zentralen europäischen Knotenpunkt für den Warenverkehr mit China machen zu wollen.

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich verschenke** für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Zahlung per: ☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
☐ den Schenkenden ☐ den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude
Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro Prämie für Sie

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
oder online
www.paz.de/abo
bestellen!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KOMMENTARE

Ärztliche (Un-)Logik

NORMAN HANERT

Lediglich zwölf Monate ist es her, als in Berlin eine Amtsposse um einem Corona-Test für Kopfschütteln sorgte. Bereits in der Abschiebehaft befindlich, hatte es ein Litauer abgelehnt, im Zuge einer ärztlichen Untersuchung bei sich einen Test durchführen zu lassen. Das „Nein“ des Mannes genügte, den Abschiebeversuch scheitern zu lassen. Der anwesende Arzt sah sich außerstande, ohne Corona-Test eine Reisefähigkeit zu bescheinigen. Der mehrfach Vorbestrafte wurde Ende Dezember 2020 wieder auf freien Fuß gesetzt, er tauchte in der Millionenmetropole Berlin unter.

Ein Jahr später erleben die Bürger einen Staat, der das Recht auf körperliche Unversehrtheit weniger großzügig auslegt. Mehrere Millionen Menschen, die weder genesen noch geimpft sind, unterliegen dem Zwang, Tag für Tag einen negativen Corona-Test vorweisen zu müssen, wenn sie Bus und Bahn nutzen oder an ihren Arbeitsplatz wollen.

Noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit als Bundesgesundheitsminister preschte Jens Spahn mit dem Vorschlag vor, als Alternative zu einer Impfpflicht Menschen ohne Impfung oder Genesenenstatus weitgehend aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Er stellt sich das so vor: „Stellt Euch darauf ein: 2G, geimpft oder genesen – und zwar auffrischgeimpft dann ab einem Punkt x –, gilt mindestens mal das ganze Jahr 2022. Wenn du irgendwie mehr tun willst, als dein Rathaus oder deinen Supermarkt zu besuchen, dann musst du geimpft sein.“ Er betonte noch: „Das hat nichts zu tun mit Impfmobbing.“

Sachlich begründen lässt sich Spahns Vorschlag nicht. Ein Sprecher seines (Ex-)Ministeriums hatte erst im August bestätigt, „dass nur wenige Infektionsfälle der Benutzung des öffentlichen Personenverkehrs zugeordnet werden können“. Ähnlich lautet der Befund des Robert-Koch-Instituts für den Einzelhandel. Spahns Vorschlag läuft obendrein darauf hinaus, Menschen aus dem öffentlichen Leben auszugrenzen, selbst wenn sie den Nachweis erbringen können, gesund zu sein.

Noch im Januar hatte Spahn erklärt: „In dieser Pandemie wird es keine Impfpflicht geben.“ Er ergänzte: „Wir setzen auf Argumente, auf Information und Vertrauen in den Impfstoff.“

Auch im Fall von Frank Ulrich Montgomery lohnt ein Blick zurück. Erst 2018 hatte sich der Ärztefunktionär entschieden gegen umfassende Alterstests bei Asylbewerbern ausgesprochen. Anlass der Diskussion waren seinerzeit der Mordfall von Kandel, bei dem ein Afghane ein 15 Jahre altes Mädchen erstochen hatte. Nach Zweifeln an der Altersangabe des Mannes hatten sich CDU-Politiker für obligatorische Altersbestimmungen für alle angeblich minderjährigen Asylbewerber ausgesprochen.

Widersprüchliche Haltung

Im Januar 2018 beschied Montgomery gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“: „Wenn man das bei jedem Flüchtling täte, wäre das ein Eingriff in das Menschenwohl.“ In der damaligen Diskussion ging es unter anderem um die Frage, ob zur Altersbestimmung Handknochen geröntgt werden sollen. Montgomery, selbst Radiologe, befand damals: Röntgen ohne medizinische Indikation sei „ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit“.

Weniger zurückhaltend gab sich Montgomery unlängst, als es um eine Impfpflicht für Kinder mit Covid-Impfstoffen ging. Gegenüber „ZDFheute.de“ sprach er sich dafür aus, „auch Kinder in die Impfpflicht einzubeziehen“, wenn die Ständige Impfkommission die Impfung von Kindern empfehlen sollte. Er verstehe den Aufstand nicht: „Wir impfen 98 Prozent der Neugeborenen mit den Grundimpfungen, und da ist sehr viel mehr drinnen als in dem einen Impfstoff gegen Corona.“

Zur Erinnerung: Die von Spahn und Montgomery offenbar ohne viel Zweifel vorgetragenen Plädoyers für Impfungen beziehen sich auf eine völlig neuartige Generation von Impfstoffen, die innerhalb von Monaten entwickelt wurden und keines der sonst üblichen, bis zu zehnjährigen Prüfungsverfahren durchlaufen haben. In der EU haben sie deshalb bislang nur eine bedingte Zulassung erhalten. Mit Recht weisen die Pharmahersteller darauf hin, dass sie keine Aussagen zu langfristigen Nebenwirkungen treffen können, da entsprechende Studienergebnisse zum Teil erst 2023 vorliegen werden. Die Entscheidung, sich diese Impfstoffe in den Körper spritzen zu lassen, sollte nicht dem Bundestag, sondern jedem Bürger selbst überlassen bleiben.

FOTO: IMAGO IMAGES/ZUMA PRESS

Beklemmendes Gedenken: Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Berliner Breitscheidplatz

LEITARTIKEL

Folge eines Staatsversagens

RENÉ NEHRING

Der 19. Dezember ist so etwas wie das Stiefkind der deutschen Erinnerungskultur. Seit an jenem Tag im Jahr 2016 der Tunesier Anis Amri einen Sattelzug in den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche lenkte, tut sich die Politik schwer mit dem Gedenken an jenen Anschlag. Dies liegt keineswegs daran, dass die Ereignisse noch nicht allzu lange zurückliegen und die maßgeblichen Politiker noch zu sehr aufgewühlt wären.

Der Grund für die Beklommenheit des politischen Berlins dürfte vielmehr ein schlechtes Gewissen sein. Denn der Anschlag auf dem Breitscheidplatz war kein Naturereignis, sondern die Folge eines vielfachen Staatsversagens. Die maßgebliche Verantwortung dafür liegt bei der Bundeskanzlerin, die Ende August 2015 alle Bedenken gegen die unkontrollierte Aufnahme von Millionen Migranten mit einem trotzigen „Wir schaffen das!“ zur Seite schob und für die frohe Botschaft eines besseren Deutschlands die vielfachen Warnungen der Sicherheitsbehörden vor einem Kontrollverlust in den Wind schlug.

Schon bald nach dem Anschlag stellte sich heraus, dass der Attentäter vom Breitscheidplatz bereits im Juli des Jahres 2015, also wenige Tage, bevor Merkel ihren inzwischen historischen Glaubenssatz verkündete, illegal nach Deutschland eingereist war. Hier angekommen, lebte er keinesfalls abgeschieden, sondern stellte sich in verschiedenen Städten unter diversen Identitäten immer wieder aufs Neue vor – und offenbarte so, dass die Behörden schon zu jenem frühen Zeitpunkt der Flüchtlingskrise die Kontrolle über die Lage im Lande verloren hatten.

Unter den Augen der Behörden

Zum Staatsversagen gehört auch, dass der Attentäter trotz seiner illegalen Einreise und des Führens falscher Identitäten den Staatsschützern keineswegs durch die Lappen gegangen war, sondern vielmehr frühzeitig in deren Visier geriet. Grund dafür waren unter anderem Warnungen von Mitbewohnern des Tunesiers in den Ausländerwohnheimen. Zudem wurde der spätere Attentäter der Polizei mit seinen Aliasnamen schnell und wiederholt als gewerbsmäßiger Dealer, Gewalttäter und Dokumentenforscher bekannt.

Warum die Behörden dennoch nicht einschritten, ist nicht geklärt und gehört zu den vielen offenen Fragen dieses Falls. Es kann sowohl mit der Bitte befreundeter ausländischer Dienste zu tun haben (siehe Seite 2), die sich von dem Tunesier wichtige Informationen in anderen Angelegenheiten erhofften, als auch mit der banalen Überforderung der deutschen Sicherheitsdienste, deren Kapazitäten bei Weitem nicht ausreichen, um die wachsende Zahl an Gefährdern auch nur halbwegs überschauen, geschweige denn, kontrollieren zu können.

So steht der 19. Dezember 2016 mit den beklemmenden Bildern vom Berliner Breitscheidplatz nicht nur im Gegensatz zu den fröhlichen Bekenntnissen zur Willkommenskultur im Sommer zuvor – sondern auch für den harten Aufprall Deutschlands auf den Boden der Realpolitik. Der islamistische Terror, bis dato den meisten Deutschen nur von Fernsehbildern aus anderen Teilen der Erde bekannt, ist seitdem auch bei uns ein schrecklicher Begleiter des Alltags.

Und dieser Begleiter ist um so gefährlicher, je blauäugiger sich die deutsche Politik ihm gegenüber verhält.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Feminin – und hessisch

Das neue Bundeskabinett ist nicht nur femininer geworden, was dem Quotendruck geschuldet ist, sondern auch hessischer. Gleich drei Ministerinnen stammen aus dem Bundesland. Die Frankfurterin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ist neue Bundesministerin für Bildung und Forschung, die im südhessischen Landkreis Bergstraße aufgewachsene Christine Lambrecht neue Verteidigungsministerin und die aus dem Taunus stammende **Nancy Faeser** die neue Bundesministerin des Innern und für Heimat.

Dabei war erwartet worden, dass Lambrecht vom Justiz- ins Innenressort wechseln würde. Die Berufung ihrer SPD-Kollegin Faeser zur ersten Innenministerin in der Geschichte der Bundesrepublik kam auch deshalb überraschend, weil die 51-Jährige außerhalb Hessens bislang nie groß in Erscheinung getreten ist, geschweige denn jemals zuvor ein Regierungsamt innehatte. Wie aus dem Nichts wird sie Chefin eines der größten Bundesministerien mit etwa 2200 Beschäftigten.

Der Wechsel nach Berlin ist für die Tochter eines SPD-Mitglieds, der 14 Jahre lang Bürgermeister ihres Geburtsorts Schwalbach am Taunus war, ein beruflicher Quantensprung. Zuletzt war sie neben ihrer seit 2003 im hessischen Landtag ausgeübten Abgeordnetentätigkeit als Juristin in einer Frankfurter Wirtschaftskanzlei beschäftigt. Als Führungspositionen in der Partei kann sie vorweisen, dass sie von 2014 bis 2019 Generalsekretärin der Hessen-SPD war, seitdem Vorsitzende der Landespartei und damit zuletzt Oppositionsführerin im Landtag. Ihr politischer Schwerpunkt lag dabei auf der inneren Sicherheit, die sie durch den Mord an Walter Lübcke und die Anschläge von Hanau in Hessen besonders gefährdet ansah. Als Innenministerin will die dem konservativen Flügel der SPD zugerechnete Faeser den Rechtsextremismus daher „mit aller Entschlossenheit bekämpfen“.

Beim Amtseid: Nancy Faeser

Hoffentlich wird sie nicht wie schon fast ihr Vorgänger Horst Seehofer auf dem linken Auge blind. Apropos Seehofer: Seltsam ist schon, dass kein SPD-, FDP- oder Grünen-Politiker aus Bayern zum Minister gekürt wurde. Wo bleibt da die politisch angestrebte Diversität? *H. Tews*

Die Schätze des armen Norbert

Die Chorherren und -schwestern der Prämonstratenser gönnten sich wenig, ihren Kirchen dafür umso mehr – wie Magdeburg beweist

VON VEIT-MARIO THIEDE

Goldenes Andenken: Blick in die Magdeburger Prämonstratenser-Ausstellung *Foto: pa*

Anno 1121 rief Norbert von Xanten (um 1080–1134) im französischen Prémontré den Prämonstratenser-Orden ins Leben. Fünf Jahre später wurde er auf Vorschlag König Lothars III. zum Erzbischof von Magdeburg gewählt. Dank Unterstützung der Prämonstratenser, die – anders als Mönche – regulierte Chorherren einer Stiftskirche sind, machte er sich um den Landesausbau und die Missionierung der in den Gebieten östlich der Elbe lebenden Slawen verdient. Deshalb heißt die dem heiligen Norbert und dem Prämonstratenser-Orden im Kulturhistorischen Museum Magdeburg gewidmete Schau: „Mit Bibel und Spaten“.

Rund 160 Exponate berichten mit besonderer Beachtung des ehemaligen brandenburgisch-sächsischen Ordensgebietes über die Geschichte und Gegenwart des in aller Welt aktiven und seit 900 Jahren bestehenden Prämonstratenser-Ordens. Ihm gehören heute rund 1160 Brüder und 325 Schwestern in 90 Häusern an. Gegenwärtig haben die Chorherren hierzulande Niederlassungen in Speinshart, Windberg, Roggenburg und Duisburg-Hamborn, dessen Abtei nach der deutschen Vereinigung das Prämonstratenser-Priorat Magdeburg gegründet hat. Die Prämonstratenserinnen hingegen gaben ihr letztes deutsches Kloster 2007 auf.

Die von Norbert festgelegten Regeln verpflichteten die Brüder und Schwestern zu Askese und persönlicher Armut. Als äußerst glanzvoll erweisen sich jedoch die Ausstattungen der Kirchen, die in der Schau mit etlichen Prunkstücken vertreten sind. Die Taufschale (um 1170) und das als „Barbarossakopf“ berühmte Kopfreliquiar (1150–1170) des Evangelisten Johannes schenkte Kaiser Friedrich Barbarossa seinem Taufpaten Otto von Cappenberg. Der vermachte sie dem Cappenberger Prämonstratenser-Kloster, das viele Jahrhunderte später der Freiherr vom und zum Stein als Altersruhesitz erwarb.

Die Silberkanne (13. Jh.) der heiligen Elisabeth von Thüringen gehörte zum Schatz des Prämonstratenserinnen-Klosters Altenberg bei Wetzlar. Dem stand als dritte Meisterin Elisabeths Tochter Gertrud vor. Der Reliquienschrein des Apostels Simon (um 1220/30) aus der Abtei Sayn ist ein Hauptwerk spätromanischer Schatzkunst und gehört mit seinen in die vergoldeten Wände und Dachschrägen eingelassenen Bergkristallscheiben zu den frühesten Reliquiaren, die den Blick auf die Reliquie freigeben.

Eine weitere Attraktion ist das einzige Objekt, das direkt auf Norbert zurückgeht. Es handelt sich um einen „Kreuzfuß“ (1130–1140) aus vergoldeter Bronze, dessen Auftraggeber der Inschrift zufolge Norbert war. Auf dem als Halterung für ein Kreuz dienenden Werk des Gießers „Azzo“ sitzen die Figürchen der vier Evangelisten auf Raubkatzenköpfen. Oberhalb von ihnen ist der auferstehende Adam dargestellt, über den zwei gebeugte Engel eine Säule halten.

Erzbischof Norbert siedelte sich 1129 in dem bereits bestehenden Magdeburger Kloster Unser Lieben Frauen an. Es wurde zum Mutterkloster zahlreicher weiterer Ordensniederlassungen. Neun sind Korrespondenzorte der Sonderschau. Alle zeichnen sich durch bedeutende Bauwerke und einige auch durch erlesene Kirchenschätze aus. Die 1155 in Anwesenheit von Markgraf Albrecht dem Bären geweihte Stiftskirche in Leitzkau ist heute eine gut erhaltene Ruine. Das Kloster und seinen Besitz zog Kurfürst Joachim II. von Brandenburg 1537 ein, um seine Schulden zu begleichen.

Auch die Dome der Städte Havelberg und Brandenburg gehören zu den Korrespondenzorten, deren Domherren über Jahrhunderte aus den Reihen der Prämonstratenser stammten. Dieser Sitte bereitete Kurfürst Joachim I. 1506 mit päpstlicher Erlaubnis ein Ende, um Einfluss auf die Besetzung des Domherrenkollegiums nehmen zu können.

Bei der Umwandlung in weltgeistliche Domherrenstifte bot der Kurfürst den Ordensleuten an, sich in eine andere Niederlassung der Prämonstratenser überweisen zu lassen. Davon machte jedoch niemand Gebrauch. Stattdessen traten sie aus ihrem Orden aus und blieben so den Domen von Brandenburg und Havelberg als Geistliche ohne Ordensgelübde erhalten. Ihr heutiges Erscheinungsbild besitzen die beiden Dome nicht zuletzt wegen der von den Hohenzollern veranlassten Baumaßnahmen: Schinkel war an dem von Brandenburg tätig, der von Havelberg verdankt seine beiden dem aus Quarzit gemauerten Westriegel aufgesetzten beiden Ziegelsteingeschosse einer Entscheidung Kaiser Wilhelms II.

Magdeburger Korrespondenzort ist das heute ein Kunstmuseum beherbergende Kloster Unser Lieben Frauen. Der 1134 verstorbene Norbert wurde seinem Wunsch gemäß in der Kirche des Klosters bestattet, was seit dem Übertritt Magdeburgs zur Reformation problematisch war. Da sich die Chorherren weigerten, die neuen Lehren anzunehmen, entzog ihnen der Stadtrat 1547 den Schlüssel der Klosterkirche. Aus dem Magdeburger Kloster machten sich 1601 die letzten Prämonstratenser davon.

Und was wurde aus dem 1582 von Papst Gregor XIII. heiliggesprochenen Ordensgründer? Mithilfe eines kaiserlichen Gebots gelang es 1626 dem Abt Caspar von Questenburg, Norberts Gebeine aus Magdeburg nach Prag in sein Kloster Strahov zu überführen, wo sie in einem Altar aufbewahrt werden. Seine Magdeburger Grabstätte besteht noch, ist aber wegen der Restaurierung der ehemaligen Klosterkirche derzeit unzugänglich.

● Bis 9. Januar im Kulturhistorischen Museum Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 68–73, geöffnet Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags bis 18 Uhr. Eintritt: 9 Euro. Telefon (0391) 5403588, www.magdeburgermuseen.de. Informationen über die Korrespondenzorte: www.erbe-praemonstratenser.de

FERNSEHEN

Eine fast vermasselte Tour

Das ZDF serviert zu Weihnachten eine Neuauflage von Jules Vernes „In 80 Tagen um die Welt“

So eintönig wie das immer gleiche Menü mit brauner Soße im Londoner Reformclub, so verläuft auch das Leben des Müßiggängers und Kartenspielers Phileas Fogg. Seine große Liebe ist passé. „Coward“, Feigling, steht auf dem letzten Abschiedsgruß der Freundin. Sein Leben: ein langer, ruhiger Fluss. Aber dann plötzlich die Wende in Form einer Wette gegen den Schulfreund: Ob er es wohl schafft, in 80 Tagen um die Welt zu reisen? Einmal nicht Feigling sein, sondern Abenteurer?

1872 schrieb Jules Verne seine Geschichte um den schüchternen Engländer, der sich auf eine abenteuerliche Reise begibt und unterwegs ein anderer wird. Mehrfach wurde der Roman verfilmt, nun präsentiert das ZDF in Kooperation mit europäischen Partnern eine moderne Version, die gendergerecht um die erfundene Rolle einer jungen Journalistin ergänzt ist. In acht Folgen, gesendet am 21. (eins bis vier), 22. (fünf bis sieben) und 23. Dezember, begeben sich der steife Gentleman (David Tennant), sein – quotenbedingt – farbiger Diener Passepartout (Ibrahim Koma) und die Tochter des Chefredakteurs des „Daily Telegraph“, Abigail „Fix“ Fortescue (Leonie Benesch als einzige deutsche Darstellerin) auf den Weg.

Und siehe da: Unterwegs wachsen alle über sich selbst hinaus. Fogg rettet einem schwer verletzten Kind das Leben, indem er einen Zug über eine marode Brücke steuert. Passepartout widersteht den Einflüsterungen eines Spions, der ihn zur Sabotage der Tour verleiten will. Stattdessen steigt er in Indien ins Schlafgemach des Gouverneurs ein und raubt dessen schlafender Gattin ein Amulett, um es zu Geld zu machen, was für die Weiterreise dringend benötigt wird. In der jemenitischen Wüste wiederum kommt es zu einem beeindruckenden Akt von Frauenpower: Die aus schierer männlicher Fürsorge zurückgelassene Fix engagiert eine wüstenerprobte Engländerin, um ihre verschollenen Freunde zu suchen. In letzter Sekunde werden diese vor dem Verdursten gerettet.

FOTO: ZDF/TUDOR CUCU

Reisefreudiges Trio: Phileas Fogg (David Tennant, M.) mit Passepartout und Abigail

Das Ende ist bekannt: Das Trio erreicht London wenige Minuten zu spät, um dann festzustellen, dass sie bei ihrer Tour gen Osten dank der Datumsgrenze einen Tag gewonnen haben. Wette doch noch gewonnen! Viel mehr noch als eine Wette, haben sie aber an Erfahrungen und persönlichem Profil hinzugewonnen. So darf die ehrgeizige „Fix“ ihren Bericht endlich unter ihrem eigenen Namen veröffentlichen, nicht unter männlichem Pseudonym, wie seinerzeit üblich.

In schwelgenden Bildern, ausgestattet mit vielen liebevollen Details wird diese in Rumänien und Südafrika gedrehte Weltreise per Ballon, Zug, Schiff und Kamelrücken zum puren Sehvergnügen. Das Ergebnis ist ein praller Bilderbogen, der voll ist mit süßen Zutaten für einen Plumpudding zur Weihnachtszeit. *Anne Martin*

● BENIN-BRONZEN

Letztmalige Gelegenheit

Hamburg – Seit April dieses Jahres steht fest, dass die in Deutschland befindlichen Benin-Bronzen an Nigeria restituiert werden sollen (die *PAZ* berichtete). Um die Kunstwerke war eine Debatte entbrannt, weil es sich dabei um Beutekunst handeln soll. Allerdings hatte Deutschland vor rund 120 Jahren etwa 1000 dieser Schätze von den Briten erworben, die damit ihre kolonialen Eroberungen im früheren Königreich Benin finanzieren wollten. Als im Humboldt-Forum die Berliner Sammlung dieser Bronzen ausgestellt wurde, stieß das auf viel Kritik. Anders sieht es in Hamburg aus, wo im Museum am Rothenbaum (MARKK) vom 17. Dezember an die rund 170 Objekte der Hamburger Sammlung erstmals vollständig präsentiert werden. Die unter dem Begriff Benin-Bronzen bekannten Kunstwerke aus Bronze, Elfenbein und Holz sollen ab dem kommenden Jahr zusammen mit Beständen anderer deutscher Museen nach Benin City restituiert werden. Internet: markk-hamburg.de *tws*

SOWJETUNION

Eine „geopolitische Katastrophe“?

Vor 30 Jahren hörte mit der UdSSR eine der beiden Supermächte auf zu existieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 31. Dezember 1991 hörte die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die am 30. Dezember 1922 auf Betreiben der Bolschewiki gegründet worden war, offiziell auf zu existieren. Dem ging ein mehrjähriger Zerfallsprozess voraus, der im Augustputsch des Jahres 1991 kulminierte. Nach diesem Versuch kommunistischer Betonköpfe, das Auseinanderdriften der einzelnen Teile des Sowjetreiches aufzuhalten, gab es kein Zurück mehr.

Zunächst unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weißrusslands, Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaus Schuschkewitsch am 8. Dezember 1991 den sogenannten Vertrag von Minsk beziehungsweise die Vereinbarungen von Beloweschskaja Puschtscha, mit denen der Unionsvertrag von 1922 außer Kraft gesetzt und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) begründet wurde. Dann bestätigten die Staatsoberhäupter der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) und zehn weiterer Unionsrepubliken diese Beschlüsse in der Alma-Ata-Deklaration vom 21. Dezember 1991. Anschließend dauerte es noch ganze fünf Tage bis zur Hinterlegung der entsprechenden Ratifikationsurkunden, die das Schicksal der UdSSR endgültig besiegelte.

Einschätzung Wladimir Putins

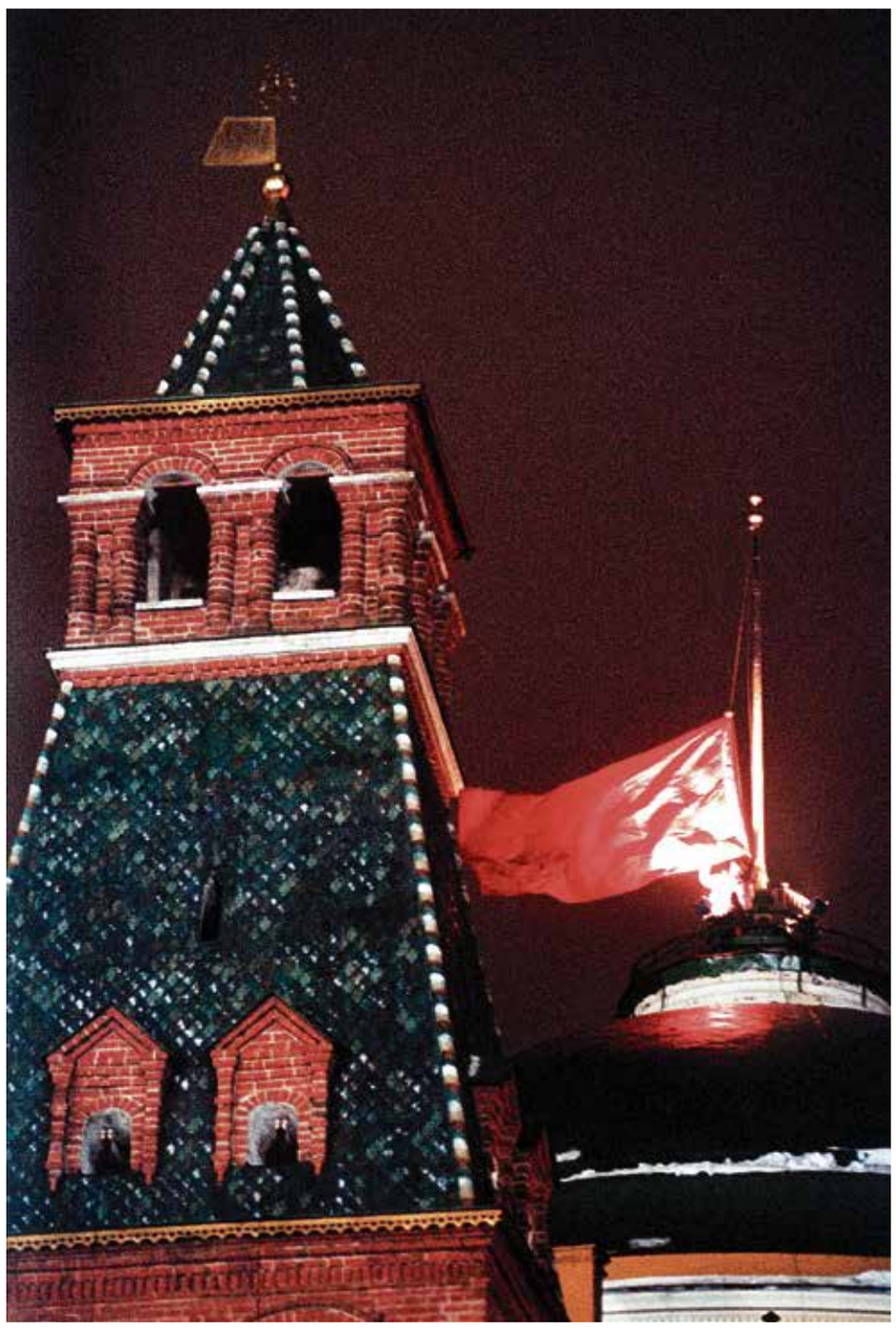
Reichlich 13 Jahre später, im April 2005, äußerte der nunmehrige Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der Zerfall der Sowjetunion sei „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen. Und tatsächlich löste der Kollaps des sozialistischen Imperiums Schockwellen aus, die fast die ganze Welt erschütterten und noch heute Nachwirkungen zeitigen.

Wenn ein Vielvölkerreich wie die UdSSR zerbricht, sind die Auswirkungen fast immer dramatisch. Hier kam erschwerend hinzu, dass die Bolschewiki wie die Zaren wenig zimperlich gewesen waren, wenn es darum ging, nichtrussische Ethnien unter ihre Fuchtel zu zwingen. Mit dem Wegfall des Drucks von oben kam es zu territorialen Streitigkeiten und Übergriffen gegen nationale wie religiöse Minderheiten. Daraus resultierten zahlreiche bewaffnete Konflikte und Bürgerkriege wie in Bergkarabach, Transnistrien, Abchasien, Tadschikistan, Kirgisien und der Ostukraine, die das weltpolitische Klima vergifteten, weil hinter jeder Partei ausländische Unterstützer standen. Außerdem wurde der islamische Terrorismus gestärkt.

Als geopolitisch nachteilige Folge der Entstehung von 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion erwies sich darüber hinaus, dass Russland ein Gefühl der Einkreisung entwickelte, weil es nicht gelang, alle Länder an der Peripherie der ehemaligen UdSSR zu Vasallen Moskaus zu machen. Vielmehr orientierten sich manche nach dem Westen, worauf der Kreml mit wachsender Aggressivität reagierte. Sieben der ehemaligen UdSSR-Teilrepubliken entwickelten sich zu Diktaturen, deren Politik ganze Regionen zu destabilisieren vermag. Dabei gießt Russland nicht selten noch Öl ins Feuer, wie im Falle des aktuellen Konflikts zwischen Weißrussland und der Europäischen Union.

Möglicherweise ging es Putin auch darum, die Sowjetunion und deren Bürger nachdrücklicher als „Opfer der Geschichte“ präsentieren zu können. Immerhin ging es mit den GUS-Staaten zunächst recht steil bergab. So sank das Bruttoinlandsprodukt der Russischen Föderation bis 1996 um vier Zehntel, während die Armut im Lande wuchs. Dadurch verringerte sich die durchschnittliche Lebenserwartung auf knapp 64 Jahre. Ähnlich sah es in anderen ehemaligen Teilrepubliken aus. Dies hatte jedoch weniger mit Geopolitik zu tun als mit den Nachwirkungen der jahrzehntelangen sowjetischen Misswirtschaft.

Die von Putin mehrfach groß herausgestrichene Tatsache, dass der Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 25 Millionen Russen zu Ausländern machte, stellte kein entscheidendes geopolitisches Faktum dar. Aber sie unterminierte das russische Selbstbewusstsein ebenfalls. Wieder wurde die Schuld beim Westen verortet. Dabei hatte der es niemals darauf angelegt, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu Fall zu bringen. Schließlich waren die Risiken eines solchen Staatszerfalls auch für ihn unkalkulierbar.



Nach dem Rücktritt des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow: Über dem Kreml in Moskau wird die sowjetische Flagge eingeholt *Foto: pa*

Beginn einer unipolaren Ordnung

Zu den geopolitischen Folgen des Zusammenbruchs der einen Supermacht gehört nicht zuletzt eine unipolare Weltordnung, in welcher der verbliebenen Supermacht die alleinige Führungsrolle zufiel, was die vermeintliche Siegerin des Kalten Krieges zunächst triumphierend begrüßte, bis es zu einer Überforderung der US-amerikanischen Ressourcen durch den immer mehr ausufernden „Krieg gegen den Terror“ kam.

Mit dem Kalten Krieg endete 1991 die relative Berechenbarkeit der Politik. In dieser Hinsicht ist es in gewissem Maße gerechtfertigt, von einer geopolitischen Katastrophe zu sprechen. Allerdings hat Russland die Phase der US-Dominanz und dessen kräftezehrender Weltpolitik genutzt, um ein gutes Stück weit zur alten Stärke der früheren Sowjetunion zurückzufinden und sich erneut als Gegenspieler der NATO in Stellung zu bringen. Insofern ist es höchst fraglich, wer am meisten durch den Zusammenbruch der Sowjetunion Schaden genommen hat: Russland als anfänglich gedemütigter Verlierer des Kalten Krieges oder der Westen, der zwar 1991 triumphierte, aber jetzt von einer schweren Krise zur nächsten taumelt.

Schließlich bewirkte der Zerfall der UdSSR, dass vielen Entwicklungsländern nun klar wurde, dass das sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell kein Vorbild für die eigene Zukunft sein konnte. Denn das Riesenreich brach ja nicht zuletzt wegen seiner Plan- und Misswirtschaft im Verein mit starren Kommandostrukturen sowie der daraus resultierenden Unzufriedenheit landauf landab zusammen. Das bedeutete das Ende vieler sozialistischer Experimente rund um den Globus. Ebenso verebbten mit dem Kalten Krieg auch die meisten Stellvertreterkriege in der Dritten Welt. Insofern ist statt einer geopolitischen Katastrophe eher das Gegenteil festzustellen.

GARNISONKIRCHE POTSDAM

Ein „Haus der Demokratie“ statt eines Kirchenschiffs

Neues Konzept sieht einen Profanbau mit einem Plenarsaal für die Stadtverordnetenversammlung als Ergänzung des Turms vor

Vorletzten Mittwoch wurde in Brandenburgs Hauptstadt ein Konzept für die Garnisonkirche Potsdam vorgestellt, das in den Medien als „Kompriss“, als „Lösung“ und als „Durchbruch“ präsentiert und gefeiert wurde. Der Kernpunkt dieses neuen Konzeptes ist, dass man den Turm zwar stehen lässt, aber auf das Kirchenschiff verzichtet. Kritiker fragen, wieso es ein Kompromiss sein soll, wenn die Kirche auf die Fertigstellung der Kirche verzichtet. Doch auch die großen bürgerlichen Zeitungen übernahmen diese Sprachregelung, kein Redakteur der Leitmedien schrieb, dass das kein Kompromiss sei.

Die Vertreter der Stadt, der Garnisonkirchenstiftung und des bislang vom Abriss bedrohten Kultur- und Kreativzentrums, dem ehemaligen Rechenzentrum, das zu DDR-Zeiten auf dem Kirchengelände entstand, hätten sich auf diesen Kompromiss verständigt, hieß es bei der Vorstellung des Konzepts in Potsdam. Im Mittelpunkt stehe ein „Haus der Demokratie“ auf dem Areal des früheren Kirchenschiffs, in dem unter anderem ein neuer Plenarsaal für die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung entstehen soll.

> „Wir gehen diesen Weg aus Überzeugung“
>
> **Wolfgang Huber**
> Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Garnisonkirche Potsdam, der ehemalige Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Wolfgang Huber, bezeichnete das Konzept als inhaltlich überzeugend. Er verzichtete auf jedes Wort der Kritik. Stattdessen beteuerte er: „Wir gehen diesen Weg aus Überzeugung.“

Ein neues Kirchenschiff soll nicht errichtet werden. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hatte bereits vor einiger Zeit entschieden, dass im Fall der Errichtung eines neuen Kirchenschiffs auch architektonisch ein Bruch mit der Geschichte erkennbar sein müsse.

Die evangelische Kirche will den Turm für historische Aufklärung sowie Friedens- und Versöhnungsarbeit nutzen. Der Turm der Garnisonkirche ist bereits 56 Meter hoch, mit den Bauarbeiten ist man im Plan. Der Rohbau ist fast fertig. Es fehlt unter anderem noch die Turmhaube. Der Abschluss der Arbeiten ist für 2023 vorgesehen.

Sollte das Konzept angenommen werden, soll 2022 zunächst ein Raumprogramm entwickelt werden und danach ein Architektenwettbewerb folgen. Ziel sei es, bis Ende 2023 die planerischen Grundlagen für das Bauvorhaben zu schaffen.

Doch bislang ist dieses Konzept nur eine Idee, denn noch steht die Zustimmung vieler Beteiligter aus. Neben den Stadtverordneten müssen auch die Gremien der Stiftung Garnisonkirche und die des Ex-Rechenzentrums ihr Ja-Wort zu diesem „Forum“ geben. Und schließlich sind da noch die vielen Spender; nicht zwingend notwendig ist das grüne Licht der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Deren Chef Matthias Dombert hat ja bereits an dem Kompromiss mitgearbeitet. Dombert kündigte an, bei einer Mitgliederversammlung der Fördergesellschaft werde er für die Unterstützung dieses Konzeptes werben.

Den größten Schritt müssen dabei Kirche und Stiftung gehen. Denn sie müssen erklären, warum der Verzicht auf einen Kirchenbau im originären Interesse der Kirche liegen sollte. Kuratoriumsvorsitzender Huber bereitet eine ensprechrende Argumentation bereits vor, er sagte, der neue Ort solle für „zeitgemäßes verantwortliches Christsein“ stehen. Ein Kirchenschiff sei an der Stelle jedenfalls nicht nötig – an Kirchen im Umfeld gäbe es „keinen Mangel“. Was „jetzt vorgestellt wird, ist die sinnvollste Nutzung“ der Fläche des Kirchenschiffs, so Huber. Die geplante Nutzung durch die Stadtverordnetenversammlung sei Ausdruck gelebter Demokratie, der Kompromiss erfülle ihn als Demokraten und Christen „mit sehr viel Hoffnung“.

In einem Interview mit den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ („PNN“) sagte Huber, dass dieser „lange Prozess“ Menschen „zusammengeführt“ habe, „er hat sich am Ende als sehr ertragreich erwiesen. Für mich ist das, was jetzt vorgeschlagen wird, der inhaltlich überzeugendste Vorschlag für die Nutzung des Raums des Kirchenschiffs. Ich begrüße die erreichte Einigung und unterstütze die Errichtung eines Plenarsaales auf der früheren Fläche des Kirchenschiffes. Für uns ist das mit schwierigen Entscheidungen und schmerzlichen Klärungsprozessen verbunden. Aber wir gehen diesen Weg aus Überzeugung. Wir hoffen, dass sich die gute Atmosphäre, die sich in den Gesprächen entwickelt hat, als tragfähig erweisen wird.“

Hubers Argumentation, es gebe genügend Kirchen im Umfeld, wirft die Frage auf, was sich seit 2017 verändert hat – denn die anderen Kirchen, auf die der Geistliche verweist, standen ja auch schon vor vier Jahren. In der damailgen Diskussion war das allerdings kein Grund, auf ein Kirchenschiff zum Kirchturm zu verzichten. Da wird womöglich bei vielen Spendern der Eindruck entstehen, dass der Kirchenleitung einfach die sittliche Kraft fehle, zu ihren eigenen Zusagen aus dem Jahr 2017 zu stehen. *Hagen Nettelbeck*

BUNDESRKANZLER-DIENSTWAGEN

Der neue Kanzler greift wieder zum „guten Stern“

Mit Olaf Scholz kehrt ausgerechnet ein Sozialdemokrat nach Volkswagen und Audi zur Nobelmarke Mercedes zurück

VON MANUEL RUOFF

Bereits am ersten Amtstag mit einem „guten Stern“ unterwegs: Nach der Wahl zum Bundeskanzler durch den Bundestag ging es für Olaf Scholz in einem Mercedes zur Ernennung durch den Bundespräsidenten in dessen Amtssitz Schloss Bellevue *Foto: Bundesregierung Kugler*

Bei Staatsmännern ist es üblich, dass sie als Staatsrepräsentanten in der Öffentlichkeit nach Möglichkeit Produkte des eigenen Landes nutzen, statt für ausländische Konkurrenz Reklame zu laufen. In Deutschland ist nicht nur von Carl Benz das Automobil erfunden worden, das Land hat auch traditionell eine leistungsfähige Automobilindustrie. Und da zumindest ein Teil der Automobilunternehmen im Westen Deutschlands seine Wurzeln hat, hatten die Spitzenpolitiker der Bundesrepublik auch schon vor der deutschen Vereinigung die Wahl zwischen diversen Autoherstellern, die Personenfahrzeuge der Oberklasse produzieren.

Opel nahm dabei eine Sonderrolle ein. Das Unternehmen ist zwar eine deutsche Gründung und hat mit Rüsselsheim am Main seinen Sitz in der Bundesrepublik, aber es ist seit der Weimarer Zeit in ausländischem Besitz. Deshalb spielen Opel zwar auf Landesebene im Rhein-Main-Raum, dem Sitz des Unternehmens, eine gewisse Rolle als Staatskarossen, aber nicht auf Bundesebene.

Niederlage des „Barockengels“

Platzhirsch war traditionell Daimler-Benz. Kaiser Wilhelm hatte Mercedes gefahren, Reichspräsident Paul von Hindenburg und Adolf Hitler auch. Als 1951 die Tradition der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt am Main wieder aufgenommen wurde, stellte Daimler-Benz mit dem Mercedes 300 (W 186) und dem kleineren Mercedes 220 (W 187) die ersten deutschen Repräsentationslimousinen seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Bereits im darauffolgenden Jahr bekamen die etablierten Schwaben Konkurrenz aus Bayern mit dem sogenannten Barockengel. Der BMW 501 war der erste in München hergestellte Personenkraftwagen der Bayerischen Motoren Werke und gleich eine Nobelkarosse.

Der damalige Bundeskanzler hatte die Qual der Wahl. Er entschied sich für den Platzhirsch und gegen den Herausforderer. Eine Legende besagt, dass Konrad Adenauer der Hut vom Kopf gefallen sei, als er probeweise in den Fond des BMW gestiegen sei. Im Mercedes mit dessen Höhe von 1,62 Metern habe das Problem nicht bestanden. Das soll für den Hutträger entscheidend gewesen sein. Wie der Kanzler fuhren auch Bundespräsident Theodor Heuss, Oppositionsführer Kurt Schumacher und viele andere hochgestellte Persönlichkeiten den Mercedes 300.

Bundeskanzler Adenauer fuhr insgesamt sechs von ihnen. Der letzte war bereits ein 300 d. Diese ab 1957 gebaute letzte Variante unterschied sich wesentlich von den vorausgegangenen und hatte deshalb mit W 189 auch eine eigene werksinterne Baureihenbezeichnung.

1962 stellte Daimler-Benz die Produktion des Mercedes 300 ein. Er wurde fast die gesamte Amtszeit Adenauers als Bundeskanzler gebaut und wurde und wird deshalb auch als „Adenauer-Mercedes“ bezeichnet. Der erste von Adenauers Mercedes 300 steht mittlerweile im Haus der Geschichte in Bonn.

Ein Auto, groß wie Kanzler Kohl

Die Nachfolge des Mercedes 300 übernahm die sogenannte Heckflosse. Modischen Schnickschnack mitzumachen widerspricht eigentlich dem Image von Daimler-Benz, aber schließlich trugen auch die Schwaben der aus den USA über den Großen Teich geschwappten, technisch völlig sinnlosen Mode Rechnung, nach dem Vorbild der Steuerruder von Flugzeugen Autos mit Heckflossen zu versehen. Etwas verschämt sprach man in Stuttgart-Untertürkheim von „Peilstegen“ zum einfacheren Rangieren. 1959 kam die sogenannte große Heckflosse (W 111) auf den Markt. Zwei Jahre später folgten die sogenannte kleine Heckflosse (W 110) und die sogenannte Königsflosse (W 112), das Spitzenmodell. Dieser Mercedes 300 SE überdauerte die kurze Amtszeit Kanzler Ludwig Erhards und wurde bis in jene des Kanzlers der Großen Koalition, Kurt Kiesinger, gebaut, der auch dieses Auto fuhr.

Genau genommen gab es seit 1964 ein neues Spitzenmodell, den Mercedes 600 (W 100). Diese bis 1981 gebaute Staatskarosse war allerdings derart extravagant, dass sie seitens der Bundesrepublik nur für Staatsbesuche ausländischer Staatsoberhäupter von Daimler-Benz ausgeliehen wurde.

1969 wurde Willy Brandt Bundeskanzler. Der Sozialdemokrat blieb bei Mercedes. Inzwischen waren die Heckflossen abgelöst. Seit 1965 gab es den W 108, ein Modell, dessen Verwandtschaft zur großen Heckflosse nicht zu leugnen war, aber eben (fast) ohne die prägnanten und mittlerweile aus der Mode gekommenen „Peilstege“. Im selben Jahr wie Brandts Kanzlerschaft begann die Produktion des 300 SEL 3,5, und für dieses Modell entschied sich der erste Kanzler aus den Reihen der SPD.

FOTO: HOLGER ELLGAARD

Mit ihm fing es an: Der erste Mercedes 300 des ersten Bundeskanzlers

Wechsel zum VW-Konzern

1974 räumte Brandt seinem Parteifreund Helmut Schmidt das Feld. Schon zwei Jahre vorher war der W 108 vom W 116 abgelöst worden. Es war der Beginn der von Daimler-Benz auch offiziell so bezeichneten S-Klasse. Als Schmidt Kanzler wurde, reichte die Palette vom 280 S bis zum 450 SEL, den auch er fuhr. Das „fuhr“ kann bei diesem Kanzler wörtlich genommen werden, denn von ihm ist überliefert, dass er seinen Dienstwagen am liebsten selbst lenkte.

Knapp vier Jahre, bevor Schmidt im Kanzleramt durch Helmut Kohl abgelöst wurde, wiederfuhr dem W 116 bei Mercedes das gleiche Schicksal durch den W 126. Ziemlich genau in der Mitte der sehr langen Kanzlerschaft des Rheinländers, im Jahre 1991, erfolgte der Wechsel vom W 126 zum W 140. Kohl fuhr beide. Allerdings passte das zweite Modell viel besser zu ihm, denn es war ebenfalls ausnehmend groß und schwer. In Kombination mit dem weitgehenden Fehlen von Zierrat hatte der Mercedes fast die Anmutung eines Nutzfahrzeugs. Der Wagen war um die 5,2 Meter lang, beinahe 1,9 Meter breit und 1,5 Meter hoch sowie bis zu fast 2,3 Tonnen schwer. Klobig, protzig, archaisch, undynamisch lautete die Kritik. Mancher traditionelle Mercedesfahrer schaute sich bei der Konkurrenz um.

Daimler-Benz zog daraus beim etwas kleineren und vor allem graziler wirkenden Nachfolger die Konsequenzen. Im selben Jahr wie der große Kanzler Kohl Gerhard Schröder musste der große Mercedes W 140 der Baureihe 220 weichen. Trotz ihres fast zeitgleichen Debüts fanden der siebte Bundeskanzler und die vierte S-Klasse allerdings nicht so recht zueinander.

Schröder ist zwar als „Autokanzler“ in die Geschichte eingegangen, aber seine Sympathien gehörten nicht allen Autokonzernen gleichermaßen. Vor seiner Kanzlerschaft war er Ministerpräsident von Niedersachsen und als solcher auch Aufsichtsratsmitglied des Volkwagenkonzerns gewesen. Als Schröders Amtszeit begann, hatte der im niedersächsischen Wolfsburg sitzende Autobauer VW zwar noch kein Luxusmodell im Sortiment, aber die Ingolstädter Konzerntochter Audi. Dort wurde seit 1994 der A8 gebaut, und der wurde sein erster Dienstwagen. Werbewirksam lotste er den Wagen selbst vor laufender Kamera und mehr als 18 Millionen Fernsehzuschauern auf die Bühne von „Wetten, dass ...?“ 2001 kam es noch besser. Ab da bot das Wolfsburger Unternehmen mit dem Phaeton selbst ein Oberklassemodell an. Folgerichtig wechselte Schröder den Dienstwagen und die Bundesrepublik hatte einen Regierungschef, der VW fuhr.

Ein Auto, nüchtern wie Merkel

Auf Drängen des DaimlerChrysler-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp übernahm Schröder im selben Jahr zusätzlich einen Mercedes S 600 V12 der Baureihe 220 in seinen Fuhrpark. Um Neid zwischen den nationalen Autobauern zu verhindern, ging nun der Trend dahin, dass die Kanzler zeitgleich Fahrzeuge unterschiedlicher Marken in ihrem Fuhrpark haben – und eben nur eine Marke bevorzugt benutzen.

2005 übernahm die erste Bundeskanzlerin die Regierungsgeschäfte. Pragmatisch und dem von ihrem Umfeld gepflegten Image der nüchternen Wissenschaftlerin gemäß legte sich Angela Merkel nicht frühzeitig fest, sondern fuhr erst einmal Probe. Sie entschied sich für den Audi A8. Ähnlich wie die Mercedes-Baureihe 140 zu Helmut Kohl passt der Audi zu Merkel. Für einen Volkswagen ist sie nicht volkstümlich genug, für einen BMW ist sie nicht sportlich genug und für einen Mercedes ist sie nicht glamourös genug.

Bei Schmidt fing das Panzern an

Nun ist Olaf Scholz dran. Mit ihm kehrt ausgerechnet der erste Regierungschef der einstigen Arbeiterpartei SPD nach über eineinhalb Jahrzehnten bürgerlich geführter Regierungen nach Volkswagen und Audi wieder zum – um es mit einem alten Werbespruch zu sagen – „guten Stern auf allen Straßen“ zurück. Bereits an seinem ersten Amtstag als Bundeskanzler bewältigte er seine Termine mit einem Mercedes, einem S 680 Guard der Baureihe 223.

Das Fahrzeug setzt einen bedenklichen Trend fort. Ähnlich wie in den USA geht auch in der Bundesrepublik die Schere immer weiter auseinander zwischen den zivilen Serienfahrzeugen von der Stange, wie sie der einfache Bürger kennt, und den Sonderschutzfahrzeugen, wie sie die Staats- und Regierungschefs benutzen. Die Entwicklung begann in der Kanzlerschaft Schmidts, in die der Deutsche Herbst fiel. Er bekam als erster Bundeskanzler einen Dienstwagen in gepanzerter Sonderschutzausführung. In Scholz' Wagen nun sind zwei Tonnen Panzerung verbaut. 120 Kilogramm wiegt allein schon die Frontscheibe. Um das Fahrzeug trotzdem zügig bewegen zu können, stehen 612 PS aus zwölf V-förmig angeordneten Zylindern zur Verfügung. Das alles hat seinen Preis. Mit 4,2 Tonnen ist Scholz Dienstwagen nicht nur fast doppelt so schwer wie die zivile Ausführung, sondern mit rund 544.000 Euro auch ungefähr doppelt so teuer.

Bis zu 50 Millionen Tote weltweit: An der Spanischen Grippe Erkrankte im Not-Krankenhaus auf einer US-Militärbasis im Bundesstaat Kansas 1918 *Foto: pa*

GESUNDHEIT

Wie Pandemien enden

Der Blick in die Geschichte zeigt: Ob „Schwarzer Tod“ oder Spanische Grippe, auch die schlimmsten globalen Krankheitswellen endeten irgendwann. Die spannende Frage ist, wie das geschehen konnte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Außer einigen hartgesottenen Profilneurotikern, Möchtegern-Diktatoren und Krisengewinnlern wünscht sich mittlerweile wohl jeder Mensch auf diesem Planeten, dass die Corona-Pandemie ein baldiges Ende nehmen möge. Dabei ruhen viele Hoffnungen auf der globalen Impfkampagne. Allerdings können Pandemien auch anders auslaufen, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt.

Seuchen, die weite Teile der Welt oder gar das gesamte Erdenrund heimsuchen, gab es schon früher. Manche davon gruben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Menschheit ein wie der „Schwarze Tod“, dem zwischen 1346 und 1353 jeder dritte Europäer zum Opfer fiel, oder die Spanische Grippe der Jahre 1918 bis 1920. Immerhin bewirkte die Letztere ein größeres Sterben als sämtliche Schlachten des Ersten Weltkrieges.

Andere Pandemien wiederum sind heute fast vergessen, obwohl sie manchmal ebenfalls Millionen von Leben kosteten: Die Antoninische, Cyprianische und Justinianische Pest im Römischen beziehungsweise Byzantinischen Reich, die durch Einschleppung aus der Neuen Welt verursachte verheerende Syphilis-Welle zwischen 1494 und 1550, das ständig wiederkehrende Wüten der Pocken und der Cholera sowie die übrigen großen Grippe-Pandemien des 20. Jahrhunderts.

Wie die Pocken verschwanden

Und auch heute grassiert nicht nur Covid-19, wie das unablässige mediale Trommelfeuer suggeriert. So leiden verschiedene Regionen der Welt mit prekären hygienischen Bedingungen bereits seit 1961 unter der immer noch anhaltenden siebten und bisher längsten Cholera-Pandemie. Desgleichen hat sich das Virus HIV ab etwa 1980 über den gesamten Globus verbreitet und für den Tod von bislang 35 Millionen Menschen gesorgt, ohne dass die Medizin ein vollständig heilendes Mittel dagegen fand.

In allen sonstigen Fällen waren die Pandemien irgendwann zu Ende. Dabei konnten aber nur die Pocken durch eine flächendeckende Immunisierung mit passenden Vakzinen ausgerottet werden. Der Erfolg der Pockenimpfung resultierte daraus, dass das menschliche Pocken-Virus keinen tierischen Wirt fand, in dem es zu überdauern vermochte. Außerdem hielt der Schutzeffekt einer Impfung oder Genesung lebenslang an, weil der Erreger außerstande war, zu mutieren. Beides trifft auf SARS-CoV-2 nicht zu.

Im Falle der Pest, die hinter dem „Schwarzen Tod“ und rund zehn weiteren großen Epidemien oder Pandemien stand, zeitigten strenge Quarantäne-Vorschriften Erfolg. Das Wort „Quarantäne“ wurzelte dabei in der Praxis der 40-tägigen Isolierung aller ankommenden Reisenden in der Seerepublik Ragusa. Gleichzeitig wirkte sich die umfassende Reduktion zwischenmenschlicher Kontakte aufgrund der allgemeinen Ansteckungspanik positiv aus. Andererseits erlangten Überlebende der Pest aber auch eine gewisse Immunität.

Die Cholera, die seit 1817 in immer neuen Wellen um die Welt zieht und unter anderem den Tod der beiden preußischen Heeresreformer August Neidhardt von Gneisenau und Carl von Clausewitz verursachte, wurde vor allem durch zielgerichtete Hygienemaßnahmen eingedämmt. Denn die bakterielle Infektionskrankheit resultierte in erster Linie aus dem Gebrauch verunreinigten Trinkwassers.

„Lieber lächerlich als tot“

Ebenso konnte die Syphilis, die zu Beginn der Frühen Neuzeit in ganz Europa für Angst und Schrecken sorgte, durch Veränderungen der menschlichen Verhaltensweisen zurückgedrängt werden. Parallel hierzu spielten aber wohl genau wie im Falle des Verschwindens der Pest auch noch andere Faktoren eine Rolle, über die man bislang wenig weiß.

Fest steht hingegen, dass das Ende der fünf Grippe-Pandemien des 20. Jahrhunderts in den Jahren 1920, 1958, 1970, 1978 und 1996 jeweils aus einer Kombination mehrerer Faktoren herrührte. Da wären zum Ersten wieder ganz banale Hygienemaßnahmen wie das Verbot des Spuckens in der Öffentlichkeit sowie häufigeres Lüften und Händewaschen. Dazu kamen teilweise auch Schulschließungen und die Unterbindung von Großveranstaltungen beziehungsweise öffentlichen Versammlungen und die Pflicht, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen. In diesem Zusammenhang kreierte das New York Health Board während des Höhepunktes der Spanischen Grippe den populär gewordenen Slogan: „Better be ridiculous than dead“ (Sei lieber lächerlich als tot).

Von ganz entscheidender Bedeutung war zudem die sogenannten Herden-Immunität, die dann eintritt, wenn hinreichend viele Individuen die Erkrankung entweder durchgemacht haben oder mit wirksamen Vakzinen geimpft wurden. Dadurch entstehen quasi „Brandschneisen“ quer durch die Bevölkerung, welche die Ausbreitung von Mensch zu Mensch verhindern. Im Falle der Grippe-Pandemien des 20. Jahrhunderts spielten Impfungen keine nennenswerte Rolle.

Aus Killern werden harmlose Erreger

Des Weiteren änderte sich die genetische Struktur der Influenza-Erreger, womit deren Gefährlichkeit abnahm. Durch solche natürlich bedingte Mutationen könnte auch die Covid-19-Pandemie enden. Wie der britische Universalhistoriker William McNeill bereits 1976 in seinem seuchengeschichtlichen Standardwerk „Plagues and Peoples“ (Seuchen und Völker) nachwies, werden aus neu auftauchenden gefährlichen Viren oftmals innerhalb von vier bis fünf Jahren harmlose Erreger. So wie im Falle des Corona-Erkältungsvirus HCoV-OC43, welches inzwischen als der wahrscheinlichste Verursacher der seinerzeit millionenfach tödlich verlaufenden Russischen „Grippe“ von 1889 bis 1895 gilt und seit Längerem nur noch leichte Infekte hervorruft.

Allerdings funktioniert das möglicherweise nicht, wenn man in eine laufende Pandemie „hineinimpft“. Dann besteht die Gefahr, dass das Virus auf problematische Weise mutiert, denn um zu überdauern, muss es schnell gegen die verwendeten Vakzine immun werden. Und je mehr Wirte es findet, die Impfungen mit ungeeigneten, weil zu wirkschwachen Substanzen erhielten, umso höher ist laut einer Reihe von Wissenschaftlern die Zahl der „Flucht-Mutationen“, denen die Impfstoffe nichts mehr anhaben können (siehe Beitrag unten). Sollten diese sich dann verbreiten, sind ständige Nachimpfungen mit modifizierten Vakzinen nötig, ohne dass der unberechenbar gewordene Erreger irgendwann für immer verschwindet.

FORSCHUNG

Die Furcht vor der „Immunflucht“

Impfung gilt den meisten Wissenschaftlern als beste Lösung – Doch andere warnen vor schweren, unbeabsichtigten Folgen

Der belgische Virologe und Impfstoff-Experte Geert Vanden Bossche hat unter anderem für die globale Impfallianz GAVI sowie die großen Vakzin-Hersteller Novartis und GlaxoSmithKline gearbeitet – zählt also keineswegs zum Lager der notorischen Impfskeptiker. Dennoch forderte er am 6. März dieses Jahres in einem an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gerichteten offenen Brief den sofortigen Stopp aller Impfungen gegen das Virus SARS-CoV-2.

Dabei berief er sich unter anderem auf Untersuchungen von Andrew Read von der Pennsylvania State University und Venugopal Nair vom britischen Pirbright Institute, deren Ergebnisse im Juli 2015 im Fachblatt „PLOS Biology“ unter dem Titel „Imperfect vaccination can enhance the transmission of highly virulent pathogens“ (Eine unvollkommene Impfung kann die Übertragung von hochvirulenten Krankheitserregern erleichtern) veröffentlicht worden waren.

Was anders ist als bei den Masern

In dem Artikel hieß es: Impfstoffe mit mangelhafter Wirkung, die „eine Weitergabe des Virus ermöglichen, könnten dafür sorgen, dass sehr ansteckende Stämme entstehen und in einer Population zirkulieren“. Und die aktuell verwendeten Vakzine verhindern im Gegensatz zu den Impfstoffen, die gegen andere hochvirulente Infektionskrankheiten wie Poliomyelitis, Mumps, Röteln und Masern zum Einsatz kommen, ja tatsächlich keine Übertragung von Mensch zu Mensch. Deshalb befürchtet Vanden Bossche, dass sich das Virus SARS-CoV-2 durch die derzeitige Impfkampagne in ein „unkontrollierbares Monster“ verwandele.

So drohe die Verdrängung der überaus wirksamen, weil breitbandig ausgerichteten natürlichen Antikörper, die das menschliche Immunsystem beim Kontakt mit dem Erreger spontan bilde, durch künstlich erzeugte und sehr spezifische Antikörper, die das Virus deutlich leichter vermittels punktueller Mutationen überlisten könne. Und zu genau solchen brandgefährlichen „Immunfluchten“ ist es nun tatsächlich gekommen, wie zwei weitere Publikationen zeigen.

Herbeigeimpfte Mutationen?

Die erstere stammt von 24 japanischen Wissenschaftlern der Universität Osaka und erschien im vergangenen August auf der Plattform „bioRxiv“. Sie trägt den Titel „The SARS-CoV-2 Delta variant is poised to acquire complete resistance to wild-type spike vaccines“ (Die SARS-CoV-2-Delta-Variante steht kurz vor dem Erwerb vollständiger Resistenz gegen Spike-Impfstoffe vom Wildtyp), also die von BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca und Co. entwickelten und derzeit noch allgemein verabreichten Vakzine. Wobei die Delta-Unterart AY.1 das Immunsystem der Geimpften bereits jetzt komplett aushebelt.

Der andere Artikel in der weltweit angesehenen Fachzeitschrift „Nature“ vom 25. Oktober wurde von einem Team deutscher Infektionsbiologen um Prerna Arora verfasst und trägt die schon alles besagende Überschrift „The Spike Protein of SARS-CoV-2 variant A.30 is heavily mutated and evades vaccine-induced antibodies with high efficiency“ (Das Spike-Protein der SARS-CoV-2-Variante A.30 ist stark mutiert und umgeht impfstoffinduzierte Antikörper mit hoher Effizienz). *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 50 · 17. Dezember 2021

ALLENSTEIN

Inflation verdirbt die Weihnachtslaune

Ermländischer Weihnachtsmarkt musste wegen der Kostenexplosion abgesagt werden – Ehrenamtliche sorgten für Ersatz

VON DAWID KAZANSKI

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Hauptamtes der Republik Polen erreichte die Inflation im November 7,7 Prozent und damit den höchsten Wert seit 2001. In dieser Hinsicht nimmt die Republik Polen einen der führenden Plätze in Europa ein.

Jeder spürt die Auswirkungen der galoppierenden Inflation im eigenen Portemonnaie. Fast alle Waren- und Dienstleistungspreise werden teurer. Für Lebensmittel, Versorgungsleistungen wie Strom und Gas muss man tiefer in die Tasche greifen, und auch die Kraftstoffpreise erreichen Rekordhöhen. Es geht die berechtigte Sorge um, ob die geplanten städtischen Vorhaben des Bürgerbudgets, über dessen Verwendung die Einwohner Allensteins schon zum neunten Mal in Folge auswählen konnten, auch umgesetzt werden können.

7,7

Prozent Inflation berechnete das Statistische Hauptamt der Republik Polen für den Monat November

An den Ständen wird Handwerkskunst angeboten: Weihnachtsmarkt in der Liebstädterstraße *Foto: D.K.*

Während einer Pressekonferenz im Herbst im Allensteiner Puppentheater wurde die Liste der Gewinnerprojekte bekannt gegeben. Wie in den Vorjahren konnte in zwei Kategorien abgestimmt werden, nämlich Stadt- und Siedlungsprojekte. In diesem Jahr nahmen mehr als 13.600 Menschen an der Abstimmung teil. Die große Mehrheit, 87 Prozent der Wahlteilnehmer, entschieden sich für die Abstimmung via Internet. Insgesamt wurden 36 Vorschläge zur Umsetzung ausgewählt – sechs städtische und 30 Projekte im ländlichen Raum.

Unter den gesamtstädtischen Initiativen erwies sich die Errichtung von Parkanlagen zwischen den Wohnbezirken Nagórki und Jaroty als das erfolgreichste Vorhaben. Das Herausragende des Siegerprojekts ist, wie seine Ideengeber selbst betonen, die Neupflanzung von Bäumen und die Aufstockung der städtischen Grünflächen. Es ist bemerkenswert, dass die ausgewählten Siedlungsinitiativen das wachsende Bedürfnis der Bewohner widerspiegeln, ihren städtischen Raum in Grün- und Erholungsgebiete zu verwandeln. Die Bürger stimmten am häufigsten für die Einrichtung neuer Wander- und Radwege, den Bau und die Wiederbelebung lokaler Parks und Grünanlagen sowie für Projekte zum Umweltschutz, wie die Säuberung des Langsees. Die Kosten der zu realisierenden gesamtstädtischen Projekte belaufen sich umgerechnet auf etwas mehr als 440.000 Euro.

Zirka eine Million Euro wurden für Aufgaben in Siedlungen bereitgestellt. Hier besteht das Problem in der zunehmenden Inflation und den steigenden Kosten für Baumaterialien, Architekten sowie Arbeitskräfte, die sich seit der ursprünglichen Kostenschätzung drastisch erhöhten. So wurde die Modernisierung des Basketballplatzes in der Nähe einer Schule von der letzten Abstimmung, als die Inflation noch nicht so hoch war, wegen der steigenden Preise von Waren und Dienstleistungen nicht realisiert.

Bei der diesjährigen Abstimmung über den Bürgerhaushalt besteht daher ein noch größeres Risiko, dass einige Investitionen zurückgeschraubt werden müssen oder mit erheblichen Verzögerungen durchgeführt werden. Es ist erwähnenswert, dass Preissteigerungen und Kürzungen im städtischen Haushalt auch an kulturellen Aktivitäten nicht vorbeigehen, was Mariusz Sieniewicz, der Direktor des städtischen Kulturzentrums, unterstreicht, der sich unter anderem über den Anstieg der Strompreise, die niedrigen Gehälter der Künstler, die Kosten für die Instandhaltung der Gebäude und den Mangel an Subventionen für kulturelle Veranstaltungen beklagt. Diese Umstände haben das städtische Kulturzentrum auch daran gehindert, in diesem Jahr einen ermländischen Weihnachtsmarkt zu veranstalten. Demzufolge versuchten ehrenamtlich Aktive und örtliche Unternehmer, die Situation zu retten, indem sie in kleinerem Rahmen Weihnachtsakzente setzten.

Am 5. Dezember wurde im Innenhof des Restaurants Tandoor in der Liebstädterstraße ein gemütlicher Weihnachtsmarkt eröffnet. Die Veranstaltungsbesucher konnten an schön dekorierten Ständen nicht nur vorweihnachtliche Geschenke, Weihnachtsdekoration, Kuchen oder Lebensmittel kaufen, sondern auch einen Brief an den Weihnachtsmann schreiben und an Familienwerkstätten zum Verzieren von Lebkuchen, zur Herstellung von Weihnachtskarten, Weihnachtsmännern aus Holz oder Öko-Weihnachtsbäumen teilnehmen.

ADVENTSFEIER OSTERODE

Eine richtige Entscheidung

Die Feier stand wegen der Pandemie zunächst auf der Kippe – Die kurzfristig organisierte Jugendveranstaltung war ein voller Erfolg

Das Adventswochenende der Jugend der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen findet traditionell zum ersten Advent statt. Bis zuletzt stand es dieses Jahr auf der Kippe und wurde dank des Engagements von einigen Aktiven aus der Region, die seit Jahren daran teilnehmen, doch nicht abgesagt. Es war, wie die Stimmung deutlich zeigte, die richtige Entscheidung.

Die letzte halbe Stunde vor der Adventsfeier am Sonnabendabend, wenn alle Teilnehmer sich in Schale werfen, ist jedes Jahr der einzige wirklich ruhige Moment an diesem Wochenende. So war es auch dieses Jahr am 27. November. Sonst ist in diesen Tagen immer Leben in der Bude, es wird gesungen, getanzt, gebastelt, gebacken und dekoriert, Musiker üben in einer Ecke im großen Saal, die Lautstärke ist hoch, die Stimmung heiter. „Es fühlt sich wie eine große Familie an“, hat ein Teilnehmer einmal gesagt.

Die Kunst der Improvisation

Veranstalter des Jugend-Adventsseminars ist die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bayern LOW, Organisator seit Jahren der Bund Junges Ostpreußen (BJO). „Leider sahen sich die Mitglieder des BJO, die das Wochenende sonst auf die Beine stellen, wegen der aktuellen Epidemie-Lage gezwungen, darauf zu verzichten“, erklärte Christoph Stabe, der Vorsitzende der LOW, „doch wegen des familiären, gemeinschaftlichen Aspekts und der hohen Zahl an Anmeldungen haben wir beschlossen, an der Veranstaltung festzuhalten.“

Ein Gemeinschaftswerk: Arbeiten am Adventskranz *Foto: U.H.*

Eingesprungen als Organisatoren sind kurzfristig Aktive aus der Region, die selbst über Jahre hinweg an dieser Veranstaltung teilgenommen haben, um sie nach der Zwangspause 2020 in diesem Jahr möglich zu machen.

Allen voran und als Hauptverantwortlicher Damian Kardymowicz, der seit Jahren die Feuerzangenbowle bei der Adventsfeier zubereitet. Im Alltag arbeitet er für die Johanniter, sodass er gleich auch die entsprechenden Corona-Bestimmungen im Auge behalten konnte. „Da haben wir uns auf keine Kompromisse eingelassen. Um kein Risiko einzugehen, haben wir zur Feier außer den zwei Geistlichen und Herrn Hoch vom Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren niemanden von außen eingeladen“, so Kardymowicz. Allein hätte er das Ganze nicht geschafft, wie er offen zugab. Hier halfen die Freunde und Kollegen, die auch ihren Teil beitragen wollten, das Wochenende stattfinden zu lassen. „Es war eine gewisse Improvisation, aber wir alle können das – und wollten es unbedingt, weil wir uns hier wohlfühlen“, fasst Kardymowicz zusammen.

Improvisationen anderer, musikalischer Art bekamen die Teilnehmer der Adventsfeier dann zu hören. Rüdiger Stolle, vor 30 Jahren bei ihrer ersten Ausgabe dabei, war für den Bereich Musik verantwortlich und hat zwei junge Talente entdeckt: Filip Kozłowski mit der Geige und Benjamin Kretschmann mit der Trompete. Nach kurzem Training traten sie mutig mit ihm auf. „Sie spielten fast besser als ich. Mein Trompetenspiel ist doch etwas eingerostet“, gab Stolle lächelnd zu, „mit etwas mehr Zeit hätten wir auch noch das eine oder andere Lied präsentieren können.“

Musik der nächsten Generation

Die jungen Künstler gehören zu den Kindern der Teilnehmer der ersten Generation, wie Stolle es nennt: „Die Jugendlichen aus den 90er Jahren bringen heute ihre eigenen Kinder mit, damit sie diese Atmosphäre kennenlernen können.“ So gewinnt das Jugend-Adventsseminar einen etwas anderen, familiäreren Charakter. Bei der diesjährigen Ausgabe kam das in der Atmosphäre gut an, und die Freude darüber, zusammen sein zu können, war groß.

Die Veranstaltung wurde finanziell vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Frauen unterstützt. *Uwe Hahnkamp*

Wir gratulieren …

ZUM 102. GEBURTSTAG

Hepke, **Gertrud**, geb. **Schmidt**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 20. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Krüger, **Heinz**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 19. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brandecker, **Wolfgang**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ernestsons, **Gertrud**, geb. **Zablowski**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 23. Dezember
Freiß, **Waltraut**, geb. **Grigo**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Haas, **Erna**, geb. **Jünger**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Hanke, **Fritz**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 22. Dezember
Krüger, **Katharina**, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 21. Dezember
Peck, **Josefa**, geb. **Hippler**, aus Lopsienen, Kreis Fischhausen, am 22. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dziedzitz, **Heinrich**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Gardeick, **Heinz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Dezember
Hartmann, **Lucie**, geb. **Gatzke**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 21. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heim, **Irmgard**, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Pachutzki, **Johann**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Peterson, **Christel**, geb. **Joppien**, aus Warnicken, Kreis Fischhausen, am 19. Dezember
Stang, **Liesbeth**, geb. **Bollgönn**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 20. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Charkiw, **Christel von**, geb. **Masuch**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Dezember
Chilla, **Christoph**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 23. Dezember
Grabka, **Ruth**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Tetzlaff, **Lieselotte**, geb. **Kaminski**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Wendt, **Anneliese**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 17. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Audehm, **Else**, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 23. Dezember
Baden, **Christel**, geb. **Derßler**, aus Lyck, am 22. Dezember
Kaspereit, **Wilhelmine**, geb. **Winden**, aus Wehlau, am 18. Dezember
Penner, **Christel**, geb. **Witt**, aus Lauknicken, Kreis Fischhausen, am 18. Dezember
Soppart, **Elisabeth**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Springer, **Hildegard**, geb. **Lippick**, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Wlost, **Herbert**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ANZEIGE

Suche Kontakte nach Polen
zwecks **Geschäftstätigkeit/ Ansiedlung-Niederlassung**
Freundliche Zuschriften an:
20Haus@web.de

ZUM 93. GEBURTSTAG

Haak, **Ilse**, geb. **Smollich**, aus Lötzen, am 22. Dezember
Haberland, **Christel**, geb. **Lange**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Höltje, **Edith**, geb. **Meyhöfer**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Dezember
Kaiser, **Erwin**, aus Biegiethen, Kreis Fischhausen, am 22. Dezember
Namendorf, **Ruth-Elli**, geb. **Smollich**, aus Lötzen, am 22. Dezember
Radau, **Anneliese**, geb. **Regenbrecht**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 19. Dezember
Raspe, **Edeltraut**, geb. **Manko**, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Scheller, **Ruth**, geb. **Dietrich**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Dezember
Schrön, **Christel**, geb. **Pientha**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 23. Dezember
Schwarzer, **Norbert**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Dezember
Seifert, **Charlotte**, geb. **Suczko**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Sliwa, **Christel**, geb. **Patommel**, aus Wehlau, am 19. Dezember
Volkmann, **Gerda**, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Wagenzik, **Ernst**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 22. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brinkmann, **Roswitha**, geb. **Böhme**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 23. Dezember
Demant, **Horst**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Hummel, **Inge**, geb. **Rutz**, aus Kalaushöfen, Kreis Fischhausen, am 19. Dezember
Lasarzik, **Otto**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Ludorff, **Georg**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 22. Dezember
Przykopp, **Hans**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 18. Dezember
Reich, **Vera**, geb. **Willuweit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Schulte, **Christel**, geb. **Podzkiewitz**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Schwagereit, **Klaus**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 23. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behrendt, **Hildegard**, geb. **Stamm**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember
Hausmann, **Erwin**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Kadelka, **Friedrich**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 22. Dezember
Markgraf, **Siegfried**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Pichlau, **Horst**, aus Treuburg, am 17. Dezember
Podszus, **Dieter**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. Dezember
Pomaska, **Irene**, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 23. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czyperreck, **Helga**, geb. **Schmidt**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Enstipp, **Kurt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember
Finke, **Christa-Maria**, geb. **Olias**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Gritschke, **Christa Brigitte**, geb. **Huwe**, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 23. Dezember
Grunwald, **Alfred**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 19. Dezember
Hobus, **Christel**, geb. **Zels**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 20. Dezember
Hunger, **Christa**, geb. **Geneit**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. Dezember
Jegelka, **Kurt**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Köhne, **Charlotte**, geb. **Krumat**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Kujehl, **Christa**, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Lauterbach, **Ilse**, geb. **Plew**, aus Lyck, Bismarckstraße 7, am 18. Dezember
Miszczuk, **Brigitte**, geb. **Rattay**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Dezember
Neumann, **Christa**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 23. Dezember
Obentheuer, **Käthe**, geb. **Guse**, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Paul, **Walter**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Regelin, **Carl-Heinz**, aus Neidenburg, am 17. Dezember
Sentkowski, **Ernst**, aus Lyck, am 23. Dezember
Tietz, **Eva**, geb. **Westphal**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Wierach, **Ruth**, geb. **Reiter**, aus Wiese-Neuhof, Kreis Mohrungen, am 17. Dezember
Zielke, **Alfred**, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 23. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Börner, **Gisela**, geb. **Maszutt**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Brandt, **Christel**, geb. **Ters**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Dettmann, **Bruno**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Gerlach, **Christel**, geb. **Dlugert**, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Grauf, **Ilse**, geb. **Grabowski**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Gregor, **Dieter**, aus Ortelsburg, am 20. Dezember
Hartmann, **Helga**, geb. **Glembotzki**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Heinrichs, **Marlene**, geb. **Huuck**, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 20. Dezember
Jera, **Klaus**, aus Treuburg, am 22. Dezember
Klinge, **Christel**, geb. **Koprusch**, aus Lyck, am 18. Dezember
Krutschinna, **Ewald**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Lissberg, **Ursel**, geb. **Pillath**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 21. Dezember
Mottel, **Helmut**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Moyseszyk, **Ilse**, aus Treuburg, am 20. Dezember
Niederhaus, **Ingrid**, geb. **Tertel**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. Dezember
Rattay, **Johannes**, aus Treuburg, am 21. Dezember
Röhrig, **Helmut**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Rohde, **Joachim**, aus Maruwken, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember
Sach, **Otto Oskar**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Schmidt, **Irene**, geb. **Jessulat**, aus Schwanen, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
Solka, **Kurt**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 21. Dezember
Thiel, **Ruth**, geb. **Augustin**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck und aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. Dezember
Voß, **Grete**, geb. **Danner**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
West, **Gerhard**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 20. Dezember
Wodrich, **Edith**, geb. **Czub**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Wolter, **Siegfried**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Coelius, **Kurt**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 21. Dezember
Hellwig, **Klaus**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 22. Dezember
Hunsdorfer, **Hans-Joachim**, aus Hauffen, Kreis Lötzen, am 17. Dezember
Klein, **Gerd Rainer**, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, am 19. Dezember
Korneffel, **Olaf**, aus Insterburg, am 19. Dezember
Weiß, **Friedemar**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Dezember
Zodet, **Heide**, geb. **Grundmann**, aus Mohrungen, am 21. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Knocks, **Winfried**, aus Fürstenau, Kreis Rastenburg, am 20. Dezember

ANZEIGE

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke, Telefon (040) 4140080, E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 52/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 52/2021 (Erstverkaufstag 31. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 21. Dezember**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Kulturpreis für Tanzgruppe

Hof – Die Volkstanzgruppe im BdV Hof bekam am 13. November den Kulturpreis des Bundes der Vertriebenen 2021 verliehen. Da die Tänzerinnen und Tänzer wegen eines Personenschadens auf der Zugstrecke nicht rechtzeitig nach München zur Feierstunde kommen konnten, wurde diese mit geladenen Gästen in Rehau nachgeholt. Der Vorsitzende der BdV-Kreisgruppe Hof, Christian Joachim, der die Ehrung beantragte, erklärte seine Überlegungen. Anschließend sparten die Hofer Oberbürgermeisterin Eva Döhla und der Rehauer Bürgermeister Michael Abraham nicht mit lobenden Worten. Die Leiterin der Volkstanzgruppe Jutta Starosta erzählte von der Übergabe des Preises in München und verlas die Laudatio. Die Tanzgruppe, die in der Ermländer Tracht auftrat, bot mit dem Ostpreußischen Fischertanz und dem Ragniter Viergespann zwei Tänze aus der alten Heimat.

FOTO: BDV-HOF

BdV-Kulturpreisträger: Hofer Volkstanzgruppe in der Ermländer Tracht

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle**: Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Ehrung für Norra

Bremen – Trotz der 2G-Einschränkungen nahmen 34 Mitglieder an der diesjährigen Adventsfeier im Atlantic-Hotel am Bremer Flughafen teil. Die gemeinsam gesungenen Lieder wurden vom Landsmann und Mitglied Wilhelm Norra auf dem Akkordeon begleitet.

Er ahnte nicht, dass ihm das Goldene Ehrenzeichen des BdV überreicht werden sollte. Wie er sagte, hätte er andernfalls ein Jackett mitgebracht. Umso größer war die Freude über diese sehr verdiente Auszeichnung.

Ich möchte den nachstehenden Ausführungen, mit denen die ehemalige Landesvorsitzende des BdV die Auszeichnung bei der BdV-Bundesgeschäftsstelle beantragt hatte, noch hinzufügen, dass es Norra ist, der unserer örtlichen Gruppe seit Jahren sehr gelungene Auftritte von Chören aus Bremen und Umgebung vermittelt, mit denen er allseits gut bekannt ist. Daher war es mir eine persönliche Freude, die Auszeichnung in Vertretung von Jutta Malla vornehmen zu dürfen.

Heinrich Lohmann

FOTO: HARTMUT ROGALL

Geehrt: Wilhelm Norra

Wilhelm Norra setzt sich seit vielen Jahren als Bezirksvertreter Lyck-Land und Ortsvertreter Sareiken für die Verbindung mit der Deutschen Minderheit ein. Bis 2019 organisierte er jährlich in Bremen ein Treffen der Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck und den Minderheiten aus dem Kreis Lyck, an dem bis zu 60 Personen teilnahmen. Er veranstaltete viele Reisen in die Heimat, die großen Zuspruch hatten, und knüpfte Kontakte zum jetzigen Bürgermeister von Lyck, der öfter ebenfalls an den Treffen der Kreisgemeinschaft in Deutschland teilnahm.

Norra nahm regelmäßig aktiv teil an größeren Veranstaltungen des BdV Bremen, wie dem Volkstrauertag am Mahnmal, Tag der Heimat und Weihnachtsmarkt mit zum Teil auch selbst verfassten Liedern und Gedichten seiner Heimat.

Leider gebremst durch Corona – aber soweit möglich – bleibt er trotz seines hohen Alters aktiv und lebendig den Anliegen für seine Heimat treu. *Jutta Malla*

Markt in Bremen

Seit zwölf Jahren gibt es Ende November im Bremer Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr einen „Markt der Ost- und Westpreußen“. Nach der unfreiwilligen Coronapause im vergangenen Jahr konnte er in diesem Jahr vom 24. bis 26. November wieder ganztägig veranstaltet werden.

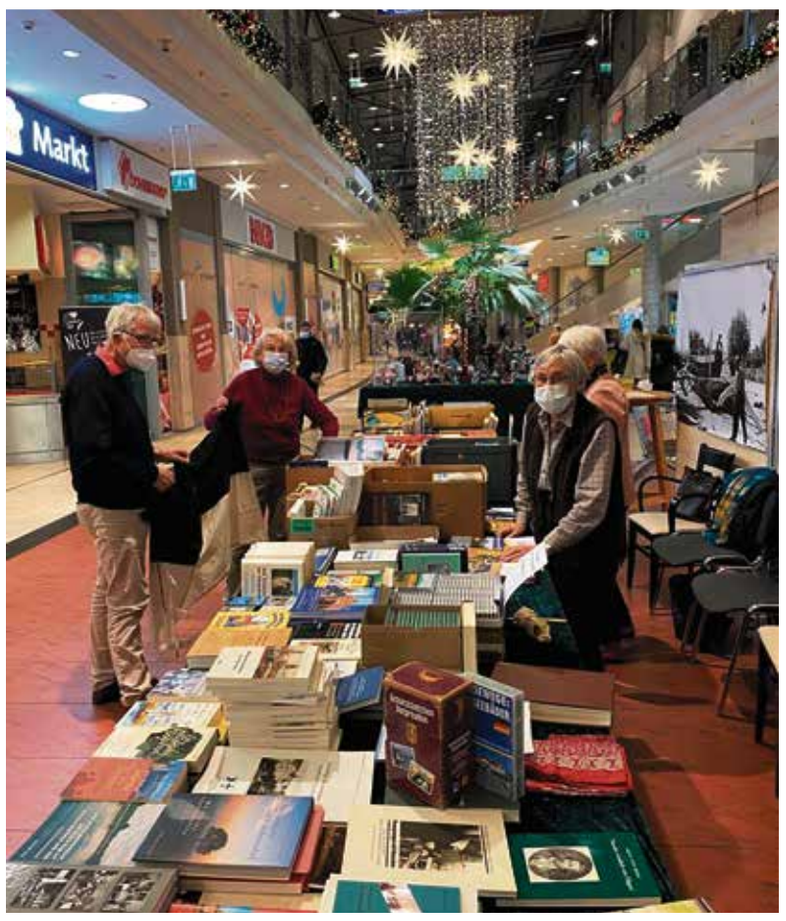
Die Veranstalter der Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen wissen, dass das Interesse an den Heimatgebieten und deren Kultur und Geschichte nach wie vor groß ist. Auf Ausstellungswänden zeigten sie erneut eine Auswahl geeigneter Großfotos. Auch eine alte Schulwandkarte der Provinz Ostpreußen aus den 1920er Jahren weckte wieder besonderes Interesse.

Hauptattraktion des sechs Meter langen Marktstandes, der von der Marktleitung auf eigene Kosten aufgebaut und u. a. mit einer Presseerklärung beworben wird, war aber erneut das Verkaufsangebot mit Marzipan, neuen Büchern, Landkarten und Kalendern, vor allem auch wieder das äußerst umfangreiche Antiquariat.

Gerade in der heutigen Zeit, in der es immer weniger Neuerscheinungen der Literatur und von Sachbüchern aus Ost- und Westpreußen gibt, ist das umfangreiche Angebot der Landsmannschaft für Liebhaber solcher Bücher eine wahre Fundgrube. Mehr als 200 gebrauchte Bücher konnten wieder verkauft werden.

Doch es geht den Bremer Ost- und Westpreußen nicht nur um den Verkauf ihrer kulturellen Schätze. Mehr und mehr kommen auch junge Menschen der Enkelgeneration der Vertriebenen an den Stand, die sich für die Heimat ihrer Großeltern und damit auch für ihre eigenen familiären Wurzeln interessieren. Sie realisieren, dass der oft schon eingetretene Verlust der Vorfahren auch Fragestellungen nach Einzelheiten deren Lebens und deren Herkunft vereitelt.

Der Stand ließ viele Besucher erneut staunen, wirkte er doch „positiv aus der Zeit gefallen“. Vorstandsmitglieder und Helfer, die drei Tage lang für den Stand verantwortlich und täglich von 8.00 Uhr bis 19.00 Uhr präsent waren, konnten sich auch in diesem Jahr trotz der Corona-Einschränkungen wieder über herzliche Begegnungen und zahlreiche gute Gespräche freuen. *Heinrich Lohmann*



Bremer Bücherstand: Markt der Ost- und Westpreußen

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender:: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

BdV Wetzlar

Aßlar – „Der BdV hat noch viele Aufgaben vor sich – und das auf längere Sicht“, machte der Vorsitzende des Kreisverbandes Wetzlar im Bund der Vertriebenen (BdV), Manfred Hüber beim weihnachtlichen Jahresabschluss seiner Organisation in der Stadthalle Aßlar deutlich. Es sei bleibender Auftrag, das bei Flucht und Vertreibung und in deren Folge Erlebte in Erinnerung zu halten und nicht nur an Kinder und Enkel weiterzugeben, sondern auch an die für eine nachhaltige Erinnerungskultur zuständigen Institute, besonders auch an die vielen kleinen Museen bis hinauf zum Bundesarchiv. Hüber zeigte sich dankbar, dass das Land Hessen seine Unterstützung in Sachen Erhalt der Museen in Städten und Gemeinden zugesagt habe. Zugleich seien auch die Kommunen ihrerseits in der Verantwortung, in die gleiche Richtung zu denken und zu handeln.

Ebenso gelte es, den Blick über die Grenzen nach Polen und Tschechien zu werfen, wo sich in Sachen Erinnerungskultur gerade

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich verschenke** für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Zahlung per: ☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
☐ den Schenkenden ☐ den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude
Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro Prämie für Sie

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
oder online
www.paz.de/abo
bestellen!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Das „Busecker Quartett“ in Aßlar: (v. l.) Ilona Zacharski, Klaus-Jürgen Grün, Hartmut Zacharski und Norbert Münch *Foto: Ewert*

Fortsetzung von Seite 15

in der Gegenwart etwas zum Positiven verändere. Hüber verwies auf ein neues Buch, eine Zeitzeugen-Dokumentation, das jüngst auf tschechisch, aber noch nicht auf deutsch erschienen sei. Die Aufgaben würden nicht weniger: „Es erfordert unser festes Zusammenstehen, um Versöhnung und Verständigung generationenübergreifend und dauerhaft zu erreichen.“

Der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Steinraths und Wetzlars Stadträtin Bärbel Keiner ermunterten in ihren Grußworten den BdV sowie die angeschlossenen Landsmannschaften, auf ihrem Weg fortzuschreiten und ihre wichtigen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Kreisvorstandsmitglied Kuno Kutz sieht gerade in der Advents- und Weihnachtszeit mit ihren besonderen Melodien Erinnerungen an die Kindheit in der Heimat im Osten wach werden, die auch eine lange und nicht selten beschwerliche Lebensreise nicht verschütten konnten. In diesem Sinne trugen die BdV-Kreisvorstandsmitglieder Herma Kindermann und Roland Jankofsky Erlebtes in Gedichtform vor. Das „Busecker Quartett“ mit Ilona Zacharski, Klaus-Jürgen Grün, Hartmut Zacharski und Norbert Münch steuerte mit Liedern in deutsch, englisch und französisch die verbindenden musikalischen Elemente sowie Pfarrer Petr Kovalcin die Andacht zum Gelingen der BdV-Veranstaltung bei. *Manfred Hüber*

FOTO: PRIVAT

Weihnachtsfeier in Wesel: (v. l.) Manfred Rohde, Christine Rosendahl, Hans Lankmichel, Edith Nischik, Paul Sobotta, Irma Lankmichel

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende**: Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin**: Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

Bericht und Abschied

Wesel – Die schöne Jahreszeit, das vorweggenommen, ist angebrochen. Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen, Kreisgruppe Wesel, grüßt alle recht herzlich in treuer Verbundenheit. Leider konnten wir unsere Mitgliederversammlung mit Adventsfeiern am 4. Dezember aus Corona-Gründen nicht durchführen.

Auflösung der Gruppe

Hiermit geben wir nochmals offiziell bekannt, dass unsere Landsmannschaft am 31. Dezember 2021 aufgelöst wird. Nehmen Sie bitte das zur Kenntnis. Der Vorstand bedankt sich nochmals herzlichst für Ihre 67-jährige gehaltene Treue zu unserer Landsmannschaft und Ihren Beitrag, die preußische Geschichte und Kultur den hier lebenden Menschen, am schönen Niederrhein, zu vermitteln. 32 preußische Tafelrunden, die auf Friedrich den Großen zurückgehen, die in Referaten über ost- und westpreußische Geschichte und Kultur von sehr beschlagenen Referenten vorgetragen wurden, fanden immer großen Anklang. An die einheimische Presse, die über unsere Veranstaltungen immer objektiv berichteten, einen besonderen Dank. Einen Dank an alle Menschen der Stadt Wesel und Land, die uns immer in unserer Arbeit unterstützten. Wir werden unseren Deutschen Osten, solange wir leben, nicht vergessen. Alle erkrankten Landsleuten wünschen wir baldige Genesung. Allen anderen Landsmannschaften, der Pommerschen, der Schlesischen, der Weichsel-Warthe sowie der Sudetendeutschen, herzlichen Dank für die großartige Zusammenarbeit, besonders am „Tag der Heimat“, an dem der unvergessene Deutsche Osten demonstriert wurde, mit seinen traditionellen Trachten. Der Vorstand wünscht allen eine besinnliche Weihnacht, einen guten Übergang ins Jahr 2022, ferner hin mit viel Gesundheit und Gottes Segen für die ferne Zeit.

i.A. Paul Sobotta

FOTO: CONGERDESIGN

Zum vierten Advent: „Sehet, die vierte Kerze brennt. Gott selber wird kommen, er zögert nicht. Auf, auf, ihr Herzen, werdet licht“; den Text hat Maria Ferschl gedichtet, die Melodie stammt von Heinrich Rohr

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

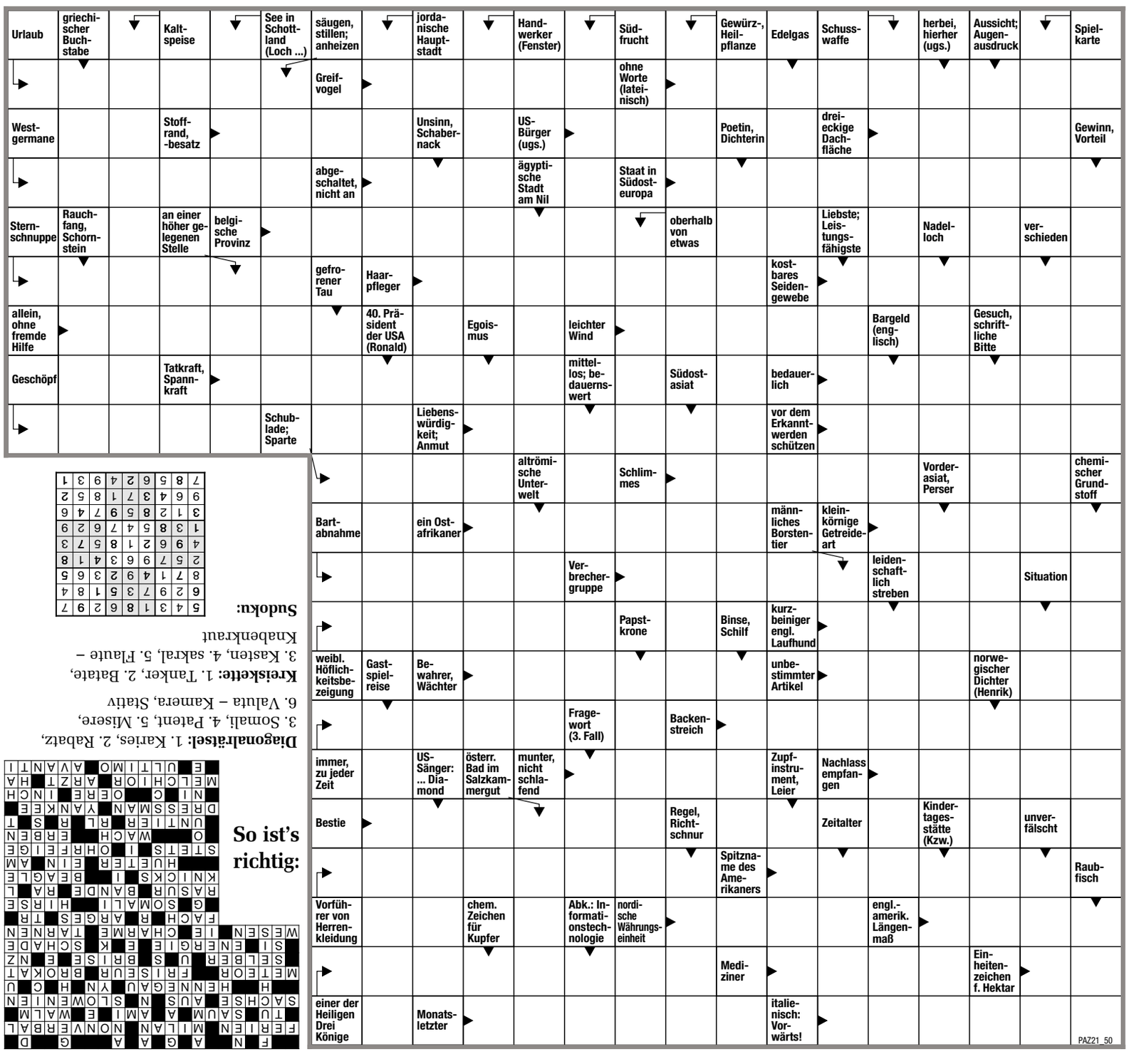
Bad Oldesloe und Tremsbüttel Zum Weihnachtsessen im Dezember waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel bei Georg und Karla Baltrusch. Die Idee mit dem Weihnachtsessen hatte Karla, und sie übernahm die Organisation mit einer Cateringfirma.

Die Vorsitzende las Texte aus ihrem Weihnachtsbüchlein „Besinnung auf das Licht“. In der lebhaften Unterhaltung ging es wieder über Flucht und Vertreibung, Hunger, Kälte und Gefahren und die Aufnahme in den Besatzungszonen — besonders in Schleswig-Holstein. Bad Oldesloe war zur Flüchtlingsstadt geworden.

Und dann wurde über das Brot gesprochen, das auf dem Treckwagen auf der Landstraße gefroren war. Auch im Flüchtlingszug war das mitgenommene Brot gefroren. Wenn die Lokomotive abgespannt war und die Wagen über Stunden oder halbe Tage auf der Strecke irgendwo abgestellt waren, hatte der Zug keine Heizung und auch keine Beleuchtung.

Mit einem herzlichen Dank an das Ehepaar Baltrusch für den schönen vorweihnachtlichen Nachmittag wurden Grüße und gute Wünsche an die Mitglieder aufgegeben, die nicht dabei sein konnten. *Gisela Brauer*

Rätsel



Sudoku:

5	4	3	1	8	6	2	9	7
6	2	9	7	3	5	1	8	4
8	7	1	4	9	2	3	6	5
2	5	7	9	6	3	4	1	8
4	9	6	2	1	8	5	7	3
1	3	8	5	4	7	6	2	9
3	1	2	8	5	9	7	4	6
9	6	4	3	7	1	8	5	2
7	8	5	6	2	4	9	3	1

Kreiskette: 1. Tanker, 2. Batate, 3. Kasten, 4. sakral, 5. Flaute – Knabenkraut

Diagonalrätsel: 1. Karies, 2. Rabatz, 3. Somali, 4. Patent, 5. Misere, 6. Valuta – Kamera, Stativ

So ist's richtig:

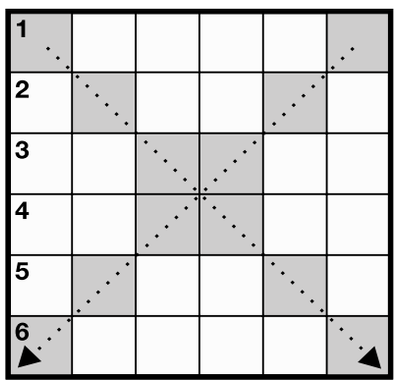
E	■	U	L	T	I	M	O	■	A	V	A	N	T	I	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
M	E	L	C	H	I	O	R	■	A	R	Z	T	■	H	A	■	■	■	■	■	■	■	■	■
N	I	■	C	■	■	O	E	R	E	■	I	N	C	H	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
D	R	E	S	S	M	A	N	■	Y	A	N	K	E	E	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
U	N	T	I	E	R	■	R	L	■	R	■	S	■	T	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
O	■	■	W	A	C	H	■	■	E	R	B	E	N	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
S	T	E	T	S	■	I	■	O	H	R	F	E	I	G	E	■	■	■	■	■	■	■	■	■
■	H	U	E	T	E	R	■	E	I	N	■	A	M	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
K	N	I	C	K	S	■	I	■	B	E	A	G	L	E	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
R	A	S	U	R	■	B	A	N	D	E	■	R	A	■	L	■	■	■	■	■	■	■	■	■
■	G	■	S	O	M	A	L	I	■	■	■	H	I	R	S	E	■	■	■	■	■	■	■	■
F	A	C	H	■	R	■	A	R	G	E	S	■	T	R	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
W	E	S	E	N	■	I	E	■	C	H	A	R	M	E	■	T	A	R	N	E	N	■	■	■
S	I	■	E	N	E	R	G	I	E	■	E	■	K	■	S	C	H	A	D	E	■	■	■	■
S	E	L	B	E	R	■	U	■	S	■	B	R	I	S	E	■	E	■	N	Z	■	■	■	■
M	E	T	E	O	R	■	■	F	R	I	S	E	U	R	■	B	R	O	K	A	T	■	■	■
■	H	■	■	H	E	N	N	E	G	A	U	■	Y	N	■	H	■	C	■	U	■	■	■	■
S	A	C	H	S	E	■	A	U	S	■	N	■	S	L	O	W	E	N	I	E	N	■	■	■
■	T	U	■	S	A	U	M	■	A	■	A	M	I	■	E	■	W	A	L	M	■	■	■	■
F	E	R	I	E	N	■	M	I	L	A	N	■	N	O	N	V	E	R	B	A	L	■	■	■
■	D	■	■	■	■	G	■	■	■	A	■	A	■	G	■	A	■	■	■	■	■	■	■	■

Sudoku

5				8			9	
6					5	1		
	7		4		2			5
						4		8
	9		2		8		7	
1		8						
3			8		9		4	
		4	3					2
	8			2				1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



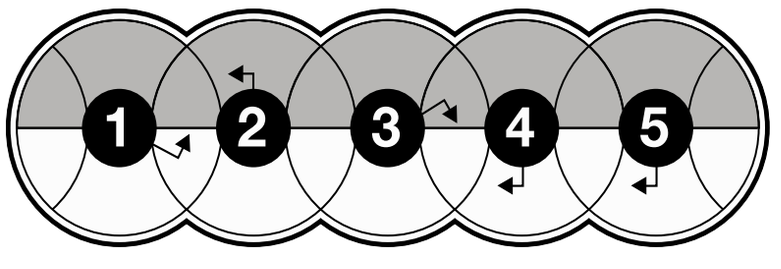
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei fotografische Begriffe.

1 Zahnerkrankung
2 lärmendes Treiben; Krawall (ugs.)
3 ein Ostafrikaner
4 Erfindungsschutzurkunde
5 Elend, Notlage
6 fremde Währung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Orchideenart.

1 Transportschiff für flüssige Güter, **2** Süßkartoffel, **3** Turngerät, **4** heilig; geweiht, **5** Windstille



MEMEL

Feierlichkeiten im Advent

Im Simon-Dach-Haus und im Hermann-Sudermann-Gymnasium wurde stimmungsvoll konzertiert und gefeiert

VON HANS-JÜRGEN MÜLLER

Das Adventskonzert des Deutschen Vereins in Memel gehört zu den schönsten Traditionen des Simon-Dach-Hauses.

Es finden alljährlich an wechselnden Orten statt, häufig in der Aula der Memeler Universität. Das diesjährige Adventskonzert aber war ein besonders familiäres, fand es doch am 7. Dezember im vereinseigenen Simon-Dach-Haus statt. Eingeladen war das gesamte Kollegium des Hermann-Sudermann-Gymnasiums, der einzigen deutschen Schule im Baltikum. Der Vereinsvorsitzende Klaus Peter Paul Grudzinskas begrüßte ganz herzlich die Schulleitung, an der Spitze vertreten mit der Direktorin Jolita Andrijauskiene, ihrer Stellvertreterin Neringa Tallat-Kelpsaite Dapsiene und die zahlreich erschienenen Kolleginnen. Er freue sich besonders darüber, dass es in diesem Jahr möglich war, den Verein und die Schule zu einer gemeinsamen Weihnachtsfeier zusammenzubringen. Zwischen dem Sudermann-Gymnasium und dem Deutschen Verein besteht seit der Schulgründung 1992 ein besonders enges Verhältnis.

FOTO: HANS-JÜRGEN MÜLLER

Feierliche Adventsmusik erklingt im Simon-Dach-Haus: Schüler des Hermann-Sudermann-Gymnasiums mit dem Klaipeder Quartett aus Memel

Gemeinsame Projekte

Die gute Zusammenarbeit spiegelt sich in zahlreichen Projekten wider, durch die sich der Verein an der Arbeit der deutschen Schule beteiligt und sie auch anderweitig tatkräftig unterstützt. Grudzinskas wünschte allen Kolleginnen vor allem Gesundheit und Schaffenskraft, und für das neue Jahr 2022 einen „guten Rutsch“. Das Hermann-Sudermann-Gymnasium pflegt zwei Schulpartnerschaften mit der Bundesrepublik Deutschland – mit der Hansestadt Lübeck (Baltic-Gesamtschule) und seit 2013 mit dem Berliner Schiller-Gymnasium. Der besonderen Beziehung entsprechend scheute die erfolgreiche Kulturmanagerin Rasa Miuller auch keine Mühen, um der Schule ein ausgesprochen anspruchsvolles Adventskonzert zu präsentieren.

So gelang es ihr wieder das bekannte „Klaipeder Quartett“, das Teil des Memeler Kammerorchesters ist, für den Konzertabend zu engagieren. Das Quartett besteht aus Angele Ciuberkiene (Geige), Rimante Agintaite (Geige), Aukse Kaziukaitiene (Bratsche) und Jurgis Karbauskas (Cello). Zusammen mit dem jungen Talent Jokubas Kulevicius und einem Ensemble des Sudermann-Gymnasiums unter Leitung der Konzertmeisterin Asta Almine begeisterten sie das Publikum. So erklangen klassische deutsche Weihnachtslieder wie „Leise rieselt der Schnee“, aber auch das Adventslied „Maria durch den Dornwald ging“, präsentiert von einem Duett des Sudermann-Gymnasiums mit dem Quartett.

Der Nachwuchskünstler Kulevicius spielte mit seinem Akkordeon Boris Vekslers „Preliudas“ und erfreute die Zuhörer. Die große Vielfalt des Programms wurde deutlich, als das Quartett Interpretationen zu Vivaldis Sinfonia in G, Bizets Carmen und Franz Lehars Adria Walzer vorstellte. Zum Schluss sangen alle gemeinsam „Das Jahr geht zu Ende“ , der Text war auf der Rückseite des Programms abgedruckt und ganz zum Schluss das alle bewegende „Stille Nacht, Heilige Nacht“ (Tyli naktis, sventa naktis) in deutscher und litauischer Sprache.

Zeugnis einer guten Kooperation: Die Vorstandsmitglieder des Vereins der Deutschen in der Hermann-Sudermann-Schule *Foto: HJM*

Grüße aus Berlin

In einem kurzen Grußwort bedankte sich Hans-Jürgen Müller, Sprecher der Berliner Memelllandgruppe, für das niveauvolle Konzert und betonte den hervorragenden Ruf der Schule auch in Berlin und überbrachte an die Versammelten die herzlichsten Weihnachtsgrüße der Berliner Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Seine Mitteilung, dass die LO auch in Zukunft die großartige Arbeit des Sudermann-Gymnasiums, insbesondere die alljährlichen Reisen nach Bayern, unterstützen würde, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Auch die Schulleiterin betonte die gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein und bedankte sich für das besonders wunderschöne Adventskonzert bei allen Beteiligten, insbesondere dem Klaipeder Quartett, Almine mit ihrem Ensemble und Miuller.

Dem Festprogramm folgend, lud der Deutsche Verein alle Künstler und Gäste zu einem ausgesprochen leckeren „lukulischen“ Empfang mit Sekt und Wein und Dresdner Stolle ein. Zahlreiche persönliche Gespräche zwischen dem Vereinsvorstand und den Gästen über die künftige Weiterentwicklung der hervorragenden Beziehung rundeten diesen Abend ab, der sicher allen eine unvergessliche Erinnerung sein wird.

Adventsfest am 4. Dezember

Bereits drei Tage zuvor hat der Deutsche Verein in Memel sein Adventsfest gefeiert.

Die Freude in Memel war groß, als der Verein alle Mitglieder und Freunde des Vereins zum großen Fest in das Hermann-Sudermann-Gymnasium einlud, denn 2020 musste die Feier pandemiebedingt ausfallen. Über 50 Gäste folgten der Einladung, um am traditionellen Adventsfest des Deutschen Vereins teilzunehmen.

Die Moderation der Veranstaltung übernahm wieder die charmante Kulturmanagerin Miuller. Das Adventsfest wurde in der festlich geschmückten Aula des deutschen Gymnasiums vom Vorsitzenden des Deutschen Vereins Grudzinskas eröffnet. Neben der Vereinsfahne war die Fahne der Landsmannschaft Ostpreußen für alle sichtbar. Grudzinskas begrüßte alle Anwesenden, darunter als Ehrengäste den deutschen Honorarkonsul Arunas Baublys, die Ehrenvorsitzende des Vereins Magdalena Piklaps, den Pastor der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Plicken Ludwig Fetting und den Sprecher der Berliner Memellandgruppe.

Traditionsgemäß begann das Fest mit einer Andacht, die vom Pfarrer Reinhold Moras von der örtlichen evangelisch-lutherischen Kirche zelebriert wurde. Pfarrer Moras vermittelte allen Anwesenden die freudige Weihnachtsbotschaft, die uns Hoffnung und Zuversicht bringen soll.

Hoffnung auf friedliche Konfliktlösung

In seinem Grußwort ging der Deutsche Honorarkonsul Baublys auch auf die aktuell beunruhigende politische Lage in Europa ein, sprach aber die Hoffnung aus, dass die Konflikte friedlich beigelegt werden könnten und wünschte allen Anwesenden im neuen Jahr vor allem Gesundheit und Glück.

Müller überbrachte in seinem Grußwort, die herzlichsten Weihnachtsgrüße der Berliner Landsmannschaft Ostpreußen (LO), die seit Langem den Deutschen Verein in Memel tatkräftig unterstützt. Es sei für ihn eine besondere Freude, dass die LO die vielen erfolgreichen kulturhistorischen Aktivitäten des Vereins auch weiter finanziell begleiten wird. Verständlich, dass diese Botschaft mit großem Beifall von allen Memelländern aufgenommen wurde. Das gelte natürlich auch für das Engagement der Berliner Memellandgruppe.

Unter den Ehrengästen: der Deutsche Honorarkonsul in Memel Arunas Baublys (links) *Foto: Hans-Jürgen Müller*

Der Vorsitzende Grudzinskas verlas eine Grußbotschaft von Manfred Schukat und Friedhelm Schülke aus Anklam. Beide bedauerten in ihrem Brief, dass sie Corona-bedingt nun schon zum zweiten Mal die Landsleute im Memelland nicht mit ihren traditionellen und beliebten Weihnachtspäckchen erfreuen konnten, sprachen aber die Hoffnung auf ein Wiedersehen im neuen Jahr aus.

Erneut keine Päckchen

Mit dem Lied „Wir zünden eine Kerze an, damit es Weihnacht werden kann“ eröffnete ein dreizehnköpfiges Ensemble des Hermann-Sudermann-Chors unter Leitung der bekannten Konzertmeisterin Almine das kleine Adventskonzert mit klassischen deutschen und litauischen Weihnachtsliedern. Alle Anwesenden waren sichtbar bewegt, als am Ende des musikalischen Teils das berühmte „Stille Nacht, Heilige Nacht“ in deutscher und litauischer Sprache vorgetragen wurde, quasi als Generalprobe für das später folgende Adventskonzert. Für ihre besonderen Verdienste empfingen zum Abschluss des musikalischen Teils Piklaps, Almine und Miuller einen wunderschönen Weihnachtsstrauß, der Vereinsvorsitzende Grudzinskas, Vorstand Marta Einars und Arnold Piklaps erhielten einen Weihnachtsstern aus der Hand des Berliners. Der Vereinsvorsitzende beendete den ersten Teil der Veranstaltung mit einer Gedenkminute für alle Verstorbenen des Vereins.

Im Anschluss daran begaben sich alle Gäste in die Mensa der deutschen Schule, die ebenfalls weihnachtlich geschmückt war, um nun den gemütlichen Teil der Veranstaltung zu genießen. Auf den festlich gedeckten Tischen befanden sich selbstgebackener Kuchen, Dresdner Stolle und Weihnachtsgebäck, aber auch leckere Häppchen erfreuten alle. Neben Kaffee gab es natürlich auch den traditionellen Glühwein aus Nürnberg. Es wurden viele gute Gespräche geführt, auch die neuen deutschen Gäste wurden herzlich willkommen geheißen, beteiligten sich am Plachandern und fühlten sich einfach wohl. Ein richtig gut organisiertes und schönes Adventsfest.

HJM/PAZ

ANZEIGE

Schließ´ ich einst die Augen
fern meinem Heimatland,
seh´ ich nie mehr den Ort,
wo meine Wiege stand.
Eh´ meine Augen gebrochen,
erkaltet meine Hand,
flüstern meine Lippen:
„Grüß´ mir Ostpreußen – mein Heimatland!“

Wir nehmen Abschied von unserer lieben Mutti

Gerda Steffan
geb. Kujus

* 28. 8. 1924 Hohensprindt Kreis Elchniederung
† 3. 12. 2021 Frauenmark Mecklenburg-Vorpommern

In Liebe und Dankbarkeit
Gisela Kaczensky, geb. Steffan
Marlis Bahl, geb. Steffan

Frauenmark, im Dezember 2021

WEIHNACHTEN IN OSTPREUSSEN

Die Gans der Schwestern Schneidereit

Jeder Ostpreuße schätzte das zartfleischige Geflügel aus Masuren, doch nicht jeder konnte sich den Festtagsbraten leisten

VON RUTH GEEDE

Eine gut gebratene Gans ist eine gute Gabe Gottes – das erkannten schon in alten Zeiten die Berliner, die besonders die zartfleischige Masurengans schätzten und erst recht jeder Ostpreuße, für den die mit Äpfeln und Majoran gefüllte Gans einfach zum Weihnachtsfest gehörte.

Aber es gab auch Menschen, denen diese Gabe Gottes leider vorenthalten wurde. Sie konnten sich solch einen Festtagsbraten nicht leisten und hatten auch keine Verwandtschaft auf dem Lande, die Gänse hielten. Zu ihnen gehörten die Schwestern Schneidereit, zwei schon etwas betagte Damen, die sich so recht und schlecht durch das Leben schlugen. Erna, die Ältere, mit Kartenlegen, ihre Schwester Frieda mit Näh- und Strickarbeiten.

Für sie hatte es noch nie zu einer Weihnachtsgans gelangt – bis zu jenem kalten Wintertag, an dem Erna mit glücklichem Gesicht aus einem Abteil der Samlandbahn ausstieg mit einem Korb, aus dessen Deckel ein Gänsehals herausragte. Der zu einem lebenden Vogel gehörte, den Erna für ein Glück verheißendes Kartenorakel bekommen hatte, das tatsächlich eingetroffen war. Dieses Wunder bescherte den Schwestern Schneidereit unverhofft den Festtagsbraten.

Nun waren es bis zum Fest noch einige Tage, und so verwandelte sich die kleine Wohnung der Schwestern in dem Ponarther Mietshaus zwangsläufig in einen Gänsestall. Fenster und Türen wurden geschlossen, damit kein Schnattern nach außen drang. Eine der Schwestern blieb immer im Hause, um unliebsame Besucher abzuwimmeln. Durch die Enge der Räumlichkeiten wuchs den Schwestern die Gans, die sie Agathe getauft hatten, sehr ans Herz. Und Agathe, die zuerst ein wenig mickrig ausgesehen hatte, fühlte sich zusehends wohler, watschelte in der ganzen Wohnung umher und zeigte schnatternd ihre Zuneigung zu ihren vermeintlichen Betreuerinnen. Die sich aber nun am Tag vor dem Heiligen Abend mit dem Problem befassen mussten: Wer wird sie schlachten?

Es kam zu einem erregten Disput, bei dem Frieda den Kürzeren zog, denn ihre Schwester behauptete, sie hätte noch viele Kundinnen zu bedienen, denen sie die Karten legen musste.

Eine fröhlich schnatternde Gans: Die Weihnachtsgans Agathe
Foto: Shutterstock

Als Erna nach stundenlanger Abwesenheit die Türe aufschloss, fiel ihr erster Blick auf den Küchentisch. Erbarmung! Da lag Agathe leblos hingestreckt, ein Bild des Jammers. „Sie hat nuscht gemerkt, ich hab' ihr dein Schlafpulver unter das Futter gemischt", schluchzte Frieda mit von Tränen erstickter Stimme.

Was nun? Die Gans musste ja noch gerupft werden. „Das ist aber jetzt deine Sache!", erklärte Frieda ihrer Schwester energisch, und Erna wagte keinen Widerspruch. Sie begann ihr trauriges Werk, und als die Schummerstunde kam, lag Agathe nackt und bloß auf dem Küchentisch. Die Schwestern machten kein Licht. „Willst e Schlubberche?", fragte Frieda ihre Schwester und holte die Flasche mit selbst gemachtem Bärenfang aus dem Küchenschrank. Der Honigschnaps wärmte Leib und Gemüt. „Ausnehmen müssen wir sie auch noch", meinte Erna, fügte aber sogleich hinzu: „Dafür ist es nu all zu duster, man braucht Tageslicht, sonst triffst die Galle!" Das sah Frieda auch ein, und nach dem dritten Meschkinnes gingen sie zu Bett und schlummerten sanft und selig in den Heiligen Abend hinein.

Am Morgen war es noch dunkel, als die Schwestern Schneidereit durch ein seltsames Geräusch geweckt wurden. Es kam aus der Küche, und als sie die Türe öffneten, watschelte ihnen Agathe entgegen, nackt und bloß, aber sonst ganz lebendig, nur völlig verhubbert in der Kälte des ostpreußischen Wintermorgens. Ernas gellender Schrei bewirkte, dass sofort an ihrer Türe geklingelt wurde.

Es war ihre Nachbarin Frau Wadehn, die von den Schwestern in letzter Zeit gemieden wurde, weil sie gerne tratschte. „Ach du liebes Gottchen" – das war alles, was sie sagen konnte, als sie die nackte Agathe sah. Aber dann holte sie eine Kanne mit heißem Kaffee und beruhigte die aufgelösten Schwestern. Die begaben sich in stummer Einvernehmlichkeit ans Werk, und während draußen sanfter Schneefall einsetzte, strickten sie beide um die Wette. Die Weihnachtstanne blieb ungeschmückt, aber als die Heilige Nacht hereinbrach, stolzierte Agathe in einem bunten Wollwestchen umher, wohlig gewärmt und fröhlich schnatternd. Die Schwestern betrachteten sie immer noch mit Tränen in den Augen, aber mit aufkeimender Weihnachtsfreude im Herzen.

Die Äpfel, mit denen Agathe gefüllt werden sollte, schmorten in der Röhre des Kachelofens und ihr Duft durchzog die Stube. Es wurde noch ein wundervoller Heiligabend, in dem Agathe warm und geborgen in ihrem Körbchen einschlummerte. Von Gänsebraten wurde nie wieder gesprochen.

Agathe aber soll noch einige glückliche Jahre gelebt haben und eines natürlichen Todes verstorben sein. Sie blieb ungegessen.

(*veröffentlicht in PAZ51/52 Weihnachten 2012*)

FOTO: MRK

Trug die Geschichte gerne bei Lesungen vor: *PAZ*-Autorin Ruth Geede, aufgenommen an ihrem 100. Geburtstag

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Das konnte nur hier passieren"

Der Riesengebirgspreis für Schriftsteller führt deutsche und polnische Literaturkenner zusammen

Wenn der Berg ruft, muss man ihm folgen. Am 12. Dezember rief die Schneekoppe Literaturfreunde von diesseits und jenseits der Lausitzer Neiße ins verschneite Hirschberg [Jelenia Góra]. Grund dafür war die Verleihung des deutsch-polnischen Riesengebirgspreises für Literatur. Ins Leben gerufen haben ihn Christopher Schmidt-Münzberg und seine Mitstreiter im Verein zur Pflege schlesischer Kunst und Kultur. „Das Hirschberger Tal und das Riesengebirge sind bis zum heutigen Tag mit Künstlern und Schriftstellern durchsetzt. Man muss sich ja nur Gerhart Hauptmann als Flaggschiff vor Augen führen. Aber es gibt auch Hermann Stehr oder Fedor Sommer, die weniger bekannt sind und doch auch eine wichtige Rolle gespielt haben", so der aus Bremen stammende Architekt mit schlesischen Wurzeln, der seinen Lebensmittelpunkt ins Hirschberger Tal verlegt hat. Mit dem Preis werden Schriftsteller gewürdigt, die ihre Verbindung mit dem Riesengebirge und Schlesien in ihrem literarischen Schaffen verarbeiten, so wie es Joanna Bator tut.

Bis zum Abitur lebte Bator in Waldenburg [Wałbrzych], zum Studieren der Kulturwissenschaften und Philosophie wählte sie Breslau, für die Promotion ging sie nach Warschau, wo sie heute lebt. Bator ist in Polen längst eine etablierte Schriftstellerin. Einige ihrer Werke, wie „Sandberg", „Dunkel, fast Nacht" und „Wolkenfern" wurden auch ins Deutsche übersetzt und in der Bundesrepublik verlegt.

Pflege schlesischer Kunst und Kultur

„Mein Lieblingsbuch ist der berühmte ‚Sandberg', in dem so prägnant die wertvollen, aber auch die wundersamen Eigenheiten unserer heutigen niederschlesischen Identität zum Vorschein kommen", so Józef Zaprucki, Dozent an der Fakultät für Humanistische Wissenschaften der Riesengebirgshochschule in Hirschberg und Jurymitglied des Riesengebirgspreises. Der Kenner schlesischer Literatur entdeckt im Werk von Bator Parallelen zu seinen Lieblingsschriftstellern Günter Grass und Horst Bienek „Der eine beschrieb Danzig [Gdańsk], der andere Gleiwitz [Gliwice] – auch eine schlesische Stadt, die eben nur weiter östlich liegt. Beide schrieben über die ‚verlorene Heimat'", so Zaprucki in seiner Laudatio. Er zitierte Joseph Roth: „Erst die verlorenen Provinzen werden zu literarischen Provinzen". Bei Bator, so Zaprucki, „wird eine gewonnene Provinz zu einer par exellance literarischen".

Das Riesengebirge und seine Umgebung für sich gewonnen, das hat auch vor zwölf Jahren der Warschauer Marcin Wawrzyńczak. Er wollte aus der „grauen Plattenbaulandschaft" der polnischen Hauptstadt ausbrechen und fand im Isergebirge all das, was er vermisste – eine Natur- und Kulturlandschaft, die ihn fesselte. Um seine „gewonnene Heimat" besser zu verstehen, lernte er deutsch. Und all das, was er ergründete, übersetzte er ins Polnische. „Die Sprache seiner Texte begeisterten mich. Ein leichtes, angenehmes ‚Fließen' der Worte, ein schönes, nicht gekünsteltes Polnisch, angepasst an den Rhythmus der alten Texte des 18. und 19. Jahrhunderts", umschreibt Agnieszka Bormann, Kulturreferentin für Schlesien am Schlesischen Museum Görlitz, sein Schaffen.

FOTO: WAWRZYNSCZAK, BATOR LUTOWSKA

Ausgezeichnet: Marcin Wawrzynczak, Joanna Bator; Małgorzata Lutowska

Das Isergebirge und sein Vorland hat Małgorzata Lutowska in ihr erstes Buch eingebettet. Ihr weiteres „Der anvertraute Schlüssel" über das Schicksal niederschlesischer Protestanten wurde ein lokaler Bestseller. Ihr letztes Werk „Schlesische Fälle" trägt den Untertitel: „Das konnte nur hier passieren". Die Fremdenführerin und pensionierte Deutschlehrerin wecke unterschiedliche Leidenschaften bei ihren Lesern, sagt ihre Verlegerin Regina Chrześcijańska (Verlag AD REM). So habe eine Leserin damit begonnen, „deutsche Hinterlassenschaften" zu sammeln, also Gegenstände mit deutschen Schriftzügen, die in alten Häusern gefunden wurden.

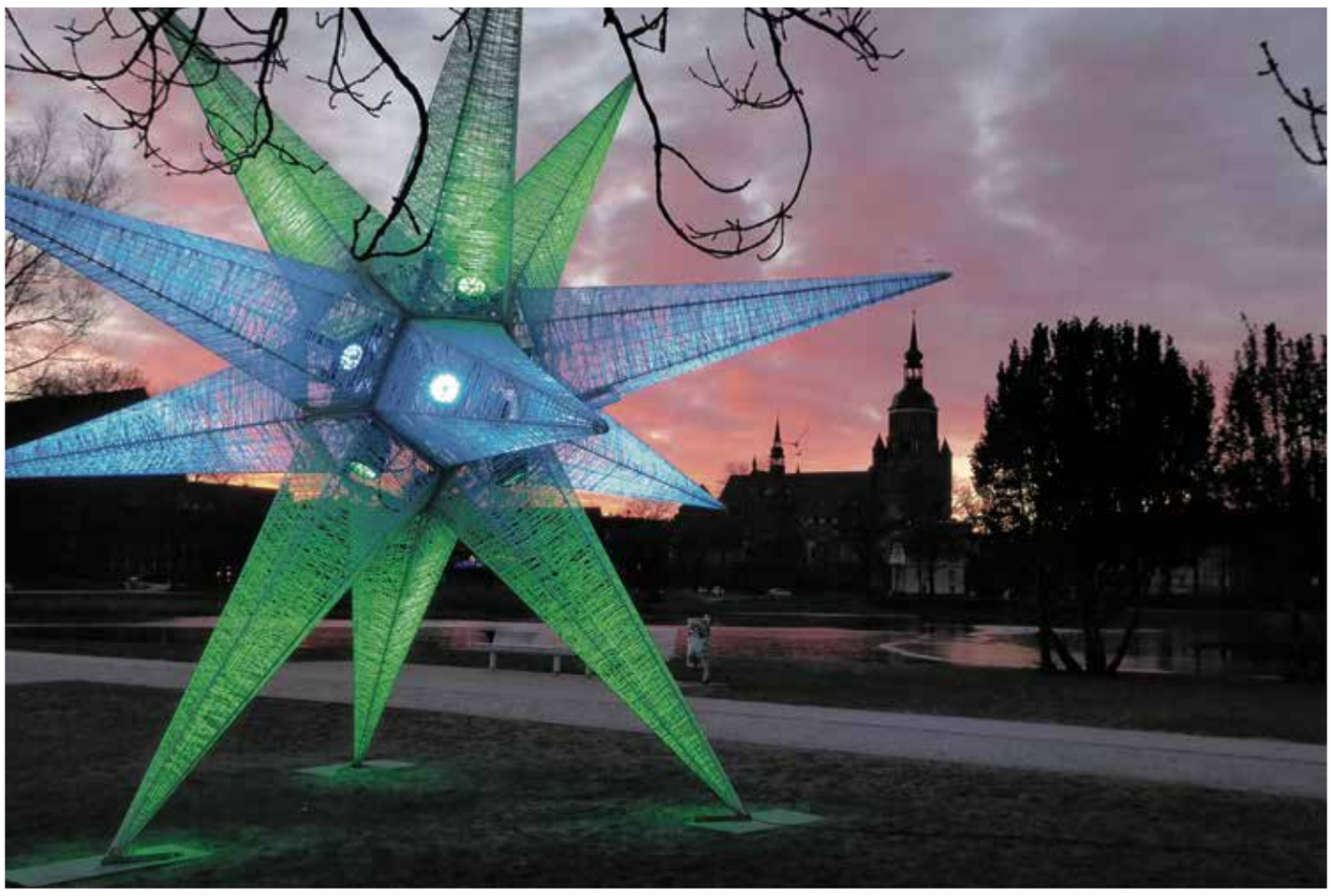
Andere suchen Lutowska auf, weil sie ihre Familiengeschichten vor dem Vergessen retten wollen. Ihr Jugendbuch „Schätze der Bäume – eine Schatzsuche in Hirschberg" wurde in Grundschulen der Stadt als Pflichtlektüre behandelt. Und als Lutowska in den Klassenzimmern zum Gespräch erschien, waren manche erstaunt, dass eine Autorin, die sie im Unterricht behandelten, noch lebendig ist. Sie ist nicht nur lebendig, sondern auch leidenschaftlich am Thema dran, denn ihr nächstes Projekt wartet bereits – das Übersetzen ihrer Bücher ins Deutsche. *Chris W. Wagner*

WEIHNACHTLICHES

Hansestadt Stralsund – Stadt der Sterne

... sie erleuchten den ältesten Weihnachtsmarkt an der Ostseeküste und bringen Licht in alle Stadtteile

VON BRIGITTE STRAMM



Das Siegerfoto eines Wettbewerbs fotografierte Karin Lehm: Im Hintergrund St. Marien *Foto: Stadt Stralsund*

Faszinierend anzusehen sind sie, die großen, beleuchteten Sterne, die auf Initiative des Oberbürgermeisters erstmalig im letzten Jahr zur Adventszeit aufgestellt wurden. Fünf große Sterne waren es, die Licht und Zuversicht in die dunkle Jahreszeit bringen sollten. „2021 legen wir nochmal eine Schippe drauf und erhöhen die Zahl der Siebenmeterriesen auf 20“, freut sich der Oberbürgermeister Alexander Badrow. Und ergänzt: „Damit erleuchten wir nach und nach jeden Stadtteil – bis es am Ende so aussieht, als würde sich der Himmel in unserer Hansestadt spiegeln.“

Hinzu kommen vier kleinere Sterne in den Kirchtürmen von St. Marien und St. Nikolai sowie im Hospiz und der katholischen Gemeinde. Sie sind mit „nur“ zwei Metern Spannweite zwar nicht ganz so groß, hängen dafür teilweise aber umso höher. Somit gleicht der Aufbau einer sportlichen Extremleistung. Hergestellt werden die Sterne von der masson GmbH vor den Toren der Hansestadt. Geschäftsführerin Susanna Masson betont: „Auch wenn unsere Sterne international bis nach Australien reisen, ist Stralsund weltweit die einzige Kommune, in der alle Stadtteile ihren eigenen Stern haben. Die Stralsunder Sterne werden bis zum 2. Februar 2022 (Maria Lichtmess) die Herzen der Menschen erfreuen. „Ich freue mich auf unsere gemeinsame Weihnachtszeit am Strelasund – mit den Stralsunder Sternen, mit dem ältesten Weihnachtsmarkt im Ostseeraum und hoffentlich einem besonderen Feuerwerk zum Jahreswechsel“, schließt der Oberbürgermeister.
(Sehenswert: www.stadt-der-sterne.de)

Ältester Weihnachtsmarkt

In der historischen Altstadt Stralsunds, auf dem Alten Markt erfreut alljährlich der Weihnachtsmarkt die Besucher. St. Nikolai, das Rathaus und das Commandantenhus schauen von jeher dem bunten Treiben zu.

Der Stralsunder Gunnar Möller hat sich intensiv mit den Märkten und Gebräuchen um Weihnachten und Neujahr im alten Vorpommern befasst und seine Forschungsergebnisse in einem Buch veröffentlicht. Er beschreibt das historische Geschehen bis zur Jetztzeit.

Der älteste Weihnachtsmarkt an der Ostsee und zweitälteste in Norddeutschland ist der in Stralsund. Am 27. Juli 1512 gestattete der pommersche Herzog Bogislaw X. dem Rat von Stralsund, den bisher an St. Vitus (am 15. Juni) abgehaltenen Markt nunmehr mit allen Vorrechten, Freiheiten und Privilegien an St. Nikolai (6. Dezember) acht Tage lang abzuhalten.

Um 1700 gab es nicht viele Märkte in der Adventszeit im Norden Deutschlands. In einem 1710 in Leipzig erschienenen Jahrmarkts- und Messeverzeichnis sind Märkte aus Braunschweig („8 Tage vor Weynachten“), Danzig („3. Sonntag nach Martini“ – das fällt mit dem ersten beziehungsweise zweiten Adventssonntag zusammen), Schwerin, Stargard in Pommern und Stralsund an Nikolai vermerkt.

Andere, heute berühmte und wesentlich bekanntere Weihnachtsmärkte entstanden meist erst im 17. Jahrhundert (Lübeck mindestens seit 1648, Nürnberg seit 1628) oder gar im 19. Jahrhundert. Gerade das frühe 19. Jahrhundert war die Zeit, in der zahlreiche Weihnachtsmärkte ins Leben gerufen wurden; nicht zufällig in einer Zeit, in der sich eine Reihe der uns heute noch vertrauten Weihnachtssitten herausbildeten. Für Stettin ist ein kurz vor Heiligabend veranstalteter „Stettiner Weihnachts-Markt“, zu dem auch auswärtige Händler kamen, für das Jahr 1838 erwähnt.

„Wihnachten is de Koplü’ ehr Aust“ („Weihnachten ist die Erntezeit der Kaufleute“). Deshalb zog der Markt zahlreiche Händler von weither an. Ursprünglich war der Nikolaimarkt – außer für die Krämer – weniger für einheimische, sondern mehr für auswärtige Handwerker vorgesehen. Die Stralsunder Bäcker, Schuster oder Täschner mussten sich in dieser Zeit meist aus ihren Häusern heraus mit dem Verkauf der von ihnen hergestellten Waren begnügen.

Im örtlichen Stadtarchiv findet man Klagen von Stralsunder Zuckerbäckern vor, aus denen hervorging, dass ihnen der Verkauf ihrer Waren in der Vorweihnachtszeit unterm Rathaus und auf dem Markt untersagt war, während Frauen und sogar „Soldatenweiber“ mit Zucker- und Pfeffernüssen handeln durften. Erst im späteren Verlauf des 18. Jahrhunderts gestattete der Rat den einheimischen Zuckerbäckern, wieder zum Kinderjahrmarkt unter dem Rathaus zu verkaufen.

Es gab nichts, was es nicht gab

Von 1694, 1739 bis 1744 und von 1789 bis 1804 sind im Stralsunder Stadtarchiv Verzeichnisse erhalten geblieben, aus denen hervorgeht, wie viele und was für Händler aus welcher Stadt den Weihnachtsmarkt am Strelasund aufsuchten, darunter etliche Franzosen, sowie mindestens 20 weitere Händler an den Hafenbrücken, die in verschieden großen Buden sowie hinter Verkaufstischen standen. 1743 kamen 63 Händler unter anderem aus Greifswald, Rostock, Lübeck, Neubrandenburg, Friedland, Hamburg, Berlin, Magdeburg und Leipzig. Unter diesen Kaufleuten waren viele Galanterie- und Kurzwarenhändler, Leinwandverkäufer, Eisenkrämer, Glashändler, Tabak- und Seidenhändler, Kleinkaufleute, die mit Strümpfen, Gips- und sonstigen Bildern, Baumwollwaren, Keramiken und (Kunst)Blumen sowie diversen „Olitäten“ handelten. Letztere waren Kleinkrämer, die zumeist aus Thüringen stammten und in ihren Kiepen wohlriechende und angeblich gesundmachende Öle, Essenzen und Salben in kleinen Flakons und Töpfchen anboten.

Händler aus Mailand und Paris

Auch ein Schausteller mit einem „Spiel Schap“ (wohl ein Puppentheater) war anwesend. Hinzu kamen Handwerker wie Beutler (Taschen- und Beutelmacher) und Buntmacher (Kürschner) sowie Zuckerbäcker. Später tauchten regelmäßig Handelsreisende aus Frankreich und Italien auf, nach 1815 auch aus Großbritannien. 1765 annoncierte der Mailändische Kaufmann Torchiana, dass er „unter dem Rathauses ... die beßten Mayländischen seidenen Tücher, bey ganze und halbe Dousin, imgleichen gestrickte seidene Strümpfe“ anbiete, und 1782 empfahl sich Antoine Robert, Modehändler aus Paris, den Stralsunder Damen mit dem allerneuesten und geschmackvollsten Sortiment.

Es gab von Jahr zu Jahr unterschiedliche Angebote und kaum etwas, was es nicht gab. Die einheimische Löffler’sche Buchhandlung warb mit speziellen Kinderbüchern, wie zum Beispiel „Hedwigs liebe Puppe. Ein Lese- und Bilderbuch für kleine artige Mädchen“. Damals wie heute gab es viele Verkaufsstände, die gezielt Kinder und Eltern mit ihren Waren zu begeistern suchten, wie jener Händler Schmaltz, der am 3. Dezember 1831 in der „Stralsundischen Zeitung“ annoncierte: „Mein Lager von Kinder-Spielsachen ist in diesem Jahre ebenso aufgestellt wie gewöhnlich zu Anfang des Weihnachts-Markts. Ich empfehle mich daher mit einer vollständigen Auswahl der schönsten an- und unangekleideten Puppen, Bälgen, Puppenköpfe mit und ohne Haarfrisur, einer vollständigen Auswahl der schönsten Kinder-Spielsachen von Zinn und Porzellan, so wie mit meinen sonst führenden Waren zu billigen Preisen. C.F. Schmaltz.“

1937: Markt nicht mehr zeitgemäß

Man kann sich das lebhafte Treiben auf dem Stralsunder Markt im Laufe der Jahrhunderte sehr gut vorstellen. Es gab natürlich auch Zeiten, in denen er nicht stattfand. Kriege und Seuchen sorgten immer wieder dafür, dass der Nikolaimarkt ausfiel, so nach dem Ersten Weltkrieg. Erst nach 1930 wurde wieder an die Tradition angeknüpft, nun aber eher in Form eines Rummels und nur noch mit wenigen einheimischen Händlern. 1937 meinten die damals Verantwortlichen, dass der Weihnachtsmarkt nicht mehr zeitgemäß sei, und untersagten ihn.

Bereits 1947 eröffnete nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg wieder ein Weihnachtsmarkt in Stralsund, der bis heute jährlich weitergeführt wurde, allerdings 2020 mit „Coronapause“. Es gibt sogar zwei Märkte in der Stadt, einmal den historischen auf dem Alten Markt und im historischen Rathauskeller und einen Jahrmarkt auf dem Neuen Markt.

Auszugsweise aus dem Buch von Gunnar Möller

● **Info** Das Buch von Gunnar Möller: „Weihnachten und Neujahr im alten Vorpommern“, 250 Seiten, 81 teilweise farbige Abbildungen, gebunden, hat die ISBN-Nummer 978-3-412-52273-5 und ist erschienen im Böhlau Verlag Köln. www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

HAUS STETTIN

Stettiner Tafelrunde

Die traditionelle Veranstaltung konnte zur Freude der Teilnehmer durchgeführt werden

Am Sonntag, dem 13. November 2021, fand im Haus Stettin in Lübeck die traditionelle Tafelrunde statt.

Die etwa 20 doppelt oder dreifach geimpften Teilnehmer zeigten sich sehr erfreut, dass das Treffen trotz der Pandemie durchgeführt werden konnte.

Das Heringsessen mit Pellkartoffeln und Stippe erinnerte daran, dass Stettin einst die führende Stellung unter den deutschen Seehäfen im Heringshandel einnahm. Doch nicht nur der Handel, sondern auch die Kultur in Stettin war Thema der Tafelrunde.

Frau Dr. Heidelore Rathgen von der Internationalen Carl-Loewe-Gesellschaft in Löbejün präsentierte einen erfrischenden, anschaulichen, bebilderten Vortrag über den Kantor, Organisten und Komponisten Carl Loewe (* 30. November 1796 in Löbejün, † 20. April 1869 in Kiel), der 46 Jahre seines Lebens in Stettin gelebt und gewirkt hat. Dieser interessante Vortrag und zahlreiche Erinnerungen an Stettin waren bei der anschließenden Kaffeetafel Anlass für die Teilnehmer zu einem gemütlichen Gedankenaustausch.

Das Haus Stettin, Museum und Begegnungsstätte, bietet eine Fülle von Informationen in Schrift und Bild.

Haus Stettin

● **Info** www.haus-stettin.eu – Der Heimatkreis Stettin ist unter der Adresse www.stettin-heimatkreis.de zu erreichen

FOTO: HAUS STETTIN

„Wir brauchen geprüfte und sichere Vakzine“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Heute möchte ich danke sagen an alle Leserstimmen dieser Wochenzeitung. Es ist mir ein großes Bedürfnis und Genuss, die fundierten Meinungen wöchentlich zu lesen“

Detlef Schiller, Mühlhausen

Ausgabe Nr. 48

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN MUNTERMACHER

ZU: DER GENERAL IM GESTRÜPP (NR. 48)

Ich möchte mich auch heute wieder für die letzte Ausgabe der *Preußischen Allgemeinen* bedanken, besonders für die Seite 24, hier mit allen Veröffentlichungen, ganz speziell aber mit dem wunderbaren Wochenrückblick „Der General im Gestrüpp“ („Der General in seinem Labyrinth“ war ein Bestseller des kolumbianischen Literaturnobelpreisträgers Gabriel García Márquez von 1989). Herrlich zu lesen, ein Muntermacher, weil so treffend und mutmachend.

Gisela Löffelmacher, Flensburg

STARKES APHRODISIAKUM

ZU: PLAN- UND KONZEPTLOS IN DEN NÄCHSTEN CORONA-WINTER (NR. 47)

Vielen Dank für Ihre fundierten Artikel zum Thema Corona. Erlauben Sie mir einige Anmerkungen.

Sollte es, eingeläutet von „Experten“-Forderungen, passenden Umfragen und dem Jubel des Mainstreams zu einem Lockdown oder Pseudo-Lockdown kommen, können die Hersteller von Kalendern dies gleich als festen Termin für die nächsten Jahre eintragen, jeweils von Advent bis nach Pfingsten. Leute, die ihn fordern oder verhängen, sind selbst nicht davon betroffen. Dass wir aus der Pandemie herauswollen, glaube ich nicht allen Politikern: „Wie die Politik den Lockdown lieben lernte“, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ im Januar.

Es scheint, als würden sich manche Politiker und Journalisten radikalisieren. „Macht ist ein starkes Aphrodisiakum“, sagte Henry Kissinger. Man erlebt eine Spaltung der Gesellschaft, Hetze gegen Ungeimpfte, Enttäuschung bei Geimpften. Großdemos in Österreich gegen die Corona-Politik werden bei uns möglichst kleingeredet.

Der eigentliche Skandal, Abbau von zirka 4000 Intensivbetten und Pflegenotstand, wird gerne verschwiegen oder als Naturereignis dargestellt.

Es macht misstrauisch, dass den Politikern die Empfehlungen der sonst impffreudigen Ständigen Impfkommission nicht genügen. Nun sind nur noch zwei Erweiterungen möglich, die Impfung von Null- bis Vierjährigen und dann die Impfung von Ungeborenen (mit einer langen Nadel).

Was für mich neu ist, ist die Meinung, dass das Coronavirus anscheinend ein intelligentes Bewusstsein hat (Merkel: „das Virus verzeiht keine Halbherzigkeit“). Die Politik sollte nicht auf Scharfmacher und Apokalyptiker hören, sonst könnte die Corona-Politik mit ihren Kollateralschäden eskalieren, bis CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke abgewählt werden.

Dieter Frank, Neustetten

FLUCH DER RASCHEN TAT

ZU: PLAN- UND KONZEPTLOS IN DEN NÄCHSTEN CORONA-WINTER (NR. 47)

Frei nach Schiller: „Das eben ist der Fluch der raschen Tat.“ Corona-Impfstoffe wurden rasch erfunden, rasch von Pharmakonzernen auf den Markt geworfen, rasch von Politikern gekauft. Die Pharmabosse kassieren Milliarden. Der Bundespräsident hängte dem BionTech-Gründer Uğur Şahin sogar das Bundesverdienstkreuz um.

Jetzt könnte er ihm den Orden wieder abnehmen, denn inzwischen hat sich erwiesen, dass die Vakzine unbrauchbar sind. Sie schützen selbst mehrfach Geimpfte nicht. Denn auch Geimpfte erkranken an SARS-CoV-2. Geimpfte infizieren andere Menschen. Geimpfte erleiden Krankheiten, die durch die Impfungen ausgelöst werden. Geimpfte sterben nach der Impfung.

Gemäß dem Paul-Ehrlich-Institut wurden von Dezember 2020 bis September 2021 nach Corona-Impfungen 1802 Todesfälle registriert. Angesichts dieser Fakten verbietet sich das Nachdenken über eine generelle Impfpflicht. Wir brauchen zunächst geprüfte und sichere Vakzine.

Jürgen Schönwald, Weddel

EIN PROVOZIERTER ANGRIFF

ZU: DOLCHSTOSSLEGENDE À LA USA (NR. 47)

Das Fragezeichen in der Überschrift des Artikels „Dolchstoßlegende à la USA?“ darf im Lichte der derzeit bekannten Fakten über den japanischen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 getrost weggelassen werden. Man kann es als erwiesen betrachten, dass die Vereinigten Staaten – genauer: Präsident Franklin D. Roosevelt sowie eine kleine Führungsriege der USA – diesen Angriff nicht nur passiv hingenommen, sondern sogar aktiv gefördert haben.

Angesichts einer überwiegend isolationistisch gestimmten Öffentlichkeit brauchte man einen Vorwand, um in den lange geplanten und für unausweichlich angesehenen Krieg insbesondere gegen Deutschland eintreten zu können. Der „Umweg“ über Japan war erforderlich, da sich Hitler und die deutsche Kriegsmarine trotz aller Provokationen der USA gegen die deutsche Marine im Atlantik und trotz einer offensichtlichen Pro-Großbritannien-Politik der USA nicht zu einer militärischen Konfrontation mit Schiffen der US-Marine hinreißen ließen.

In diesem Zusammenhang sei auf zwei materialreiche Bücher hingewiesen: Zum einen auf George Morgensterns „Pearl Harbor – eine amerikanische Tragödie“ sowie auf Robert B. Stinnetts „Day of Deceit. The Truth about FDR and Pearl Harbor“ (1999), deutsch: „Pearl Harbor – Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ“.

Einige Informationen aus diesen Büchern: Der Plan, die US-Pazifikflotte als Köder für die Japaner von der Ostküste der USA nach Pearl Harbor zu verlegen, wurde vom Office of Naval Intelligence (ONI) bereits im Oktober 1940 im Rahmen eines Acht-Punkte-Programms für eine Politik der harten Hand gegen Japan vorgelegt. Im Rahmen der sogenannten „Atlantik-Charta“ vom August 1941 machte Präsident Roosevelt ohne vorherige Information des Kongresses Großbritannien und den Niederlanden geheime Zugeständnisse einer militärischen Unterstützung, falls der japanische Vormarsch in Südasien andauere – dies auch unabhängig von einem eventuellen Angriff der Japaner auf US-Stützpunkte. Er machte sich somit zum Werkzeug etablierter europäischer Kolonialmächte.

Da den Geheimdiensten der USA ein Einbruch in die wichtigsten Codes der Japaner für deren Marine sowie der Diplomatie gelungen war, konnten seit November 1941 die japanischen Schiffsbewegungen sehr präzise verfolgt werden – auch die des Angriffsverbandes gegen Pearl Harbor. Dessen Schiffe mussten auf dem Anmarsch zum Beispiel mehrmals betankt werden, wozu wegen des schlechten Wetters im Nordpazifik Abstimmungen mit den Tankern via Funkverkehr unumgänglich waren.

Ebenso konnten die USA den Funkverkehr zwischen den auf Hawaii stationierten japanischen Spionen und deren Führungsoffizieren mitlesen, desgleichen Anweisungen an die japanischen Konsulate, unmittelbar vor dem Angriff geheimes Chiffriermaterial zu vernichten. Die entschlüsselten Funkmeldungen wurden Roosevelt sowie einem ausgewählten Verteilerkreis vorgelegt – allerdings nicht dem auf Hawaii befindlichen Oberkommando der Pazifikflotte unter Admiral Kimmel, der diese Informationen am dringendsten benötigt hätte.

Übrigens wurde der erste Schuss im Pazifikkrieg nicht von den Japanern, sondern von den USA abgegeben: Wenige Stunden vor dem Luftangriff der japanischen Trägerflotte wurde ein japanisches Mini-U-Boot von einem US-Zerstörer vor der Einfahrt in Pearl Harbor durch Wasserbomben versenkt.

Das Thema ist auch heute noch wichtig, da der Terroranschlag vom 11. September 2001 gelegentlich als „Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet worden ist.

Michael Jung, Wiesbaden

ANZEIGE

WEIHNACHTEN

Alle Jahre Lieder

Vor dem Fest überbieten sich die Plattenfirmen mit weihnachtlicher Musik – Hier ein Überblick über die Neuerscheinungen

VON ANDREAS GUBALLA

So unterschiedlich, wie Weihnachten in aller Welt gefeiert wird, kann auch Weihnachtsmusik klingen. Das zeigen auch die Neuerscheinungen, welche die Plattenfirmen alljährlich kurz vorm Fest auf den lukrativen Markt werfen. Mal geht es klassisch-meditativ, mal zeitlos-hipp zu. Die *PAZ* präsentiert einen kleinen Überblick an neuen Weihnachtsalben, die für den Gabentisch geeignet sind.

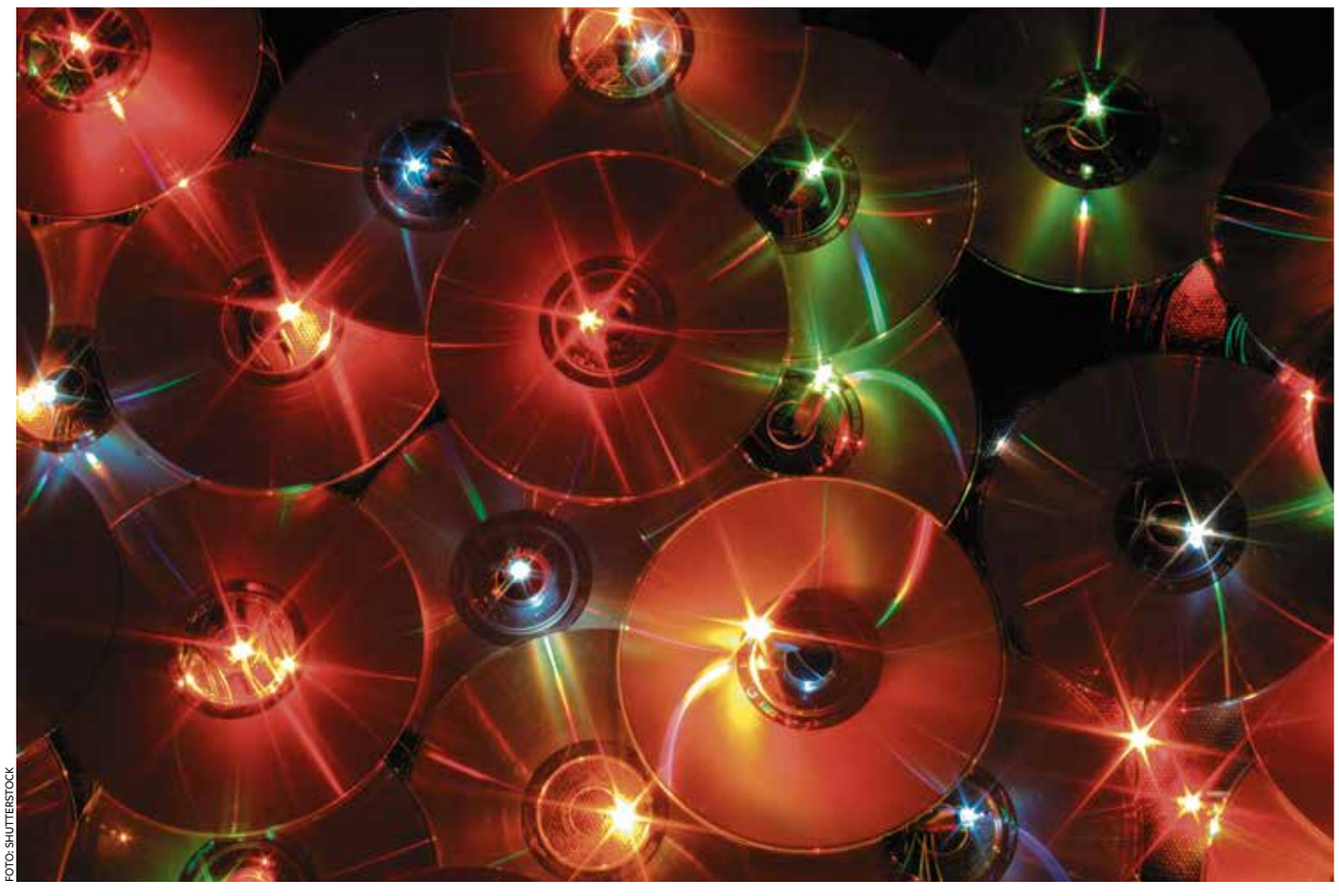


FOTO: SHUTTERSTOCK

Mit CDs machen Plattenfirmen zur Weihnachtszeit trotz moderner Audio-Streaming-Dienste immer noch ein gutes Geschäft

Schlagerlegende Howard Carpendale, der in diesem Jahr 75 Jahre alt geworden ist, hatte bereits in den beiden Vorjahren mit den „Symphonien meines Lebens 1 & 2“, die er mit dem Royal Philharmonic Orchestra aufgenommen hatte, das Weihnachtsgeschäft bereichert. Mit seinem dritten Album **Happy Christmas** komplettiert er die Trilogie mit zwölf ausgewählten Weihnachtssongs. Wichtig war ihm, dass er einen ausgewogenen Mix von nationalen und internationalen Klassikern arrangiert, sodass es seiner musikalischen Herkunft gerecht wird. Genau vor 20 Jahren gab es das erste Weihnachtsalbum von ihm, welches schon damals sein Publikum begeisterte und heute als zeitloser Klassiker gilt. Allein seine südafrikanischen Wurzeln sind schon Grund genug, dass man von ihm keine typischen Klassiker aus den hiesigen Weihnachtsbüchern erwarten sollte.

Howard Carpendale & The Royal Philharmonic Orchestra: „Happy Christmas“, Electrola (Universal Music)

Schlagersänger Roland Kaiser hat sein zweites Weihnachtsalbum veröffentlicht. Bereits 2009 erschien sein Album „Besinnliche Weihnachtszeit“, das damals der Kölner Musiker Jack White produzierte. Die aktuelle CD **Weihnachtszeit** ist nicht typisch Kaiser, man lernt einen ganz neuen Sänger kennen. Mit Pop und modernen Arrangements in Englisch und Deutsch präsentiert der Schlagerstar eine neue Facette seines Schaffens. Mit einem abwechslungsreichen Mix aus feierlichen Klassikern, stimmungsvollem Weihnachts-Pop und lässig-elegantem Big-Band-Swing verwandelt der Sänger und Liedermacher die schönsten Wochen des Jahres in eine unvergessliche Zeit. Weder kitschig noch anbiedernd, kommt bei dem Liebling einer älteren Generation wirkliche Weihnachtsstimmung auf.

Roland Kaiser: „Weihnachtszeit“, Rca Local (Sony Music)

Schon seit Jahren macht sich Peter Kopp mit seinem Vocal Concert Dresden einen Namen durch diskographische Veröffentlichungen höchst interessanter und bisher wenig beachteter Zusammenstellungen und Programmen. Nach Werken der Dresdner Hofmusik oder Freimaurer-Musik des 18. Jahrhunderts hat er sich nun auf die Spuren der Musik der Herrnhuter Brüdergemeinde begeben, die ihre Wurzeln in der böhmischen Reformation am Anfang des 15. Jahrhunderts hat. Deren historische Bedeutung und internationale Strahlkraft, die von einem beschaulichen Dorf in der Oberlausitz wortwörtlich in die gesamte Welt ausgeht, feiert im nächsten Jahr nicht nur 300-jähriges Bestehen, sondern hofft dann auch auf den UNESCO-Weltkulturerbetitel. Die Brüderschaft war von Anfang an eine singende Gemeinde. Durch Auswanderung und Mission der Brüder nach Nordamerika hinterließen sie dort einen faszinierenden Musikschatz, der als einer der Grundpfeiler der nordamerikanischen Musikgeschichte gilt. Fast alle Titel des Albums **Herrnhuter Weihnacht** sind Ersteinspielungen, denn der musikalische Schatz wurde weltweit in vielen Fällen nicht schriftlich festgehalten. Einige Lieder sind sogar erst in der „Neuen Welt“ entstanden und wurden von dort in die Oberlausitz zurückgebracht. Ungeachtet ihres hohen Repertoirewertes präsentiert diese Produktion festliche weihnachtliche Musik. Der Liebhaber barocker Weihnachtsmusik wird damit ebenso angesprochen wie der Hörer, der sein musikalisches Spektrum erweitern möchte.

Peter Kopp, Vocal Concert Dresden: „Herrnhuter Weihnacht (Moravian Christmas)“, Berlin Classics

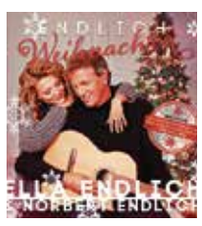
Der Koblenzer Pianist Martin Stadtfeld hat ein ganz besonderes Weihnachtsalbum mit bekannten weihnachtlichen Melodien in neuen Klavierbearbeitungen aufgenommen. Ausgewählt und selbst neu bearbeitet hat er für **Christmas Piano** traditionelle Lieder wie „Stille Nacht, Heilige Nacht“, „Maria durch ein Dornenwald ging“ oder „In the Bleak Midwinter“, aber auch „Vom Himmel hoch“ von Michael Praetorius und ein Orgelwerk von Johann Sebastian Bach. Zugleich hat Stadtfeld eigene Stücke beigesteuert, vor allem den elfteiligen besinnlichen Klavier-Zyklus „Christmas Time“, zwei Variationen über „Es ist ein Ros entsprungen“ und zwei Intermezzi über „Vom Himmel hoch“.

Martin Stadtfeld: „Christmas Piano“, Sony Classical/Sony Music (Sony Music)

Mit seinem Weihnachtsalbum It’s Christmas! gelang Star-Tenor **Jonas Kaufmann** im letzten Jahr ein stimmungsvolles Festtagsalbum. Rechtzeitig zur Konzerttour ist nun eine „extended edition“ mit sieben neuen Titeln erschienen. Neu hinzugekommen sind sechs Stücke alpenländischer Stubenmusik sowie ein französisches Weihnachtslied. Kaufmann hatte viele bekannte deutsche Weihnachtslieder ausgewählt, die er schon als Kind an Heiligabend mit seiner Familie unterm Weihnachtsbaum sang. Daneben finden sich auch englische Weihnachtslieder und weltweit beliebte Evergreens. An Heiligabend sendet das ZDF um 22.15 Uhr die Sendung „Weihnachten mit Jonas Kaufmann“ mit zahlreichen Gästen. Die Weihnachtstournee führt den Sänger unter anderem nach Mannheim, München, Düsseldorf und Hannover.

Jonas Kaufmann: It’s Christmas!“, Sony Classical (Sony Music)

Die aus Weimar stammende Sängerin Ella Endlich hat mit ihrem Vater Norbert ihr erstes Weihnachtsalbum aufgenommen: **Endlich Weihnachten**. In einer Zeit der Isolation im Herbst 2020 und Frühjahr 2021 entstanden Kompositionen dieser gelungenen Doppel-CD. Sich zurückzuziehen und zu zweit auf die Suche nach ihrem persönlichen Weihnachtsfunken zu gehen, war für die beiden Musiker in der Pandemie eine sowohl heilsame als auch unglaublich bedeutsame Aufgabe. Das so entstandene Album ist den beiden verstorbenen Großmüttern von Ella gewidmet, die für sie persönlich elementar mit ihrem eigenen Kindsein und dem Weihnachtsgefühl in Verbindung stehen. Dabei ist ein außergewöhnlicher und erfrischender Feiertagsmix entstanden, der neben ruhigen Liedern auch temporeiche Gute-Laune-Musik enthält.



Ella und Norbert Endlich: „Endlich Weihnachten“, Unendlich Musik (Warner)

Norah Jones gesteht: I Dream Of Christmas. Frei von Kitsch verleiht die US-amerikanische Jazzsängerin Klassikern wie „Winter Wonderland“ oder „White Christmas“ mit seidenweicher Stimme und geschmackssicherer Produktion neue Gelassenheit. Die neunfache Grammy-Preisträgerin lässt es sich nicht nehmen, ihr berühmtes Talent als Liedermacherin auch für eigene Weihnachtssongs einzusetzen und liefert so ein Album ab, das zeitlos klingt, niemals in Klischees abdriftet und Weihnachten irgendwie entspannt macht.

Norah Jones: „I Dream of Christmas“, Blue Note (Universal Music)

Seit die weltweit erfolgreichste A-cappella-Gruppe Pentatonix, die sich 2011 in Arlington im US-Bundesstaat Texas gegründet hat, Alben veröffentlicht, erscheint auch fast jedes Jahr eine Weihnachts-CD – im Jahr 2021 heißt sie **Evergreen**. Ob sich das eher auf die Lieder oder die Besonderheit von „lebenden Weihnachtsbäumen“ bezieht, ist unklar. Die Lied-Sammlung enthält einmal mehr die gewohnt hochattraktive Mischung aus modernen und traditionellen Favoriten und liefert den perfekten Klanghintergrund zur Festtags-Saison. Als Höhepunkt befinden sich auf dem Album die Zusammenarbeit mit der kanadischen Pop-Künstlerin Alessia Cara („Frosty The Snowman“) und der Ausnahmeviolinistin Lindsey Stirling („Over The River“). Alle bisher erschienenen Weihnachts-Alben der Band wurden mit Gold, Platin oder Mehrfach-Platin ausgezeichnet und landeten ganz oben in den Charts.

Pentatonix: „Evergreen“, Rca International (Sony Music)

Festive Trumpets for Christmas ist das neue Weihnachtsalbum von **Matthias Höfs**, auf dem der Lübecker Trompeter gemeinsam mit seinem Blechbläserensemble und dem Organisten Christian Schmitt ein vielfältiges Programm präsentiert. Die Instrumente der Musiker erklingen dabei in triumphalen, feinen und brillanten Nuancen, die den Glanz des Weihnachtsfests ausmachen. Höfs’ Anliegen ist es, die spezifisch deutsche Tradition zu vermitteln, klanglich wie stilistisch: „In Zeiten der Globalisierung, in denen alles auf internationalen Austausch ausgerichtet ist, möchte ich dazu beitragen, diese Klangtradition und -kultur zu bewahren.“ Das Programm spiegelt diesen Wunsch wider. So zeigt er die kammermusikalische Seite der Trompete in seinen Bearbeitungen barocker Sonaten von Tomaso Albinoni und Georg Friedrich Händel. Ebenfalls präsentiert werden Werke von Antonio Vivaldi, Cristóbal de Morales und Samuel Scheidt; aber auch alte und moderne Arrangements von Nikolaus Herman über Peter Lawrence bis zu Matthias Höfs selbst.

Matthias Höfs u.a.: „Festive Trumpets for Christmas“, Berlin Classics (Edel)

Xavier de Maistre ist der erfolgreichste Harfenist der Klassikszene und bezaubert das Publikum mit Können und Charme. „Wenn man es nicht besser wüsste, würde man glauben, da spielte ein ganzes Engelsorchester auf“, schrieb die Zeitschrift „Brigitte“ über sein Instrument. Der silbrige und engelhafte Klang der Harfe passt besonders gut zu adventlicher und weihnachtlicher Musik. In seinem neuen Album **Christmas Harp** lässt de Maistre populäre adventliche und weihnachtliche Hits wie „Jingle Bells“, „Ave Maria“ oder den „Blumenwalzer“ und „Tanz der Zuckerfee“ aus Tschaikowskys „Nussknacker“ besonders stimmungsvoll erklingen. Zudem hat der Meister gelungene Fantasien und Paraphrasen über internationale Weihnachtslieder ausgewählt, die von Carlos Salzedo, einem berühmten Harfenisten des 20. Jahrhunderts, stammen. Eine Entdeckung sind auch die vier Fantasien über provenzalische, neapolitanische, katalanische und baskische Weihnachtslieder.

Xavier de Maistre: „Christmas Harp“, Sony Classical/Sony Music (Sony Music)

Und zuletzt noch etwas für Kinder, also diejenigen, ohne die Weihnachten in der Familie nur halb so viel Freude macht: Wenn insgesamt 13 angesagte deutsche Gruppen und Liedermacher Musik für Kinder machen, dann muss man einfach zuhören. So geht die entspannte Reihe mit Kindermusik **Unter meinem Bett – das Weihnachtsalbum**, die nicht nach Kindermusik klingt, inzwischen in die siebte Runde – und erstmals gibt es ein übergreifendes Thema: Weihnachten. Witzige Texte und Künstler unterhalten die ganze Familie und sorgen dafür, dass die Heilige Nacht nicht ganz so still wird.

„Unter meinem Bett“, Oetinger Audio Hörspiel

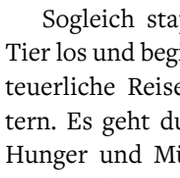
FÜR SIE GELESEN

Warten auf Weihnachten

Annette Herzogs Buch „Alle, alle feiern Weihnachten“ ist ein Blickfang. Relativ groß (26x36cm) kommt es mit einem prächtigen Weihnachtsbaum auf dem Cover daher, und man kann nicht anders, als gleich einmal hineinzuschauen. Für kleinere Kinder ist die Zeit bis zum Heiligen Abend mit einer langen Wartezeit verbunden. Um diese etwas zu verkürzen, kann jeden Tag eine hübsche Geschichte vorgelesen werden.

Die aus Brandenburg stammende Autorin schuf mit dem Bilderbuch einen bunten Geschichtenreigen mit 24 anheimelnden Erzählungen, die sprachlich auch kleinere Kinder erreicht. Inhaltlich geht es um das, was die Kinder in der Zeit vor Weihnachten erleben am Beispiel von Wichtelkindern, die das Weihnachtsfest vorbereiten.

Aber auch die Tiere im Wald, wie die Hasen, Mäuse, Vögel oder Füchse sind eifrig dabei, alles für den großen Tag herauszuputzen. Am Ende gibt es sogar einen herausnehmbaren Weihnachtsbaum aus Pappe, den man aufstellen und mit kleinen, im Buch enthaltenen Schmuckelementen verzieren kann. Ein prachtvolles Bilder- und Vorlesebuch. Für Kinder unter 3 Jahren nicht geeignet wegen verschluckbarer Kleinteile. *Silvia Friedrich*



Annette Herzog: „Alle, alle feiern Weihnachten! 24 zauberhafte Adventskalender Geschichten zum Vorlesen“, Penguin Verlag, München 2021, Pappe, 26 Seiten, 19 Euro

Freundschaft ist das Wunder

Wer noch nach einer kuschligen Winter-Vorlesegeschichte sucht, der wird an dem reizenden Bilderbuch von Katja Reider „Lumi Schneefuchs sucht das Wunderlicht“ seine helle Freude haben. Die Illustrationen von Henrike Wilson sind so plastisch, dass man sich sogleich im Winterwald nahe der Polarregion wähnt. Dort wohnt Lumi, der kleine Schneefuchs, und er hört von den zauberhaften Polarlichtern. Wer die gesehen hat, sagt sein Opa, der alte Schneefuchs, erlebe ein Wunder.

Sogleich stapft das kleine weiße Tier los und begibt sich auf eine abenteuerliche Reise zu den Zauberlichtern. Es geht durch Eis und Schnee. Hunger und Müdigkeit lassen nicht lange auf sich warten. Doch es gibt Helfer, wie den Papageientaucher, die Schneehasen, einen Elch und eine Robbe, die Lumi auf seinem langen Weg begleiten. Am Ende sehen alle die bezaubernden Lichter und das Wunder gibt es gleich obendrauf, denn sie haben sich gefunden und sind Freunde geworden.

Eine Geschichte von Freundschaft und Abenteuer, schon für die ganz Kleinen. So richtig etwas, wenn es draußen stürmt und schneit. *S.F.*

Katja Reider: „Lumi Schneefuchs sucht das Wunderlicht“, Cbj Kinderbuch, München 2021, gebunden, 32 Seiten, 14 Euro

KIRCHENJAHR

Religiöse Lebenshilfe

Ein Hausbuch erklärt das Kirchenjahr aus katholischer Perspektive und bietet Hilfestellung

FOTO: DIEGO BARBIERI

Praktischer Begleiter Die Konfession ist oft Privatsache und wird nicht nach außen getragen. So verschwindet jedoch immer mehr Wissen über den gelebten Glauben. Deshalb möchte dieser Ratgeber, so beschreibt es Kardinal Lehmann, ein Begleiter im Leben sein. Im Vorwort erhält der Leser einen guten Überblick über die reich bebilderten Inhalte des Buches, dessen Autoren allesamt einen Bezug zur katholischen Kirche haben. *CRS*

Peter Neysters/Karl Heinz Schmitt: „Durch das Jahr, durch das Leben. Das christliche Hausbuch für die Familie“, Kösel-Verlag, München 2018, gebunden, 464 Seiten, 28 Euro

EUROPA

Plädoyer für die Europäische Union

Bernd Posselt, langjähriger Abgeordneter in Brüssel und Chef der Sudetendeutschen Landsmannschaft, über seine Sicht des Zustands der Gemeinschaft

VON DIRK KLOSE

Das Thema Europa ist nicht mehr von Vorneherein en vogue. Gleichgültigkeit gegenüber der europäischen Einigung und Unmut über die Bürokratie in Brüssel bestimmen die Szene. Der langjährige Europaparlamentarier Bernd Posselt, 1956 geboren als Kind sudetendeutscher Eltern, will mit seinem temperamentvoll geschriebenen Buch wieder Begeisterung für Europa wecken und zugleich die Politik wachrütteln, dem Europaparlament wie jedem anderen Parlament volle demokratische Rechte zu geben.

Posselt hatte 1979 die Paneuropäische Jugend mitbegründet. Er war mehrere Jahre enger Mitarbeiter Otto von Habsburgs im Straßburger Parlament, auch ist er Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Sein Buch ist eine tour d'horizont durch die europäische Geschichte. Mithin ist dem Leser vieles vertraut. Dann liest man sich aber doch fest, weil Posselt zugleich als talentierter Journalist unterhaltsam zu erzählen weiß.

Die Großen der europäischen Einigung seit Graf Coudenhove-Kalergi, dem Gründer der Paneuropa-Union, schildert er ebenso anschaulich, wie etwa weniger bekannte europäische Wurzeln in Osteuropa. Anregend auch die Kapitel, in denen aus dem Alltag des 705 Abgeordnete zählenden Parlaments (der Bundestag hat jetzt 736 Abgeordnete) mit seinen so unterschiedlichen nationalen Mentalitäten, und in seiner beruflichen Zusammensetzung (überraschend viele „aktive Bauern“) berichtet wird.

Exkurs „Kulinarisches Europa“

Vergnüglich sind die Passagen über das „kulinarische Europa“. In der Tat ist es ja heute schon Alltagserfahrung, dass man Europa nicht nur durch Reisen, Musik und Literatur erleben, sondern mit Spezialitäten und Leckereien aus allen Ländern auch „erschmecken“ kann, was ein „europäisches Bauchgefühl“ bewirkt. Dann aber gerät dem Autor im Überschwang, dem Leser Europa nahezubringen, doch manches daneben. Die europäische Verteidigungspolitik, von ihm hochgelobt, ist doch seit Jahren ein einziges Trauerspiel. Über Resolutionen kommen Brüssel und Straßburg nicht hinaus. Und eine echte politische Union („sie muss schleunigst geschaffen werden“) scheint doch ferner denn je. Am Ende fallen einem bei Büchern wie diesem wieder einmal die Worte des Theaterdirektors aus dem Vorspiel zu Goethes Faust ein: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn.“

„Bernd Posselt erzählt Europa. Geschichte und Personen - Bauplan und Visionen“, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2018, gebunden, 230 Seiten, 20 Euro

KINDERBUCH

Ein Pferd, das Laune macht

Eine „tierische“ Weihnachtsgeschichte voll Nächstenliebe und Toleranz für Kinder und die ganze Familie

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Nachdem das Pferd Juli bereits im ersten Teil „Und dann kam Juli“ plötzlich in Pauls Garten aufgetaucht und das Leben der Familie gehörig auf den Kopf gestellt hatte, ist jetzt die Geschichte über das erste Weihnachtsfest mit der zotteligen grauen Stute erschienen. Die beiden Kinderbücher von Petra Eimer sind liebevoll geschrieben und gezeichnet. Tatsächlich sind sie mehr Comic als reiner Text, was beim Zielpublikum sehr gut ankommt. So muss man sich als Vorleser sehr klein machen, damit alle mitschauen können. Oft verstärken die Illustrationen den Text, mal ergänzen sie ihn. Wenn zum Beispiel im ersten Teil Paul stolz erzählt, dass er und sein Freund ein Bretterhäuschen gebaut haben, auf dem Bild jedoch Pauls Vater an der Hütte arbeitet, während die Jungs genüsslich ein Eis schlecken. Oft ersetzen die Bilder den Text, etwa in Form von Sprechblasen. Da die Seiten auf diese Weise schnell gelesen werden können, ist die vom Baumhaus Verlag angegebene Altersempfehlung von acht Jahren durchaus stimmig.

Beide Geschichten sind aus Pauls Perspektive erzählt. Paul hat einen besten Freund Max, mit dem er eine Bande bildet, die sich in besagter Hütte trifft. Paul hat kein Interesse an Mädchen und findet alles blöd, was Mädchen mögen. Seine Nachbarin Anna ändert mithilfe des Pferdes seine Meinung sehr schnell, und zum Schluss des ersten Bandes bilden Paul, Max, Anna und das Pferd Juli eine neue Bande, die im Sommer viele Abenteuer erlebt, die im gezeichneten Epilog nachzuvollziehen sind.

Im Weihnachtsbuch „Weihnachten mit Juli“ zieht ein sehr pedantischer Rentner ins Nachbarhaus ein, der sich, wenn er nicht mit der Nagelschere den Rasen schneidet, um seine reinrassige Katze kümmert. Wie das ungezogene Pferd nun das Herz dieses Griesgrams für sich gewinnt, erzählt Eimer in ihrem zweiten eigenen Kinderbuch mit viel Witz und Phantasie. Es ist eine Geschichte über Toleranz, Empathie, Akzeptanz, das Schließen von Kompromissen und darüber, seinen Mitmenschen und -tieren auf Augenhöhe zu begegnen. Auch dieses Buch zeigt auf der letzten Doppelseite einen Bilder-Epilog und enthält noch zwei Rätsel.

Wer den ersten Teil nicht gelesen hat, wird mithilfe eines Prologs schnell in die Stimmung der Geschichte geführt. Allerdings entlockt der erste Teil den Lesern oder Betrachtern viel lautere Lacher als der zweite. Das dritte Buch dieser Reihe ist bereits angekündigt für Mai 2022 unter dem Titel „Ferien mit Juli“.

Petra Eimer: „Weihnachten mit Juli“, Baumhaus Verlag, Köln 2021, Hardcover, 173 Seiten, 12 Euro

Flechsig Medienvertrieb

Ostpreußen und seine Maler 2022
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Alltag in Ostpreußen". Format 50 x 35 cm
Spiralbindung
Nr. P A1732 25,50 €

Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 21,95 €

Kurfürstlicher Magenbitter
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5687 23,45 €

Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 21,95 €

Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 23,45 €

Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 23,45 €

Dem Zaren Vasallentreue geschworen, versuchen die Deutschbalten ihre Lebensart gegenüber den Russen zu verteidigen und in das neue Jahrhundert hinüberzuretten. Die 1868 in Südrussland geborenen Helene Neumann ist die Tochter eines baltendeutschen Arztes und Großmutter der Autorin. Helenes verwitwete Mutter kehrt 1878 mit ihren Kindern nach Nordlivland zurück. Helene heiratet einen Tierarztund verbringt an seiner Seite mehr als vier Jahrzehnte in Riga. Sie erlebt den Zerfall des Zarenreiches und die Schrecken der lettischen Revolution 1905. Zerfall und Auflösung einer Gesellschaft spiegeln sich in einem facettenreichen Familienporträt.

Brigitte Lewalter
Das baltische Fernrohr
Ein Familienroman 398 Seiten
Nr. P A1623 Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 16,95 €

Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €

Kaffeebecher Ostpreußen
Steingutbecher mit Randverzierung
Nr. P A0652 12,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,95 € erheben müssen.

Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 23,45 €

Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2022
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Ostpreußen. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1708 Kalender 15,90 €

Kaffeebecher mit Wappenrand
Steingutbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €

Tiffany-Studio 500 Teile Puzzle Geschenkkarton
Die bekannten farbenfrohen glasarbeiten von Tiffany diesmal als Puzzle für lange Winterabende oder als Weihnachtsgeschenk für „Puzzleliebhaber".
PA1730 Pappe 19,95 €

Wilfried Heller, der als Vierjähriger aus dem Egerland nach Oberbayern vertrieben wurde, beschreibt in seiner Autobiographie seinen Lebensweg. Dem schwierigen Neubeginn nach der Vertreibung folgte eine wissenschaftliche Karriere. Als Professor für Geographie mit Schwerpunkt Migration hatte Heller das Thema Vertreibung jahrzehntelang gemieden, ebenso alle Fragestellungen, die mit seiner Heimat und mit der Tschechoslowakei zusammenhingen. Erst gegen Ende seiner Laufbahn kam er schließlich auf einem großen Umweg doch wieder mit seiner Heimat in Berührung, durch eine Forschungsarbeit über eine kleine Siedlung von Egerländern in Neuseeland.

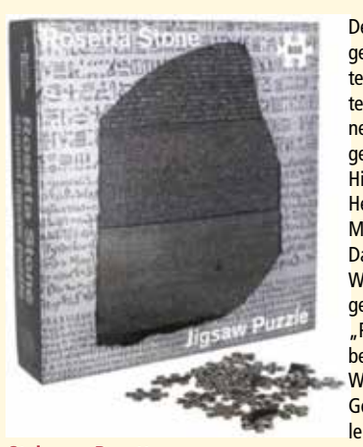
Wilfried Heller
Zwischen Herkunft und Neuanfang
112 Seiten, farbige und s/w-Abb
Nr. P A1713 kart. 12,90 €

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlasses. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheines des Atlasses im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten

Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

Der anerkannte Militärhistoriker Gerhard Bracke ehrt mit dieser Biographie eine der ersten Fliegerinnen Deutschlands. Dipl.-Ing. Melitta Gräfin Schenk von Stauffenberg, geb. Schiller, 1937 als zweite Frau in Deutschland zum Flugkapitän ernannt, flog den Stuka Ju 87 und die Ju 88. Nach dem 20. Juli inhaftiert, wurde sie jedoch wegen kriegswichtiger Aufgaben wieder entlassen. Am 8. April 1945 wird sie abgeschossen und stirbt.

Gerhard Bracke
Melitta Gräfin von Stauffenberg
Das Leben einer Fliegerin
300 Seiten
Nr. P A1669 Gebunden 9,99 €



Stein von Rosetta
800 Teile Puzzle Geschenkkarton
PA1729 Pappe 24,95 €

Der Stein von Rosetta, gefunden am Ufer des Mittelmeers, enthält ein Priesterdekret in drei verschiedenen Sprachen. Mit ihm ist es gelungen, die ägyptischen Hieroglyphen zu entziffern. Heute ist er im Britischen Museum zu bewundern. Das Puzzle ist das ideale Weihnachtsgeschenk für geschichtlich interessierte „Puzzler" , die ihn in Ruhe betrachten möchten. Lange Winterabende laden zu der Geduldsarbeit ein, und vielleicht nimmt der Eine oder Andere die Herausforderung an und entziffert gleichzeitig diese altertümlichen Schriften!

Juwelierslupe
Hochwertige Lupe mit 30-facher Vergrößerung, Metallrahmen. Klein genug, sie in der Hosen- oder Handtasche zu transportieren und schnell und unkompliziert zu benutzen. Einklappbar in eine metallene Schutzhülle.
In repräsentativer und gleichzeitig stabiler Geschenkbox verpackt.
Nr. P A1670 4,99 €

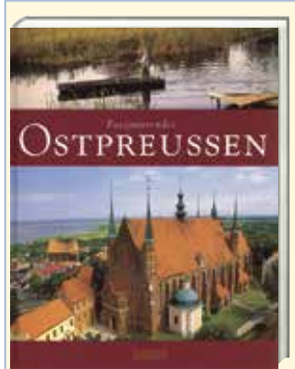
Kalender Schlesien in alten Ansichten 2022
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1709 Kalender 15,90 €

Jutta Rebmann
Als Frau in die Luft ging
Die Geschichte der frühen Pilotinnen
415 Seiten, S/W Abbildungen
Nr. P A1633 Gebunden 9,95 €

"Ein Steuerknüppel ist doch kein Rührlöffel!" Mit solchen Kommentaren wurden nicht selten Frauen konfrontiert, die in der Frühzeit der Fliegerei „in die Luft gehen" wollten. Dabei gab es fliegende Frauen schon vor dem Flugzeug! In Deutschland begann es mit der Ballonfahrerin Käthe Paulus, die lang vor dem 1. Weltkrieg in mutigen Selbstversuchen Bahnbrechendes bei der Vervollkommnung des Fallschirms leistete und damit so manch späterem Flieger das Leben rettete! Ihre Nachfolgerin Melli Beese saß am Steuer „richtiger" Flugzeuge. Wir treffen auf Elly Beinhorn, Hanna Reitsch, Amelia Earhart und Beate Uhse, die schnittige Jagdflugzeuge für die Luftwaffe einflog. Lebensbilder, die zugleich die ganze Geschichte der Fliegerei widerspiegeln.

Kalender Pommern in alten Ansichten 2022
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1710 Kalender 15,90 €

Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)
Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz-und flächenkolorierte Karte. Carl Flemming Verlag (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Originalkarte.
Nr. P A1105 Gefaltete Karte 19,80 €



Wolfgang Korall/
Ernst-Otto Luthardt
Faszinierendes Ostpreußen
117 Abbildungen,
Format 24 x 29 cm.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P 575725 9,95 €

Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte – nebst Ostseeküste – birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg – das heute russische Kaliningrad – oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der Kurischen Nehrung. Solche und viele weitere Facetten zeigen die zahlreichen herrlichen Fotografien.

Bayern und die Heimat der Vertriebenen
Im deutschen Osten, im Sudetenland und in Osteuropa
S/W Abbildungen, Karten und Wappenabb. 22,4 x 30 cm
Nr. P A1627 Kartoniert 4,95 €

Geschichtliche und kulturelle Beziehungen Bayerns zu Schlesien, Aus der Frühzeit des Buchdrucks, Reise nach Rohr: Eine schlesische Musikstadt im Bayernland, Zwei bayerische Barockmaler in Schlesien, Holzspielzeug aus dem Erzgebirge im Spielzeugmuseum Nürnberg, Puppenmutter Käthe Kruse, Die Beziehung des Deutschen Ordens zu Böhmen, Mähren + Schlesien, Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main, Mit Menzel in Bayern und Österreich, Adalbert Stifter und der Böhmisch-bayerische Wald, Die Buchenlanddeutschen, Lovis Corinth - ein ostpreußischer Wahlmünchner, sowie viele andere interessante Themen...

FLECHSIG
MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung und Rechnung von VDM Heinz Nickel, Zweibrücken

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN

Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ (GfdS) kürt regelmäßig das „Wort des Jahres“. Nicht allein das erstplatzierte Wort wird bekannt gegeben, sondern zehn Begriffe, „die die öffentliche Diskussion dominiert und ein Jahr wesentlich geprägt haben“. Wenig überraschend ist das „Wort des Jahres“ mit der Corona-Politik verbunden, die Wahl fiel auf „Wellenbrecher“. In der Liste finden sich ebenso „Impfpflicht“ und „Booster“, jedoch auch Kreatives aus anderen Bereichen. Etwa „SolidAHRität“, der Name einer Hilfsaktion für Hochwassergeschädigte an der Ahr. Da die GfdS bei diesem Wort in puncto Dominanz von ihren eigenen Vorgaben abweicht, hätte man ruhig auch „Impfkraftzersetzung“ berücksichtigen können. Der Begriff ist spätestens seit Anfang 2021 zu finden, unlängst verwendete ihn der Politologe Alexander Meschnig auf der „Achse des Guten“, um bissig den Vorwurf zu charakterisieren, der einer Reihe von Wissenschaftlern gemacht wird, die öffentlich Zweifel am Regierungskurs äußern. *E.L.*

STIMMEN ZUR ZEIT

Anke Behrend gibt im Portal „rubikon.news“ (9. Dezember) ihrer Verzweiflung über den Niedergang der politischen Linken Ausdruck:

„Linke sind nicht mehr in der Opposition gegen Kapitalismus und Korporatismus. Sie machen mit ihm gemeinsame Sache in den Parlamenten und auf der Weltbühne. Aus den US-amerikanischen Universitäten heraus hat man sie geistig entwaffnet und zu einer Bewegung gemacht, zu deren Hauptanliegen zu gehören scheint, Frauen mit Penis mit dem richtigen Pronomen zu bezeichnen.“

Kai Möller, Rechtsprofessor an der London School of Economics, vermutet ein schmutziges Spiel hinter der Kampagne gegen Ungeimpfte in Deutschland. In der „Welt“ (13.Dezember) schreibt er:

„Könnte es vielleicht der Fall sein, dass die Impfpflicht nur die einfache und verlockende Antwort ist, die man gewählt hat, um politisches Versagen zu verdecken – und Schuldzuweisungen und Wut von den Politikern auf die Ungeimpften umzulenken? Ich bin in London noch kein einziges Mal von Bekannten, Kollegen oder – Gott bewahre – Fremden nach meinem Impfstatus gefragt worden. Die Ausgrenzung der Ungeimpften, die in Deutschland so hässlich und brutal betrieben wird, findet dort schlicht nicht statt.“

Nachdem 10.000 Menschen in Hamburg gegen die Corona-Politik demonstriert haben, will der Senat der Stadt die Demonstrationsrichtlinien verschärfen. Sven Kummereincke warnt im „Hamburger Abendblatt“ (14. Dezember) dringend vor solchen Eingriffen:

„Man sollte in einem Rechtsstaat eigentlich nicht betonen müssen, wie wichtig das Demonstrationsrecht ist. Dass es auch für Bürger gilt, die Minderheitenmeinungen vertreten, gehört ebenfalls zum kleinen Einmaleins der Demokratie. Das mit ordnungspolitischen Tricksereien zu umgehen und mit Hinweis auf die Infektionslage möglichst drastische Auflagen zu verhängen ist nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern auch politisch dumm.“

In der Berliner „B.Z.“ (12. Dezember) gruselt sich Gunnar Schupelius vor dem „Volk der Aufpasser“, zu dem die Deutschen mutiert seien:

„Wir verlieren gerade jedes Verhältnis zu normalem Miteinander und eben auch normalem Risiko. Von der viel beschworenen Solidarität keine Spur. Corona hat uns zu Hilfspolizisten gemacht, immer im Einsatz! Die Ermächtigung, den anderen zu überwachen und sich dabei im Recht zu fühlen, weckt das Schlechte im Menschen. So geht es nicht.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Salopp gesagt

Wieso wir müssen, was sie wollen, und warum trotzdem niemand Schuld hat

VON HANS HECKEL

Wenn es darum geht, das Volk mit hässlichen Wahrheiten zu konfrontieren, hat sich mittlerweile ein festes Prozedere etabliert. Das Prozedere besteht aus drei Phasen.

In Phase 1 streiten die Verantwortlichen und ihre herbeigerufenen Experten die unangenehme Wahrheit erst einmal ab. Jeder, der sie dennoch beim Namen nennt, wird nicht selten bezichtigt, Ängste zu schüren oder gar ganz finstere Absichten zu verfolgen.

Phase 2 setzt ein, wenn die unangenehme Wahrheit eine immer mehr spürbarere Gestalt annimmt und daher kaum noch zu leugnen ist. Dann beginnen dieselben Politiker und ihre Experten damit, die trübe Realität häppchenweise zuzugeben. Aber nur ganz langsam, damit sich die Leute an das Unheil gewöhnen können.

Ist das geschafft, zünden die Verantwortlichen und ihre hilfreichen Fachleute Phase 3: Sie reden das Debakel schön. Beim Thema Inflation durchlaufen wir gerade den Übergang von Phase 2 zu Phase 3.

Zur Erinnerung: Es ist erst Wochen her, da sagten hohe und höchste Stellen bis hin zur Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) voraus, dass wir es bei der derzeit rasanten Preisentwicklung nur mit einer kleinen „Buckel-Inflation“ zu tun hätten, die natürlich nichts mit der besinnungslosen Gelddruckerei der Notenbanken zu tun habe.

Schuld sei vielmehr Corona, das erst die Lieferketten zerrissen und dann einen gigantischen „Nachhol-Konsum“ losgetreten habe. Und da bei der Geldpolitik von EZB und Co. nichts falsch gelaufen sei, verschwände die Inflation, sobald die Pandemie ihren wirtschaftlichen Schrecken verloren habe.

Daraus wird wohl nichts, wie mittlerweile alle Zahlen nahelegen, weshalb längst die Häppchen-Fütterung für Phase 2 eingesetzt hat. Und nun läutet Thomas Straubhaar Phase 3 ein. Ja, für die Verbraucher in Deutschland werde „in der Tat vieles teurer“, gibt der bekannte Ökonom zu. „Aber genau das ist in weiten Teilen durchaus gewollt.“

Wie bitte? Es ist gewollt, dass sich die Deutschen, gerade die mit dem kleinen Geldbeutel, immer weniger leisten können? Von wem? Müssen das nicht echte Schurken sein, die Millionen von Menschen mit voller Absicht das Fell über die Ohren ziehen? Aber nein, vergessen Sie nicht, in Phase 3 ist Schönreden angesagt, und Straubhaar liefert. „So ist es politisch breit unterstützte Absicht, so rasch und so nachhaltig wie möglich für eine ökologische Kostenwahrung zu sorgen“, schalmeit er in einem Gastbeitrag für die „Welt“ und fügt an: „Gleiches gilt bei Arbeitsbedingungen in Billiglohnländern.“ Aha, der Geringverdiener in Berlin wird geschröpft, damit der Geringverdiener in Bangladesch kein Geringverdiener mehr ist. Etwa so?

Etwa so, aber es kommt noch besser, denn jetzt wird es trickreich! Plötzlich schlussfolgert der Professor in schönster Schein-Logik: „Was Deutschland in Corona-Zeiten erlebt, ist – salopp gesagt – schlicht die Notwendigkeit, dass das Leben teurer wird.“

Eben noch stand hinter der rapiden Teuerung eine „politisch breit unterstützte Absicht“. Nun verwandelt sich die „Absicht“ einen Absatz später in eine „Notwendigkeit“! Hinter Absichten steckt immer ein Urheber, der dafür die Verantwortung trägt. Notwendigkeiten stellen sich dagegen für gewöhnlich von selbst ein, ohne dass jemand sie gewollt haben muss, den man dafür zur Rechenschaft ziehen kann.

Oft ziemlich allein auf der Welt

Das Muster kennen wir, es lief einst unter der Parole „alternativlos“. Ob Atomausstieg, Grenzöffnung, Lockdown oder jetzt die Inflation – alles, was die Politik mit Absicht lostritt, wird im Handumdrehen zur undiskutierbaren Notwendigkeit, der sich vernünftigerweise niemand in den Weg stellen darf. Mit den Unvernünftigen werden wir schon fertig.

Was müssen das für wirre Zeiten gewesen sein, als über die großen Fragen noch richtig gestritten wurde, mit zwei Lagern, die tatsächlich zu Wort kamen? Dagegen haben wir heute das Schlagwort der „False Balance“ entwickelt. Das heißt so viel wie „Falsches Gleichgewicht“ und bedeutet, dass man abweichende Meinungen gar nicht mehr zulassen darf, weil sie damit „aufgewertet“, ja, mit der „richtigen“ Meinung (Verzeihung, muss natürlich heißen: mit den Vertretern der beabsichtigten Notwendigkeit) sogar auf eine Stufe gestellt würden.

Dass die deutsche Politik mit ihren angeblichen Notwendigkeiten oft ziemlich allein steht auf der Welt, tut der Selbstsicherheit unserer Beabsichtiger keinen Abbruch. Überall auf dem Planeten wachsen neue Atom- und auch Kohlekraftwerke in den Himmel, die Grenzen hat mittlerweile kein Land mehr so offen wie Deutschland, und Schweden ist auch ohne Lockdown nicht ausgestorben – die Sieben-Tage-Inzidenz liegt (Stand 14. Dezember) nicht einmal halb so hoch wie bei uns. Möglicherweise deshalb wird über die Lage im Land der Schären kaum noch berichtet – „False Balance“ wollen wir schließlich auch bei Auslandsreportagen vermeiden.

> Guter Trick: Aus „politischer Absicht“ wird plötzlich „Notwendigkeit“. Das Muster lief einst unter der Parole „alternativlos“

Das darf allerdings nicht heißen, dass wir diese störrischen Ausländer einfach machen lassen. Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser (siehe S. 8) hatte kaum auf ihrem Kabinettsstuhl platzgenommen, da knöpfte sie sich die Polen vor wegen deren Unverfrorenheit, ihre Grenze schützen zu wollen. Die Sozialdemokratin will EU-Beamte an die Außengrenze zu Weißrussland entsenden und pocht darauf, dass Hilfsorganisationen Zugang zum Grenzgebiet erhalten.

Dass einige dieser „Hilfsorganisationen“ penetrant nach Schlepperbande müffeln, hat Faeser sicherlich auf dem Zettel. Ebenso wie die polnische Regierung, weshalb Warschau ausgerechnet diese Organisationen nicht an seiner Ostgrenze sehen will.

Beinahe ungesehen in der Sofaritze verschwunden wäre die Meldung, dass 40.000 Afghanen in die EU umgesiedelt werden sollen, von denen allein Deutschland 25.000 aufnehmen will, also 62,5 Prozent. Aufgrund des Zeitpunkts der Bekanntgabe muss dies noch von der Merkel-Regierung eingetütet worden sein, die uns auf diese Weise ein weiteres hübsches Abschiedsgeschenk hinterlässt. Frankreich und Spanien nehmen übrigens nur je 2500, die Niederlande immerhin 3000 und Österreich – nicht einen.

Um polnische Reparationsforderungen abzuwehren, hat der neue Kanzler Scholz bekanntlich auf die Bereitschaft Deutschlands hingewiesen, weiterhin hohe Lasten für die Europäische Union zu tragen. Der Afghanen-Deal der Vorgängerregierung macht vor, wie solche Versprechen in die Tat umgesetzt werden. Und dass man der Inflation nicht mit der Zinsschraube begegnet wie einst die erfolgreiche Bundesbank, liegt schließlich auch daran, dass bei höheren Zinsen die Euro-Südstaaten sofort pleite wären. So stellt die zinslose Inflationsenteignung der Deutschen auch eine jener hohen Lasten dar, die „wir“ gern tragen. Ein Professor Straubhaar redet da aber lieber über Ökologie und die unterbezahlten Arbeiter in der Dritten Welt. Moral macht sich halt besser.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

WORT DER WOCHE

„Den Befürwortern der Impfpflicht reicht es nicht, dass sie ihren Willen durchsetzen, sie wollen ihren Gegner am Boden sehen.“

Jan Fleischhauer erschaudert im „Focus“ (11. Dezember) über die Aggressivität, mit der Impfskeptiker angegangen werden